

von Lenin vorgezeichnet

Am 17. April werden die Menschen unseres Landes wieder ihren Arbeitseinsatz zum Leninschen Subbotnik leisten. Er gilt diesmal nicht allein dem 112. Geburtstag des Initiatoren der Oktoberrevolution, sondern auch dem 60. Gründungstag der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des ersten multinationalen Staates der Arbeiter und Bauern.

Der von den Völkern der UdSSR bis zur Gründung ihres Unionsstaates und seither zurückgelegte Weg war nicht mit Rosen bestreut. Wir hatten Kriege zu bestehen, den wirtschaftlichen Ruin zu überwinden und zur Abwehr der imperialistischen Angriffe, für die Erhaltung des Friedens viele Opfer auf uns zu nehmen. Desto bedeutsamer ist es, daß die Sowjetunion heute als Großmacht, als starke und freundschaftliche Familie gleichberechtigter Republiken dasteht.

Die sowjetischen Menschen sind stolz auf das Geleistete, aber weit davon entfernt, anderen irgendwelche Schablonen oder Modelle des staatlichen Aufbaus aufzudrängen. W. I. Lenin hat uns gelehrt: „Eine unbedingte Forderung der marxistischen Theorie bei der Untersuchung jeder wie immer gearteten sozialen Frage ist, sie in einen bestimmten historischen Rahmen zu stellen und ferner, wenn es sich um ein Land handelt (z. B. um das nationale Programm für ein bestimmtes Land), die konkreten Besonderheiten zu berücksichtigen, die dieses Land innerhalb ein und derselben historischen Epoche von anderen Ländern unterscheiden.“ Hinsichtlich der Gegenwart vertritt die KPdSU die Ansicht: Die UdSSR ist eine dynamische und effektive Form des staatlichen Zusammenschlusses der sowjetischen Nationen und Völkerschaften, gedacht für die gesamte historische Periode des allmählichen Hinüberwachsens der sozialistischen Staatlichkeit in die kommunistische gesellschaftliche Selbstverwaltung.

Entsprechend der Entwicklung unseres Landes entstehen neue Prioritäten und neue Probleme in den nationalen Beziehungen. So gibt es z. B. keine rückständigen Randgebiete des ehemaligen zaristischen Rußland mehr. In den mittelasiatischen Republiken, wo der Bauer bis zur Oktoberrevolution nur die manuelle Arbeit kannte, beträgt die Energieausrüstung pro 100 Hektar Ackerfläche heute das Doppelte der durchschnittlichen Unionskennziffern. Sowjetusbekistan hat in seiner Entwicklung z. B. viele Staaten des Orients überflügelt und leistet heute seinen Beitrag zum Komplexprogramm der Entwicklung der russischen Nichtschwarzerdezone.

Dem sowjetischen Leser klar machen zu wollen, daß in unserem Land die Nationalitätenfrage gelöst ist, hieße offene Türen einrennen. Aber wie viele gewissenlose, manchmal auch nur unwissende Verleumder unserer Erfahrungen gibt es noch in der Welt! In dieser modernen Welt, wo die absolute Mehrheit der Menschen in multinationalen Staaten lebt. Fast täglich meldet die Presse innernationale und Rassenzusammenstöße aus den kapitalistischen Ländern. Man kann beinahe sagen, die Apartheid in der RSA, die Diskriminierung der nationalen Minderheiten in den USA, in Großbritannien, Spanien und Belgien seien schon sprichwörtlich geworden.

Am 15. April wird in Ottawa die Herauslösung Kanadas aus der britischen Krone feierlich verkündet werden. Das Land erhält eine Verfassung. Dieses Dokument aber enthält, wie die „New York Times“ dazu schreibt, kasuistische und einschränkende Formulierungen, die zur Ursache ethnischer Konflikte für eine weitere Generation der Kanadier werden können. Konflikte dort, wo es nur zwei Hauptsprachen — Englisch und Französisch — gibt.

Man kann unterschiedlich zu den sowjetischen Erfahrungen stehen. Doch: „Auf Grund unserer Erfahrungen haben wir die unerschütterliche Überzeugung gewonnen, daß nur größte Beachtung der Interessen der verschiedenen Nationen Konflikten den Boden entzieht, das gegenseitige Mißtrauen beseitigt, die Furcht vor irgendwelchen Intrigen beseitigt und — besonders bei Arbeitern und Bauern, die verschiedene Sprachen sprechen — das Vertrauen schafft, ohne das weder friedliche Beziehungen zwischen den Völkern noch eine halbwegs erfolgreiche Entwicklung alles dessen, was es an Wertvollem in der modernen Zivilisation gibt, überhaupt möglich sind“, hatte Lenin bereits 1922 in einem Interview für den Korrespondenten des „Observer“ und des „Manchester Guardian“ gesagt.

Wer heute versucht, der Form nach zwar fast kollegial, tatsächlich aber von einer anklägerischen Haltung her die bedeutenden Vorteile des realen Sozialismus zu leugnen, und verleumderisch behauptet, die sozialistische Demokratie sei geradezu eine Fiktion, der sollte sich diese klare Aussage des Begründers des Sowjetstaats zu Gemüte führen. Die Lösung der Nationalitätenfrage in der UdSSR ist der Ausdruck wahrer Demokratie. Denn je demokratischer das Leben eines Landes ist, desto größer ist die Kraft der gegenseitigen freiwilligen Anziehung unter den Werktägern aller Nationen und Völkerschaften. Keine deklarative bürgerliche Demokratie, deren äußerer Glanz manchen blendet, sondern der reale Schutz der Rechte und Interessen der Werktägern war, ist und bleibt der Sinn der von Lenin vorgezeichneten kommunistischen Politik.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 15 APRIL 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PIJTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNIAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Von Lenin vorgezeichnet	1
K. Borisow — Kosmos, Politik, Waffen	5
L. Shegalow — UdSSR—Indien. Unverbrüchliche Bande	7
L. Charkow — UdSSR—SFRJ. Traditionelle Freundschaft	8
V. Gurew — UdSSR—Irak. Im beiderseitigen Interesse	8
D. Wolski — Naher Osten. Unwiderstehlich	10
A. Stepanow — Entschlossenheit	10
J. Botschkarow — USA gegen afrikanische Einheit	12
I. Titow — Großbritannien—USA. Wachsender Widerstand	12
K. Karagesian — BRD. Sozialdemokraten am Scheideweg	14
A. Baryschew — Mittelspiel in El Salvador	15
Notizen ◆ Glossen	16
I. Ornatski — Zwei Tendenzen im Ost-West-Handel	18
W. Fetow — China. Noch einmal kartographische Aggression	21
A. Dąbek — Stunde der Wahrheit	22
USA—Südkorea—Japan. Das Fernostprojekt des Pentagon	
J. Tawrowski — Das Stützpunkt-Netz	24
S. Sintschuk — Vom politischen zum militärischen Bündnis	25
B. Assojan — Namibia. Sorgen und Hoffnungen	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Am 12. April 1961 ging Juri Gagarin auf den ersten Raumflug rund um die Erde. Mit seiner Heldentat leitete er die Ära der Erschließung des Weltraums ein. Die Menschheit konnte zu Recht erwarten, daß der Kosmos stets friedlich sein werde. Sie weist entschieden die Versuche imperialistischer Kreise zurück, den Weltraum zu einem Schauplatz des Wettrüstens zu machen.

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschad, Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte], Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■ Am 31. März schloß in Hanoi der V. Parteitag der KP Vietnams. Er wählte das Zentralkomitee der KPV. Zum Generalsekretär des ZK wurde Le Duan gewählt, den Leonid Breshnew herzlich zu seiner Wiederwahl und zum erfolgreichen Abschluß des Parteitags beglückwünschte. In dem Schreiben heißt es: „Die Sowjetunion schätzt die Freundschaft und Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Vietnam hoch. Unser Volk wird auch künftig ein zuverlässiger Freund und Verbündeter des heldenhaften vietnamesischen Volkes sein.“

■ Am 4. April beging das ungarische Volk den 37. Jahrestag der Befreiung des Landes vom Faschismus. Leonid Breshnew und Nikolai Tichonow sandten im Namen des ZK der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets und des Ministerrats der UdSSR sowie des ganzen sowjetischen Volkes den Führern der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und der Volksrepublik Ungarn sowie allen Werktätigen des Bruderlandes aufrichtige Glückwünsche und freundschaftliche Wünsche anlässlich des Nationalfeiertags.

■ Am 31. März bestand der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Volksrepublik Moçambique fünf Jahre. Leonid Breshnew sandte aus diesem Anlaß dem Vorsitzenden der FRELIMO und Präsidenten der VR Moçambique Samora Machel ein Glückwunschkreiben: „Der Vertrag eröffnete neue Perspektiven zur Erweiterung der Kontakte Sowjetunion—Moçambique, und in dieser Hinsicht wurde in den unterschiedlichen Bereichen der Zusammenarbeit bereits vieles zum Wohl der friedlichen, schöpferischen Arbeit der Völker unserer Länder geleistet. Die Praxis bekräftigt, daß der Vertrag den Zielen des Friedens und der internationalen Sicherheit sowie der Gesundung der Lage in Afrika gut dient.“

■ Das Volk Äthiopiens beging am 6. April den Tag des Sieges. Leonid Breshnew und Nikolai Tichonow beglückwünschten dazu den Vorsitzenden des Provisorischen Militärverwaltungsrates des Sozialistischen Äthiopien und der Kommission zur Organisierung der Partei der Werktätigen Mengistu Haile Mariam.

■ In Cambridge (Großbritannien) findet die zweite internationale Konferenz „Ärzte der Welt für die Verhütung eines Kernwaffenkrieges“ statt. Der sowjetische Delegationschef, Akademiemitglied N. Blochin, überbrachte der Konferenz eine Grußbotschaft Leonid Breshnews und dessen Wunsch für eine erfolgreiche Arbeit der Bewegung.



Nationalgardeners El Salvador mit der Leiche eines Partisanen

Foto aus: „International Herald Tribune“

■ Vom 4. bis zum 6. April hielt sich Andrej Gromyko zu einem offiziellen Besuch in Belgrad auf, wo er mit dem Mitglied des ZK des BdKJ und Bundessekretär für Auswärtige Angelegenheiten der SFRJ, Josip Vrhovec, konferierte (s. S. 8).

■ Am 6. April wurde eine Note der UdSSR-Regierung an die US-Regierung veröffentlicht. Darin protestiert die sowjetische Regierung entschieden gegen die Verleumdungskampagne unter Beteiligung von Regierungsorganen der USA, die der UdSSR die Teilnahme an einem angeblichen Einsatz von chemischen Waffen in Laos, Kampuchea und Afghanistan zuschreibt, obwohl die US-Administration für diese Beschuldigungen keinerlei Beweise hat und nicht haben kann. Die Sowjetunion hat niemals und nirgends selbst chemische Waffen eingesetzt und sie auch nicht an andere Länder weitergegeben. Mit den Erfundenen über den Einsatz chemischer Waffen sowjetischer Herkunft in Laos und Kampuchea, heißt es in der Note, wollen die USA die Spuren ihrer entsetzlichen Verbrechen bemänteln, die sie gegen die Völker Indochinas während der militärischen Intervention in dieser Region begangen haben, und wollen ferner ihren mangelnden Wunsch tarnen, Verhandlungen über ein Abkommen zum Verbot

der Entwicklung und Herstellung von chemischen Waffen und zur Vernichtung ihrer Vorräte zu führen.

■ Am 5. April traf in Prag eine Partei- und Regierungsdelegation der VR Polen unter dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP und Vorsitzenden des Ministerrats Wojciech Jaruzelski zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch ein. Am gleichen Tag kam es zu einer freundschaftlichen Begegnung zwischen dem Generalsekretär des ZK der KPTsch und Präsidenten der ČSSR Gustáv Husák und Jaruzelski. Ferner gab es Verhandlungen zwischen Delegationen der ČSSR und der VR Polen.

■ Am 3. April trafen in Delhi die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi und der Außenminister Afghanistans Shah Mohammad Dost, der sich zu einem kurzen Besuch in Indien aufhielt, zusammen. Dost überbrachte Indira Gandhi eine persönliche Botschaft des Generalsekretärs des ZK der DVPA und Vorsitzenden des Revolutionsrats der DRA Babrak Karmal, in dem die wichtige Rolle Indiens für Frieden und Stabilität in der Region betont wird. Indira Gandhi äußerte die Bereitschaft Indiens, die Zusammenarbeit mit Afghanistan in verschiedenen Bereichen zu erweitern. Zu diesem Zweck wurde beschlossen, eine

gemischte indisch-afghanische Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu bilden.

■ Am 2. April schloß in Bonn eine zweitägige Sitzung des Vorstands der Sozialistischen Internationale. Besprochen wurden die Ost-West-Beziehungen, die Lage in Mittelamerika und die Weltwirtschaft. In einer Erklärung des SI-Vorstands heißt es, eine Lösung des nationalen Problems El Salvadors sei nur unter Beteiligung aller politischen Kräfte, die an einer demokratischen Entwicklung des Landes interessiert sind, möglich. Die Erklärung bringt ferner die Unterstützung für die Regierung Nicaragua zum Ausdruck.

■ Am 2. April schloß im Genfer Palais der Nationen eine dreitägige internationale Konferenz nichtstaatlicher Organisationen „Die Weltöffentlichkeit und die 2. Abrüstungssondertagung der UNO-Vollversammlung“. Die Konferenz sah Vertreter von 85 internationalen und 127 nationalen Organisationen aus 47 Ländern, darunter aus der Sowjetunion. Sie verabschiedete eine „Botschaft an die zweite Abrüstungssondertagung der UNO-Vollversammlung“, die den Aufruf an alle Regierungen und Völker enthält, sich dem Kampf für die gegenseitige Verständigung, internationale Zusammenarbeit und die friedliche Lösung von Konflikten anzuschließen.

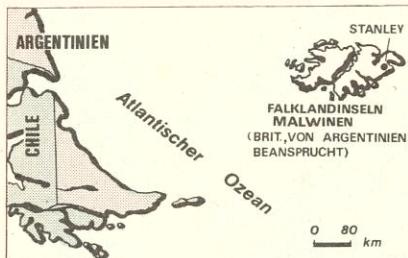
■ Am 31. März begann in Japan die erste Welle der traditionellen Frühjahrsoffensive der Werktätigen. Sie führten Streiks von 30 Minuten bis zu 48 Stunden Dauer durch. Die Werktätigen fordern Lohnerhöhung, verbesserte Arbeitsbedingungen, Preisstopp sowie den Verzicht der Regierung auf die Politik der Militarisierung des Landes und des Militärbündnisses mit den USA.

■ Am 2. April führten die Werktätigen Italiens einen zweistündigen Generalstreik durch. Fabriken, Werke, Verkehrsweisen und Institutionen unterbrachen die Arbeit. Auf Kundgebungen und Demonstrationen forderten die Streikenden eine Änderung der Wirtschaftspolitik, die Senkung der Arbeitslosigkeit und die Lösung der Probleme des vereideten Südens sowie anderer lebenswichtiger Fragen.

■ Verbände der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí setzten ihre aktiven Kampfhandlungen gegen die Juntatruppen in den Departements Chalatenango, Morazán, San Vicente, Usulután, La Paz und San Miguel fort. Nach der Wahlfarce am 28. März in El Salvador wurde eine Koalition von Rechtsparteien gebildet, die die Macht im Land ergreifen wollen.

In den von Israel besetzten arabischen Gebieten dauern die Unruhen der arabischen Bevölkerung an, die gegen den Terror der Besatzungsbehörden protestiert. Am 30. März begingen über 100 000 Araber den „Tag des Schutzes von Grund und Boden“ mit Massendemonstrationen, Streiks und Kundgebungen. Der Tag gilt dem Andenken der Beschießung einer friedlichen Kundgebung der arabischen Einwohner Israels durch israelische Polizei am 30. März 1976. Bei Zusammenstößen mit israelischen Truppen wurden viele Kundgebungsteilnehmer verletzt. Eine außerordentliche Tagung der Arabischen Liga, die auf Antrag der PLO einberufen wurde, verurteilte die Politik der USA, die mit ihrer militärischen, politischen und wirtschaftlichen Hilfe an Israel zur Aufrechterhaltung der Okkupation arabischer Gebiete und des dortigen Terrors beitragen. Die Tagung beschloß, den Kampf der PLO stärker zu unterstützen. Am 2. April erörterte der UNO-Sicherheitsrat die Terrorpolitik der israelischen Behörden in den okkupierten arabischen Gebieten. Die USA legten ihr Veto gegen einen Resolutionsentwurf ein, der an Israel appellierte, die Verletzung der Rechte und Freiheiten der Palästinenser auf dem Westjordanufer einzustellen und die illegitimen Beschlüsse über die Auflösung der Gemeinderäte und die Absetzung vom Volk gewählter Bürgermeister aufzuheben (s. S. 10).

Insel Südgeorgien und wiesen den britischen Gouverneur und englische Marineinfanterie von den Falkland-Inseln nach Uruguay aus. Am 2. April verkündete Großbritannien den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Argentinien.



Premierminister Thatcher erklärte auf einer außerordentlichen Parlamentssitzung, die Regierung betrachte die Falkland-Inseln nach wie vor als britischen Besitz und wolle sie erneut unter britische Souveränität stellen. Ein Konvoi der Kriegsmarine, der aus zwei Dritteln der britischen Flotte besteht, wurde in den Südatlantik entsandt. Am 5. April erklärten der britische Außenminister Lord Carrington, sein Stellvertreter Atkins und der Staatsminister für Auswärtiges Luce im Zusammenhang mit dem britisch-argentinischen Konflikt ihren Rücktritt. Zum neuen Außenminister wurde Francis Pym ernannt.

Am 2. April erörterte der UNO-Sicherheitsrat das aggressive Vorgehen der USA und einiger anderer Länder gegen Nicaragua. Die USA legten ihr Veto gegen einen von Panama und Guayana eingebrachten Resolutionsentwurf ein, der dazu aufrief, „sich der direkten, indirekten, offenen oder verdeckten Gewaltanwendung gegenüber jeglichem Land Mittelamerikas und der Karibik zu enthalten“. Kein Mitglied des Sicherheitsrats stimmte mit den USA. Zwölf Mitglieder stimmten für den Resolutionsentwurf.

Der Chef der Militärverwaltung Bangladeshs, Generalleutnant Ershad, bildete einen Konsultativrat aus 11 Personen, der die Funktionen des Ministerkabinetts übernimmt. Offiziell mitgeteilt wurde die Festnahme des ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Jawaluddin Ahmed und einiger Persönlichkeiten der gestürzten Regierung, darunter sieben ehemalige Minister. Sie werden der Korruption, des Amtsmißbrauchs und der staatsfeindlichen Tätigkeit beschuldigt. Die Gesamtzahl der Verhafteten beträgt 1500.

Foto aus: „Rassegna Sindacale“ (Italien)

Die Streitkräfte Argentiniens besetzten die Falkland-Inseln (argentinisch Malvinen), die Süd-Sandwich-Inseln und die

Die Politik der USA und ihrer NATO-Partner Polen gegenüber kann dem Weltfrieden gefährlich werden. Anfangs orientierte sich die US-Regierung auf eine direkte Einmischung in die Angelegenheiten Polens, obwohl das völlig widerrechtlich war und ist. Aber ihre Hoffnung darauf, Polen aus der sozialistischen Gemeinschaft herausreißen zu können, scheiterte, und da sagte Washington rigorose Sanktionen gegen die VRP an, und damit nicht genug, ging es zu Wirtschaftssanktionen gegen die UdSSR über. Ich erkläre mich mit dem polnischen Volk solidarisch und fordere gemeinsam mit meinen Freunden: Hände weg vom sozialistischen Polen!

Patrick Jolly KITTO
Kampala, Uganda

Der unlängst von der Toryregierung verabschiedete Staatsetat zeigt ganz klar, was von den „Friedenserklärungen“ der Tories zu halten ist. Mrs. Thatcher verkündet stolz, sie werde 13 Md. Pfund Sterling für Rüstungszwecke und noch 7 Md. für den Ankauf amerikanischer Trident-U-Boote ausgeben! Riesensummen sollen für den Bau von Stützpunkten für Cruise Missiles und für den Ankauf bürgerlicher nervenlähmender C-Waffen bereitgestellt werden. Ich bin fest davon überzeugt, daß Politiker, denen das Volkswohl am Herzen liegt, kein Geld für solche Zwecke ausgeben würden.

S. D. WILLS
Colchester, Großbritannien

Mir hat in Heft 12/1982 der Artikel „Wahrheit kontra Truth“ über Afghanistan sehr gefallen. Er gewinnt auch viel durch die gutgewählten Fotos. Illustrationen sind ja sehr überzeugend. Ich finde, Sie sollten überhaupt mehr Fotos bringen.

S. TILJOW
Leningrad

KOSMOS, POLITIK, WAFFEN

Konstantin BORISSOW

Vor 21 Jahren leitete der Raumflug der von Juri Gagarin gesteuerten Wostok die kosmische Ära für die Menschheit ein. Diese herausragende Leistung veranlaßte zu der Hoffnung, der erdnahen Raum werde von den Menschen im Sinne von Frieden und Fortschritt erschlossen werden. Die imperialistischen Staaten jedoch, vor allem die USA, wollen den Weltraum zum Vorposten des Wettrüstens machen.

„Ein Land, das den Kosmos kontrolliert, kontrolliert gleichzeitig die neue Ära“, definierte ein leitender Mitarbeiter des US-Raumfahrtprogramms in einem „Chicago-Tribune“-Interview die Ziele der USA im Kosmos.

Angesichts der heutigen Lage, da in den USA Kreise an der Macht sind, die sich auf Gewalt in den internationalen Angelegenheiten orientieren, soll die Schlacht um den Kosmos nach den Plänen der US-Strategen eine der Möglichkeiten zur Erzielung der militärischen Überlegenheit über die UdSSR werden.

Das Pentagon plant die Entwicklung und Herstellung einer Reihe von Weltraumwaffen, dazu bestimmt, Objekte im All, im Luftraum und auf der Erde selbst zu zerstören. Ein Großprogramm des Pentagon im Zusammenhang mit dem Kosmos befaßt sich mit der Herstellung von Laserwaffen. Seine Hauptaufgabe ist die Vernichtung von Satelliten eines potentiellen Gegners sowie seiner ballistischen Interkontinentalraketen sofort nach ihrem Start.

Besonders gefährlich für die Menschheit sind die Pläne, das prinzipiell neue Raumfahrtprogramm „Space Shuttle“ zu militärischen Zwecken zu nutzen. Mit Hilfe solcher Raumfahrten sollen regelmäßig immer bessere und leistungsfähigere Spionagesatelliten, militärische Nachrichten- und Navigationssatelliten sowie andere Geräte militärischer Bedeutung in den Kosmos befördert werden.

Westliche Presseorgane melden, das Pentagon befasse sich mit Projekten, mit Hilfe von Shuttle kosmische Militärstützpunkte mit Satellitenabwehrwaffen (Laser- und Raketenwaffen) zu entwickeln sowie Satellitenabwehrgranaten und starke Systeme der raumgestützten Raketenabwehr zu installieren. Im Gespräch ist auch die Möglichkeit, „Shuttle“ als kosmische Bomber mit

Nuklearwaffen an Bord einzusetzen.

Mit Hilfe der Pendel-Raumschiffe wollen die USA in den kommenden zehn Jahren militärische Orbitalstationen mit einer ständigen Besatzung von 10 bis 14 Mann schaffen. Die Stationen werden die Radarbeobachtung gegnerischer Objekte sowohl im Weltraum als auch an der Erdoberfläche vornehmen und Spionageinformationen sammeln und verarbeiten. Die „New York Times“ bemerkte dazu, das Bestehen von Orbitalstationen und Shuttle gestatte außerdem Inspektionsoperationen gegenüber Satelliten oder anderen kosmischen Objekten, die eine potentielle Gefahr für die USA darstellten. Falls nötig, würden sie vernichtet werden. Allein zur Entwicklung des Systems raumgestützter „Laser-Kampfstationen“ werden die USA zwischen zwei und drei Milliarden Dollar aufwenden.

Die langjährigen Erfahrungen bei der Erschließung und Nutzung des Weltraums beweisen jedoch überzeugend, daß die Hoffnung der USA auf Erlangung der militärischen Herrschaft im Kosmos unausbleiblich scheitern muß. Es ist doch unsinnig, damit zu rechnen, daß die Einführung neuer Vernichtungswaffen im Kosmos den Amerikanern helfen könnte, das auf der Erde entstandene militärische Gleichgewicht zu ihren Gunsten zu verändern. Doch die Gefahr einer neuen Runde des Wettrüstens — diesmal im Kosmos — die von den USA heraufbeschworen wird, ist real, und man muß sie in Rechnung stellen. Die Pläne der USA lösen in der internationalen Öffentlichkeit ernstliche Besorgnis aus.

Die Sowjetunion bietet eine vernünftige Alternative für die militärische Rivalität im Weltraum an: Die internationale Zusammenarbeit in der friedlichen Erforschung und Nutzung des Kosmos.

Vor fast 25 Jahren, nach dem Start des ersten Sputniks, warf die Sowjetunion die Frage über das Verbot ausnahmslos aller Arten der militärischen Nutzung des Kosmos auf. Die Hoffnungen der USA und ihrer Verbündeten, einseitige militärische Vorteile zu erlangen, und ihr Wunsch, sich die Hände zur Entwicklung und Stationierung ballistischer Interkontinentalraketen freizuhalten, sowie eine ganze Reihe von Programmen zur militärischen Nutzung des Kosmos verhinderten es damals,

die Ausdehnung des Wettrüstens auf diesen neuen Tätigkeitsbereich des Menschen auszuschließen.

25 Jahre also schon setzt sich die Sowjetunion konsequent und beharrlich dafür ein, den Kosmos zu einem Schauplatz der friedlichen Zusammenarbeit zu machen. Infolge der Anstrengungen unseres Landes und mit Unterstützung anderer friedliebender Staaten wurden in diesem Zeitraum internationale Abkommen ausgearbeitet und geschlossen, die Schranken gegen einzelne Richtungen der militärischen Nutzung des Weltraums errichteten.

Eine wichtige Rolle spielt der Vertrag über das Verbot der Kernwaffentests in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser (1963), der Kerntests im Kosmos für illegitim erklärte.

Eine bedeutende Leistung bei der Begrenzung der militärischen Nutzung des Kosmos war der Vertrag über die der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper zugrunde liegenden Prinzipien (1967). Der Vertrag enthält die Verpflichtung, „keine Objekte mit Kernwaffen oder anderen Arten von Massenvernichtungswaffen auf eine Umlaufbahn um die Erde zu bringen, keine derartigen Waffen auf Himmelskörpern zu installieren oder auf irgendeine andere Weise im Weltraum zu stationieren“. Der Vertrag untersagt ebenfalls auf Himmelskörpern „die Errichtung von Militärbasen, -anlagen und -befestigungen, die Erprobung jeder Art von Waffen und die Durchführung militärischer Manöver“. Die Punkte bezüglich der vollständigen Entmilitarisierung von Himmelskörpern wurden in dem auf Initiative der UdSSR entwickelten Mondabkommen definiert, das 1979 von der UNO-Vollversammlung gebilligt wurde.

Ein beachtlicher Schritt, den Kosmos weiterhin aus dem Wettrüsten auszuklammern, war die auf Antrag der UdSSR 1977 abgeschlossene Konvention über das Verbot militärischer oder sonstiger feindseliger Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die Umwelt. Die Teilnehmer der Konvention verpflichteten sich, nicht zu einer vorsätzlichen Veränderung der natürlichen Prozesse

zu greifen, um andere Staaten zu zerstören, sie zu beeinträchtigen oder ihnen Schaden zuzufügen. Die Konvention umfaßt u. a. Methoden der Einwirkung auf den erdnahen Raum zu militärischen Zwecken, d. h. sie verbietet die Nutzung des Kosmos zur schädlichen Einwirkung auf die Umwelt der Erde.

Punkte zur materiellen Minderung der Möglichkeiten der militärischen Nutzung des Kosmos enthalten auch bilaterale sowjetisch-amerikanische Abkommen über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen. Der Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme von 1972 verpflichtet die UdSSR und die USA, keine Systeme oder Komponenten der see-, luft-, raum- oder mobilen erdgestützten Raketenabwehrsysteme zu entwickeln, zu testen oder zu stationieren. Das Zeitweilige Abkommen über einige Maßnahmen auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (1972) verpflichtet die Seiten zur Begrenzung der Anzahl der ballistischen Interkontinentalraketen, womit es gewisse Grenzen für die militärische Nutzung des kosmischen Raums setzt. Der Vertrag über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (SALT 2), der 1979 unterzeichnet wurde, durch Verschulden der USA jedoch nicht in Kraft trat, sieht bereits nicht mehr nur bestimmte quantitative, sondern auch qualitative Verbote der militärischen Nutzung des Kosmos vor. Er enthält u. a. Punkte, die die Möglichkeit einschränken, Mittel zur Beförderung von Nuklearwaffen auf die Erdumlaufbahn, einschließlich z. T. von Orbitalwaffen, zu entwickeln.

Der Begrenzung der militärischen Nutzung des Kosmos galten auch die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Satellitenabwehrsysteme (1978—1979), die amerikanischerseits eingefroren wurden.

Doch schließen die aufgezählten internationalen Abkommen bei all ihrer Bedeutsamkeit nicht die Möglichkeit aus, solche Waffenarten im Kosmos zu stationieren, die nicht unter den Begriff Massenvernichtungswaffe fallen. Dadurch bleibt die Gefahr der Militarisierung des Weltraums bestehen, und sie nimmt in jüngster Zeit immer mehr zu.

Die Sowjetunion ist der Ansicht, dies dürfe auf keinen Fall zugelassen werden. Sie setzt sich dafür ein, daß der Weltraum nicht zu einem neuen Schauplatz des Wettrüstens und zu einer Quelle der Zuspitzung zwischenstaatlicher Beziehungen werde. Der Erreichung dieses Ziels könnte, nach Ansicht der UdSSR, ein internationaler Vertrag über das Verbot der Stationierung jeglicher

Waffengattungen im Kosmos dienen.

In dem der UNO 1981 von der Sowjetunion vorgelegten Entwurf eines solchen Vertrages ist vorgesehen, daß die Staaten sich verpflichten, keine Objekte mit irgendwelchen Waffengattungen auf die Erdumlaufbahn zu bringen, keine solchen Waffen auf Himmelskörpern zu stationieren und sie auf keine andere Weise zu installieren, darunter auch nicht auf bemannten Raumfahrten des bestehenden Typs wie auch auf anderen Typen, die in der Zukunft entstehen können. Der Vertragsentwurf impliziert die Verpflichtung, die normale Funktionstüchtigkeit kosmischer Objekte anderer Vertragsstaaten nicht zu zerstören, zu verletzen oder zu behindern sowie deren Flugbahn nicht zu ändern, sofern diese Objekte die Vertragspunkte nicht verletzen. Die Teilnehmer sollen kosmische Objekte im strikten Einklang mit dem Völkerrecht, einschließlich der UNO-Satzung, zur Erhaltung von Frieden und Sicherheit, zum Ausbau der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Verständnisses nutzen.

Die Erörterung der auf wirksame Maßnahmen zur Verhütung einer Ausdehnung des Wettrüstens auf den kosmischen Raum abzielenden sowjetischen Initiativen auf der 36. UNO-Vollversammlung im Herbst v. J. bewies die weitgehende Unterstützung und Anerkennung der Aktualität und Wichtigkeit dieses Problems durch die meisten Staaten.

Im Ergebnis der Erörterung des sowjetischen Vorschlags wurde eine Resolution gefaßt, für die 123 Staaten stimmten. Die Vollversammlung brachte ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß es notwendig sei, durch den Abschluß eines entsprechenden internationalen Vertrags wirksame Maßnahmen zur Verhütung einer Ausdehnung des Wettrüstens auf den kosmischen Raum zu ergreifen. Sie forderte den Generalkonferenzsaal auf, Verhandlungen zur Ausarbeitung eines solchen Abkommens aufzunehmen. Das war der erste wichtige Schritt zur Verwirklichung des von Leonid Breschnew am 17. April 1981 vorgebrachten Gedankens über die Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen der Weltgemeinschaft zur Erreichung des großen und humanen Ziels, zu gewährleisten, daß der uferlose kosmische Ozean von jeglicher Waffengattung rein und frei bleibt.

Es ist bemerkenswert, daß sogar China, das sich in dieser Frage den nichtpaktgebundenen Ländern nicht entgegenstellen wollte, sich gezwungen sah, für die sowjetische Initiative zu stimmen. Auch die USA und ihre nächsten Verbündeten wagten

nicht, gegen den Vorschlag der UdSSR aufzutreten, enthielten sich aber der Stimme. Um jedoch den sowjetischen Vorschlag zu hinterreiben, begannen die westlichen Länder ein Tauziehen. Sie brachten einen eigenen Vorschlag ein, der nur einen Aspekt der Verhütung des Wettrüstens im Kosmos in den Vordergrund stellte, nämlich das Verbot von Satellitenabwehrsystemen. Damit wurde im Grunde eine Gesamtlösung des Problems der Aktualisierung des kosmischen Raums zurückgestellt — das aber ist ja das Hauptziel des sowjetischen Vorschlags. Der sowjetische Entwurf des Vertrags über das Verbot der Stationierung jeglicher Waffengattungen im Kosmos enthält auch den Punkt der Satellitenabwehrsysteme, der jedoch im Kontext mit anderen Maßnahmen betrachtet wird.

Jetzt ist es nötig, im Abrüstungsausschuß praktische, konkrete Verhandlungen zur Ausarbeitung des Wortlauts eines internationalen Vertrags über die Verhütung des Wettrüstens im Kosmos aufzunehmen. Daß die Wahl auf den Abrüstungsausschuß fiel, ist kein Zufall. Es geht doch darum, nicht zuzulassen, daß eine weitere Quelle der Kriegsgefahr, eine weitere Richtung des Wettrüstens entsteht. Außerdem berührt das Problem, den Kosmos aus dem Bereich von militärischen Vorbereitungen herauszuhalten, auch die anderen Fragen der Reduzierung der Rüstungen und der Abrüstung.

Im Westen wird manchmal erklärt, man entwickle Programme zur Aufrüstung im Kosmos aus der Befürchtung heraus, daß es solche Programme in der UdSSR gebe. Das alles gehört wieder zu der Propagandagegenseite der „sowjetischen militärischen Bedrohung“. Tatsache ist, daß jetzt ein eindeutiges Dokument auf dem Verhandlungstisch liegt, das den Willen der UdSSR widerspiegelt, ernsthaft und sachlich das Problem zu entscheiden, die Stationierung jeglicher Waffengattungen im Kosmos zu verhindern und gemeinsam mit anderen Ländern ein diesbezügliches internationales Abkommen zu erzielen. Die Bereitschaft der Staaten, nicht nur verbal die Ausarbeitung eines solchen Abkommens in Angriff zu nehmen, wird zeigen, welche wahren Pläne jedes Land bezüglich des Weltraums verfolgt.

An der Verhütung des Wettrüstens im kosmischen Raum müßten alle Staaten interessiert sein. Und es ist wichtig, hier keine Zeit zu verlieren.

UNVERBRÜCHLICHE BANDE

Von unserem ständigen Berichterstatter
Leonid SHEGALOW

„Meinen Sie, nur in den sozialistischen Ländern können die Arbeiter an einem freien Tag unentgeltlich etwas für eine gute Sache tun?“ — Mr. Raj Chopra lächelt spitzbübisch. Er ist Direktor der großen Baufirma Competent Construction, und die gegensätzlichen Klasseninteressen meines Gesprächspartners und seiner Arbeiter lassen mich daran zweifeln, ob diese wirklich „umsonst“ für ihn arbeiten würden. Mr. Chopra scheint meine Gedanken zu lesen:

„Das ist es ja gerade, daß sie das nicht für mich tun. Es geht um das Objekt, das wir errichteten. Bis zur schlüsselfertigen Übergabe waren



Das im Januar d. J. eröffnete Haus der sowjetischen Wissenschaft und Kultur in Delhi

wenige Wochen geblieben, die Firma aber kam offensichtlich nicht termingemäß zurecht. Und da begannen die Arbeiter auf eigene Initiative an den Abenden auf dem Bauplatz mitzuhelfen und erschienen auch an ihren freien Tagen. Und dafür verlangten sie keinen Lohn! Unfassbar!“

„Ich stehe im Foyer des neuen Hauses der sowjetischen Wissenschaft und Kultur, das im Januar d. J. im Zentrum Delhis fertiggestellt wurde. Dies ist das besagte Objekt der Firma Mr. Chopras. Für dessen Bau setzten sich die Arbeiter so ein. Das Haus der sowjetischen Wissenschaft und Kultur ist inzwischen für zahlreiche Freunde der Sowjetunion in Indien ein Anziehungspunkt geworden. Jetzt helfen sie, eine

Ausstellung anlässlich des 35. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen unseren Ländern (am 13. April) zu gestalten. An einem Ausstellungsstand wird ein Ausspruch von Ministerpräsidentin Indira Gandhi über die Zuverlässigkeit und Selbstlosigkeit der Freundschaft der Sowjetunion mit Indien angeführt, das in vielen schweren Augenblicken stets die entscheidende Unterstützung von der UdSSR erhielt.

Für die Sicherheit Asiens

Interessanterweise wurden die diplomatischen Beziehungen bereits einige Monate früher aufgenommen, als Indien im August 1947 die politische Unabhängigkeit erlangte.

„Tiefe, feste Bände vereinen heute unsere Völker in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur“, sagte Leonid Breshnew im März in Taschkent über die sowjetisch-indischen Beziehungen. „Unsere Völker haben in diesen Jahren nicht nur einander besser kennengelernt, sondern es auch gelernt, einander aufrichtig zu achten und zu schätzen.“

Leonid Breshnew bezeichnete das beiderseitige Vertrauen zwischen unseren Staaten, zwischen deren Führungen als „enormes, nicht hoch genug einzuschätzendes Kapital“, das es „der Sowjetunion und Indien erlaubt, erfolgreich in der internationalen Arena bei der Bewahrung und Festigung des Friedens, bei der Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern zusammenzuarbeiten“.

Und in der heutigen komplizierten internationalen Lage ist eine solche Zusammenarbeit wichtig wie nie zuvor.

„Das ist ganz richtig“, stimmt mir Chandulal Chandrakar, Generalsekretär des regierenden Nationalkongresses (I) zu. „Wollen ja gewisse Leute unbedingt überall ihre Präsenz aufpflanzen und die Welt mit Militärstützpunkten überziehen. Es sei nur einer von ihnen, Diego Garcia, genannt, um zu verstehen, wie kompliziert die Lage um Indien ist.“

„Unterdes kann es ohne Frieden keinen weiteren Fortschritt Indiens geben“, fährt Ch. Chandrakar fort. „Ebendeshalb ist unser Land solidarisch mit den Friedensbemühungen der Sowjetunion und kämpft gemeinsam mit ihr für eine Gesundung der Weltlage. Indien stimmt bei internationalen Foren in allen Fragen der Friedenserhaltung gemeinsam mit der Sowjetunion. Unter diesem Vorwand unterstellen uns die Feinde der indisch-sowjetischen Freundschaft, „prosowjetische Voreingenommenheit“. Doch geht es ja nicht darum, mit wem man stimmt, sondern wofür!“

Das ureigene Interesse unserer beiden Staaten an Frieden und Sicherheit in Asien und in der ganzen Welt durchdringt die Artikel des sowjetisch-indischen Vertrages über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit vom 9. August 1971.

Der Abschluß des Vertrages wurde von allen, denen die Interessen der Sicherheit der Völker teuer sind und die nach einer Verbesserung des politischen Klimas streben, verständnisvoll und billigend aufgenommen. Zugleich mißfiel er jenen Kreisen, die in der Destabilisierung der Lage in Asien die Voraussetzung für die Verwirklichung ihrer imperialistischen oder hegemonistischen Ansprüche sehen.

Wie hätte sich die Lage in Asien ohne den sowjetisch-indischen Vertrag wohl entwickelt? Er droht niemandem und beeinträchtigt nicht die Interessen eines anderen. Doch jene, die Asien ihrer Hegemonie unterwerfen und das Kräfteverhältnis dort zu ihren Gunsten ändern wollten, müssen wiederholt ihre Absichten und Handlungen abwägen, eingedenk dessen, daß die beiden großen Völker einen Friedenskurs abstimmten.

Indiens „neue Tempel“

Verschieden zieht der Fortschritt in Ländern mit alter Kultur ein. Bisweilen werden neben historischen Denkmälern und Tempeln nur Renommierhotels und Bankgebäude, die durch ihre Monumentalität die wirtschaftliche Rückständigkeit der jungen Nationalstaaten verschleieren sollen, von den Investoren errichtet. Die Industrieobjekte der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit aber wurden von Jawaharlal Nehru als die „fürwahr neuen Tempel Indiens“ bezeichnet.

Ein tiefer Sinn liegt in dieser Äußerung, die die unterschiedliche Haltung der UdSSR und der kapitalistischen Staaten gegenüber den Bedürfnissen Indiens zum Ausdruck bringt. Indira Gandhi hatte im Februar d. J. in einem Interview für

ausländische Journalisten erklärt, Indien habe sich an die USA und andere westliche Länder um Hilfe bei der Entwicklung der wirtschaftlichen Infrastruktur gewandt. Jene Länder weigerten sich. Die USA erklärten, sie würden dem privaten, doch nicht dem staatlichen Sektor helfen. Und da wandte sich Indien an die Sowjetunion, die „uns in einer Zeit half, als niemand anders das tun wollte“.

Und diese Hilfe trug ihre Früchte. Jetzt erzeugen die mit Unterstützung der UdSSR errichteten Betriebe des staatlichen Sektors vier Fünftel der im Lande produzierten Hüttenanlagen, 40% des gesamten indischen Stahls, über ein Drittel der Ölprodukte und 20% des Stroms.

Dynamisch entwickelt sich der bilaterale Handel. Bezeichnenderweise wächst der Anteil der Industrieproduktion am indischen Export in die UdSSR. Die Diversifizierung des sowjetischen Imports aus Indien demonstriert die prinzipielle Haltung der Sowjetunion gegenüber den Entwicklungsländern zur Förderung ihrer industriellen Entwicklung. Wie hiesige Wirtschaftswissenschaftler konstatieren, erlangt der Export Indiens in die Sowjetunion für das asiatische Land eine um so größere Bedeutung, als es jetzt immer häufiger auf protektionistische Barrieren in seinem Handel mit kapitalistischen Staaten stößt.

Ich spreche über einige statistische Angaben zu den sowjetisch-indischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit dem namhaften Publizisten Sadhan Mukherjee, Mitglied des Nationalrates der KP Indiens.

„Die sowjetische Hilfe hat letztlich

sammenarbeit hat zur Festigung der Positionen der progressiven, demokratischen Kräfte in unserem Lande beigetragen, hat zu einer spürbaren Zunahme der indischen Arbeiterklasse geführt.“

Radiobrücke über den Himalaja

Diese engen Kontakte dienen der beiderseitigen geistigen Bereicherung unserer Völker. Wieviel haben wir in den letzten Jahrzehnten voneinander erfahren, wieviel erfahren wir fast täglich! Wir erhalten diese Informationen aus erster Hand, da man in Delhi die Stimme Moskaus aufmerksam hört und die Stimme des Landes von Rabindranath Tagore und Mahatma Gandhi in der Sowjetunion gut zu hören ist — und das nicht nur im übertragenen Sinne.

... Wenn man an der Skala eines Rundfunkempfängers, der in Delhi auf die Welle des indischen Programms von Radio Moskau eingestellt ist, das hier viele Freunde hat, etwas dreht, vernimmt man aus dem Äther russische Laute mit einem kaum spürbaren Hindi-Akzent. Die Stimme Indiens, die für die sowjetischen Bürger sendet, gehört, wie sich herausstellt, einer sympathischen jungen Frau, Lavlin Madhu. Sie leitet die UdSSR-Abteilung des Indischen Rundfunks. Wir unterhalten uns mit ihr natürlich in Russisch, das Lavlin Madhu perfekt beherrscht. Absolvierte sie ja die Aspirantur an der philologischen Fakultät der Moskauer Universität.

„Unsere Abteilung wurde 1971 gebildet, bald nach der Unterzeichnung des sowjetisch-indischen Vertrages

über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit“, berichtet Lavlin. „Die täglichen einstündigen Sendungen für die sowjetischen Hörer umfassen eine indische Presse, Meldungen über die indisch-sowjetische Zusammenarbeit sowie Beiträge über Kultur und Kunst Indiens.“

Jetzt finden in ganz Indien anlässlich des Jubiläums unserer diplomatischen Beziehungen Veranstaltungen statt. Die Freundschaft unserer großen Völker, verstärkt durch tiefempfundene beiderseitige

Sympathie als auch durch die gemeinsame Sorge um den Frieden ist unverbrüchlich — dieser Gedanke wird auf Kundgebungen, Seminaren und Versammlungen in vielen Städten Indiens immer wieder deutlich.

Delhi, im April

„Genosse Gromyko ist bereits ein Vierteljahrhundert zusammen mit anderen sowjetischen Führungsmitgliedern ein unmittelbarer und aktiver Teilnehmer der konstanten Entwicklung der jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen“, schrieb die jugoslawische „Politika“ am Tag der Ankunft des hohen sowjetischen Gastes in Belgrad. Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen der SFRJ bekundeten die Hoffnung, daß Andrej Gromykos Aufenthalt in Belgrad, seine Begegnungen mit führenden jugoslawischen Politikern ein weiterer Beitrag zu den vielseitigen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern sein und eine große internationale Bedeutung haben werden.

Die jugoslawische Öffentlichkeit wurde in ihren Erwartungen nicht enttäuscht. Andrej Gromyko erklärte beim Befreien jugoslawischen Bodens, auf dem Flughafen Surčin, vor Journalisten, daß die Sowjetunion der Festigung der allseitigen Beziehungen zur SFRJ große Bedeutung beimißt. Die enge Freundschaft, gefestigt durch historische Traditionen und durch das gemeinsam vergossene Blut in den Jahren des heldenhaften Kampfes gegen den Faschismus, die Zusammenarbeit im Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt sind eine wertvolle Errungenschaft der Völker der Sowjetunion und Jugoslawiens.

Während Andrej Gromykos Besuch fand ein ausführlicher Meinungsaustausch mit führenden Politikern des BdKJ und der SFRJ, mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens statt. In den Gesprächen mit dem Bundessekretär für auswärtige Angelegenheiten der SFRJ, Josip Vrhovec, dem Vorsitzenden des Präsidiums des ZK der BdKJ, Dušan Dragosavac, dem Vorsitzenden des Präsidiums der SFRJ, Sergej Kraigher, und dem Vorsitzenden des Bundesexekutiv-



Lavlin Madhu leitet die UdSSR-Abteilung des indischen Rundfunks.

zur Verwirklichung der Idee Jawaharlal Nehrus von der Selbstversorgung Indiens beigetragen“, sagt er.

„Doch es gibt auch einen wichtigen Klassenaspekt der sowjetischen Unterstützung“, fügte S. Mukherjee hinzu. „Die sowjetisch-indische Zu-

Zehn Jahre sind vergangen, seit am 9. April 1972 der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Republik Irak geschlossen wurde. Seine Unterzeichnung brachte den natürlichen Wunsch unserer Länder zum Ausdruck, die freundschaftlichen Beziehungen, die internationale Zusammenarbeit im Interesse der Sicherheit und Unabhängigkeit der Völker, des Friedens im Nahen Osten und in der ganzen Welt weiterzuentwickeln und zu festigen.

Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre kam der Wendepunkt im langjährigen Kampf des irakischen Volkes für politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Als Antwort auf das legitime Streben der Iraker, über das Erdöl, den Hauptreichtum des Landes selbst zu verfügen, versuchten die ausländischen Monopole und die hinter ihnen stehenden Regierungen westlicher Länder,

TRADITIONELLE FREUNDSSCHAFT

rats, Veselin Djuranović, wurde der Hauptakzent auf jene Momente gesetzt, die die Sowjetunion und Jugoslawien als zwei Länder, die der gleichen Gesellschaftsformation angehören, verstanden. Der hohe sowjetische Gast betonte auf einem offiziellen Empfang, den Josip Broz Tito ihm zu Ehren gab, daß die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen eine solide, bewährte Grundlage haben. Das sind Beziehungen der gleichberechtigten und beiderseitig vorteilhaften Zusammenarbeit, der Respektierung der Interessen beider Länder. Ihre Bandbreite reicht vom Handel und von den kulturellen Verbindungen bis zum nützlichen Meinungsaustausch über aktuelle internationale Fragen. Die Sowjetunion wird, wie Andrej Gromyko sagte, auch in Zukunft ihre Beziehungen zum sozialistischen Jugoslawien so gestalten, daß sie den gemeinsamen Interessen des Kampfes für sozialen Fortschritt und die friedliche Zukunft der Völker entsprechen.

Die Verschlechterung der internationalen Beziehungen ruft die berechtigte Sorge der Weltöffentlichkeit hervor. Das hob Andrej Gromyko gegenüber der jugoslawischen Führung besonders hervor. Er konstatierte, daß es gegenwärtig nichts Wichtigeres gibt als die Verhütung eines Nuklearkrieges. Ebeneshalb fanden die von Leonid Breschnew vorgetragenen sowjetischen Friedensinitiativen ein so großes Echo, während die militaristischen Kreise der USA die Steigerung der Rüstungsausgaben zu erreichen suchen und die Beschlüsse über

die Massenproduktion von Neutronen- und chemischen Waffen faßten. Der Kampf für die Festigung des Friedens ist ein sehr wichtiger Bereich für die gemeinsame Tätigkeit der UdSSR und Jugoslawiens. Insbesondere können die beiden Länder eine große Rolle beim erfolgreichen Abschluß des Madrider KSZE-Nachfolgetreffens spielen.

Grundlage für die günstige Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der SFRJ ist die Festigung der sachlichen, kameradschaftlichen Kontakte zwischen der KPdSU und dem BdKJ. Dieses Thema war das Leitmotiv des Gesprächs, das Andrej Gromyko mit Dušan Dragosavac führte. Genosse Dragosavac bekundete volle Unterstützung für die neuen sowjetischen Vorschläge, die Leonid Breschnew auf dem Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften unterbreitet hatte.

Fragen der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurden bei der Begegnung Andrej Gromykos mit Veselin Djuranović erörtert. Die jugoslawischen Genossen konstatierten besonders die großen Dimensionen ihrer Handelsbeziehungen. Die UdSSR nimmt den ersten Platz unter den jugoslawischen Außenhandelspartnern ein. Allein 1982 wird der Umfang des beiderseitigen Warenaustausches ca. 7 Md. Dollar erreichen. Unsere Handelsbeziehungen werden durch die Zusammenarbeit beim Bau und bei der Modernisierung jugoslawischer Industrieobjekte wesentlich ergänzt.

Nützlich war der Meinungsaustausch

über einen weiten Fragenkreis mit Sergej Kraigher. Die Teilnehmer des Treffens betonten, daß der Kurs auf den Ausbau der beiderseitig vorteilhaften, gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der SFRJ den Interessen der Völker der Sowjetunion und Jugoslawiens, der Sache des Friedens und des sozialen Fortschritts entspricht.

Die jugoslawische Führung, die die Zusammenarbeit in allen Bereichen hoch einschätzt, bekundete die Bereitschaft zur weiteren Festigung der jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen. Die Gesprächsteilnehmer betonten ihre tiefe Besorgnis über die Verschlechterung der internationalen Lage und unterstrichen, daß die Aktivierung der Anstrengungen aller Staaten, aller demokratischen und progressiven Kräfte im Kampf für die Abwendung der Gefahr einer militärischen Konfrontation die wichtigste Voraussetzung für die Stabilität des Friedens, die Entwicklung einer konstruktiven internationalen Zusammenarbeit ist. Die Sowjetunion und Jugoslawien meinen, daß die Bewegung der Nichtpaktgebundenen, zu deren Initiatoren und aktiven Teilnehmern Jugoslawien gehört, hierbei eine wichtige Rolle spielen kann.

Die Ergebnisse des SFRJ-Besuchs von Andrej Gromyko zeigen, daß uns bei bestimmten Unterschieden in der Haltung zu den einen oder anderen konkreten Fragen viel vereint. Die sowjetisch-jugoslawische Freundschaft kann und muß ein einflußreicher Faktor des Friedens und des Fortschritts in Europa und in der ganzen Welt werden. Daran sind die Völker der ganzen sozialistischen Gemeinschaft interessiert.

L. CHARKOW
Eigenbericht

Belgrad

IM BEIDERSEITIGEN INTERESSE

eine Wirtschaftsblockade über den Irak zu verhängen und dessen politische Isolierung zu erreichen. Die konsequente Unterstützung des Iraks durch die Sowjetunion, die von Anfang an auf dessen Seite in der Auseinandersetzung mit den Ölmultis trat, trug zur Festigung der internationalen Positionen des jungen Staates bei. 1972 nationalisierte Bagdad den Besitz der Iraq Petroleum Co. und dann auch aller anderen ausländischen Ölkonzerne.

Der gerade zu jener Zeit geschlossene sowjetisch-irakische Vertrag half dem Irak, den Anschlägen imperialistischer Kräfte auf seine Souveränität Widerstand zu leisten. Der Vertrag verankerte die Solidarität der beiden Länder im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion.

Seit 1972 hat der bilaterale Warenaustausch bedeutend zugenommen. Über hundert volkswirtschaftliche Großobjekte wurden oder werden mit Unterstützung der UdSSR im Irak errichtet. Ohne Übertriebung läßt sich sagen, daß gerade sie in vielem den Rhythmus des irakischen Wirtschaftslebens bestimmen. Geht es ja um die Zweige, die eine entscheidende Rolle beim wirtschaftlichen und technischen Fortschritt des Landes, bei der Hebung des Wohlstandes des irakischen Volkes spielen. Ein weiterer Bereich der Zusammenarbeit ist die sowjetische Unterstützung bei der Ausbildung irakischer Kader.

Moskau und Bagdad betonten beim Abschluß des Freundschaftsvertrages ihr Streben, „auch in Zukunft für den Weltfrieden, für die internationale Entspan-

nung“ einzutreten, und „einen entschiedenen Kampf gegen Imperialismus und Zionismus, für die vollständige, endgültige und bedingungslose Beseitigung von Kolonialismus und Neokolonialismus zu führen“. Diese Vertragsformulierungen bleiben auch heute aktuell, da die auch ohnedies explosive Lage im Nahen Osten durch die Verstärkung der Aggressionshandlungen Israels noch angespannter wurde.

Anläßlich des 10. Jahrestages des sowjetisch-irakischen Vertrages wird in der UdSSR die Überzeugung bekundet, daß er den langfristigen Grundinteressen der Völker beider Länder im Kampf gegen die Umtreibe des Imperialismus und der Reaktion, für die Herstellung eines gerechten und dauerhaften Nahostfriedens gut dienen kann. Die Sowjetunion ist auch weiterhin bereit, die Freundschaft und Zusammenarbeit mit dem Irak zum Wohl unserer beiden Völker, im Interesse des Friedens zu entwickeln.

V. GUREW

UNWIDERRUFLICH

Dmitri WOLSKI

Es ist schon richtig, daß jeder Vorgang aus zeitlicher Distanz besser eingeschätzt werden kann. Aber es gibt auch welche, deren Bedeutung sich schon im voraus abzeichnet. Dazu gehören die Aufstände — man kann dieses Wort völlig zu Recht anwenden — in den von Israel vor 15 Jahren besetzten arabischen Gebieten. In dieser Zeit reifte das nationale Selbstbewußtsein der Palästinenser. Langsam, aber sicher. Es vergingen die Illusionen, die Freiheit werde einem in den Schoß fallen, es erstarkte die Kampfentschlossenheit. Insbesondere bei der jungen Generation, die in diesem Zeitraum heranwuchs. Die jungen Männer, die sich jetzt den Kugeln der Okkupanten in den Städten am Westjordan aussetzen, kennen und hassen den israelischen Soldaten seit ihrer Kindheit. Und seit der Kindheit wissen sie, daß ihre Rechte, ihre Hoffnungen, ihre Zukunft von der Palästinensischen Befreiungsorganisation geschützt werden, deren Einfluß in den okkupierten Gebieten, wie die jetzigen Ereignisse zeigen, praktisch uneingeschränkt ist.

Das ist die eine Seite der Angelegenheit. Und die andere? Tel Aviv spekuliert mit der „Rückkehr“ des restlichen Teils der Sinai-Halbinsel (wo die israelischen Besatzer bekanntlich von „multinationalen Streitkräften“, die hauptsächlich aus Amerikanern bestehen, abgelöst werden) an Ägypten und fordert dafür ein hohes Entgelt: Den Anschluß der anderen 1967 eroberten arabischen Gebiete an Israel. Ostjerusalem und die syrischen Golanhöhen hat es bereits offiziell annexiert. Mit dem Westjordanufer und dem Ghasa-Streifen aber mußten die israelischen Expansionisten abwarten, da sie sich in Camp David zu Verhandlungen mit Sadat Ägypten über die „Verwaltungsautonomie“ der Palästinenser einverstanden erklärt hatten.

Für Washington besaß der Erfolg oder wenigstens der Anschein eines Erfolges dieser Verhandlungen vorrangige, ja man kann sagen, globale Bedeutung. Die Palästina-Frage ist der wichtigste Stein des Anstoßes in den Beziehungen zwischen Tel Aviv und den „arabischen Freunden“ der USA. Von der Annäherung ihrer Positionen in dieser Frage hängt die

Möglichkeit ab, im Nahen Osten ein System des „strategischen Konsenses“ zwischen Israel und den konservativen arabischen Staaten unter Agide Washingtons zu schaffen. Folgerichtig auch die Möglichkeit, diese Region nicht nur in eine Erdölquelle für die amerikanische Militärmachinerie, sondern auch in einen riesigen Vorposten an den südlichen Grenzen der sozialistischen Gemeinschaft zu verwandeln.

Es gibt wohl kaum einen Gedanken, mit dem die Washingtoner Globalstrategen heute stärker liebäugelten. Aber vermutlich auch keinen, der hochgestochener und komplizierter auszuführen wäre. Sogar Anwar Sadat, von seinem Nachfolger gar nicht zu reden, konnte dem „Werben“ der israelischen Regierung nicht nachgeben, die die Verhandlungen über die „palästinensische Autonomie“ als Weg zur Verankerung der Okkupation ansieht. Nun hat sie, besonders nach dem Tod Sadats, das Interesse an solchen Verhandlungen verloren. Tel Aviv zog es vor, einseitige annexionistische Aktivitäten am Westufer zu ergreifen und es offen und mit Gewalt zu kolonisieren. Diese Kolonialisierungsbemühungen wurden im März derart prägnant, daß sogar im Sprachgebrauch der US-Presse das

Wort „Annexion“ auftrat. Auf Pressekonferenzen wollten die Journalisten von Alexander Haig endlich hören, wie die US-Regierung zu der „fiktiven Annexion“ des Westufers stehe. Der Außenminister, so ein Journalist, sei buchstäblich in die Enge getrieben worden. Hier wäre es angebrachter gewesen, zu sagen, daß die gesamte Nahostpolitik der USA in einer Klemme steckt, in die sich Washington mit seinem eigenen Vorgehen hineinmanövriert hat.

Wirklich, wer, wenn nicht die US-Führung, unterstützt den Annexionskurs Tel Avivs, indem sie die Sicherung der „ständigen militärischen Überlegenheit“ Israels zur offiziellen Doktrin erklärt? Wer, wenn nicht sie, sichert das stets durch ein Veto im Sicherheitsrat ab? Das Resultat ist, daß die Regierung Begin, in der ein so rücksichtsloser Abenteurer wie Verteidigungsminister General Sharon immer mehr Einfluß erlangt, völlig freie Hand verspürt. Die Anzahl der ermordeten Araber wächst, Plastikkugeln werden immer häufiger durch Bleikugeln ersetzt, und die das tun, haben es eilig: Die Logik der Gewalt ist ins Rollen gekommen, sie treibt Begin und Sharon immer weiter auf dem gefährlichen Weg. Aber es wäre falsch anzunehmen, dieses Tandem handle spontan. Es hat seinen aggressiven Plan, der an eine Zweistufenrakete erinnert. Wie die „erste Stufe“ aussieht, verkündete der „New York Times“-Korrespondent in Israel, David Shipler, der am 27. März berichtete, die Regierung Begin habe in der letzten Woche ihr Ziel erläutert, das darin

ENTSCHLOSSENHEIT

Ein israelischer Soldat zerrt ein zehnjähriges palästinensisches Mädchen, das unter den Demonstranten war, an den Haaren... Drei andere schlagen einen jungen Araber zusammen... Der Hof der arabischen Birzeit-Universität voller israelischer Soldaten... Palästinenser mit erhobenen Armen werden von einer Militärstreife gefilzt...

Diese Fotos, die die Willkür der israelischen Soldaten in den okkupierten arabischen Gebieten festhalten, wurden Journalisten in Moskau auf einer Pressekonferenz von Vertretern der Palästinensischen Intelligenz vorgelegt.

Das Mitglied des Palästinensischen Nationalrats, Vorsitzender des palästinensischen Ärzteverbandes, Dr. Jamil Maraka, berichtete von den machtvollen Demonstrationen und Streiks am Westjordanufer und im Ghasa-Streifen.

Seinen Worten zufolge zeichnen sich die jetzigen Demonstrationen erstens durch die beispiellos umfassende Teil-

nahme aller Bevölkerungsschichten aus, zweitens dadurch, daß zum erstenmal zusammen mit Armee-Einheiten auch bewaffnete israelische Siedler an den Repressalien teilnehmen, und drittens durch die Unterstützung der fortschrittlichen Kräfte Israels für die Palästinenser, darunter der KP und der Bewegung „Frieden heut!“, die in Tel Aviv eine 15 000köpfige Protestdemonstration organisierten. Der Streik der israelischen Araber am „Tag des Schutzes von Grund und Boden“, dem 30. März, hat gezeigt, daß sie voll und ganz auf der Seite der Palästinenser stehen, die innerhalb der besetzten Gebiete leben.

Das Mitglied des Politbüros der Palästinensischen KP und des Palästinensischen Nationalrats Souleiman an-Najjal, der vor einiger Zeit dem israelischen Kerker entkommen konnte, in dem er grausamen Folterungen ausgesetzt war, fügte hinzu, Ziel der Okkupanten sei es, das Westufer und den

bestehe, der PLO die politische Unterstützung der 800 000 Araber am Westjordanufer zu entziehen. Es ist verständlich, daß diese „Entziehungskur“ für die PLO der juristisch fixierten Annexion vorausgehen soll. Shipler schreibt weiter, das okkupierte Westjordanufer, wo die Palästinenser demonstrieren und die Israelis schießen, sei jetzt zu einem Ort geworden, an dem Israel seine Taktik gegenüber den benachbarten arabischen Staaten auspendle.

Welche Staaten sind denn da gemeint? Offenbar vor allem jene, in denen die PLO starke Positionen besitzt. Und da wären wir bei der „zweiten Stufe“ des israelischen Plans. In Tel Aviv hält man seit langem nicht mehr damit hinter dem Berg, daß man den bewaffneten palästinensischen Einheiten in Libanon „eins auswischen“ will. Der israelische Botschafter in Washington Arens sagte Anfang März, dies sei „lediglich eine Frage der Zeit“. Dabei zielen sie nicht nur auf die Palästinenser und nicht einmal nur auf Libanon ab. Der jüngst aus Israel zurückgekehrte Kommentator der „Washington Post“ Joseph Kraft versicherte am 16. März, man befasse sich auch mit einem „Schlag gegen die syrischen Truppen im Innern Libanons“ (erinnern wir daran, daß sie zu der dort stationierten arabischen Friedenstruppe gehören) und danach mit der gewaltsmalen „Rückführung“ Syriens selbst ins „westliche Lager“ und schließlich mit der „Nahostregelung“ gemäß

dem Camp-David-Abkommen“.

Kraft hat recht, wenn er schreibt, ein solches Drehbuch enthalte natürlich mehr Phantasien als die reale Vorausschau der Entwicklung. Bei einer realen Betrachtung der Nahostentwicklung kann man nur zu der entgegengesetzten Schlußfolgerung gelangen: Wenn Tel Aviv unter dem „amerikanischen Schirm“ versucht, einen neuen Krieg zu entfesseln, muß Washington dafür mit einer weiteren Einbuße seiner Positionen in der arabischen Welt rechnen. Schon bei den gegenwärtigen Vorgängen verdeutlicht sich die zunehmende antikolonialistische Stimmung unter den Arabern. Der Aufstand am Westufer, die parallel laufenden Streiks im Ghaza-Streifen, auf dem Golan und der arabischen Bevölkerung Israels sowie die Größenordnung der Demonstrationen sind Anzeichen für unwiderrufliche Veränderungen. Hier wird klar ersichtlich, daß sich auch auf die Politik das Gesetz des Umschlagens quantitativer in qualitative Veränderungen anwenden läßt. Nicht mehr nur die Fedaim-Kämpfer, sondern breiteste Massen der Palästinenser haben den unmittelbaren Widerstand gegen die israelischen

Besatzer aufgenommen. Und faktisch auch gegen deren amerikanische Hintermänner. Die zionistische Variante des Kolonialismus ist ebenso von der Geschichte verdammt wie jede sonstige Abart.

Die Geschichte bietet jedoch nicht wenige Beispiele für gefährliche und ruinöse Abenteuer, zu denen Leute bereit sind, die ihr mit ihrer Politik ein Schnippchen schlagen wollen. Deshalb droht Außenminister Shamir, er werde „eine Endlösung des Problems“ des palästinensischen Widerstands finden. Hat er etwa vergessen, wo dieser Ausdruck seinen Ursprung nahm? Oder wollte er bewußt eine gewisse Analogie auslösen? Wichtig jedenfalls ist, daß sich einflußreiche Kreise des heutigen Israel seit langem ernstlich mit einer gewaltsamen Deportation Hunderttausender Palästinenser vom Westufer und aus Südlibanon beispielsweise nach Jordanien befassen. Auch das auf phantastischen Kalkulationen basierende „Drehbuch“, das Joseph Kraft erwähnte, wurde natürlich nicht von kleinen Beamtenseelen, sondern von Experten in Uniform und in Zivil ausgeheckt. Selbst das „befreundete“ Ägypten ist vor israelischen Drohungen nicht sicher: ihm wird bedeutet, man werde ihm den restlichen Teil der Sinai-Halbinsel nicht fristgemäß — bis zum 25. April — zurückgeben, wenn es in der Grenzfrage nicht Zugeständnisse mache, oder man könne auch ganz Sinai „augenblicklich“ okkupieren“.

Kurz: militärisches Abenteuerum ist die einzige Antwort Tel Avivs auf die Veränderungen in der arabischen Welt.

Eine israelische Streife in der durch einen Generalstreik lahmgelegten Stadt Romallah (Westjordanufer)

Foto: AP-TASS



Ghaza-Streifen genauso wie den Golan und Ostjerusalem zu annexieren und dem palästinensischen Volk ein für allemal das Recht auf seinen Staat zu nehmen. Die Okkupanten wollten um jeden Preis Jasager schaffen, um ihren berüchtigten Plan der „Verwaltungsaufnahme“ durchzudrücken. Die „Dorfverbände“ aber, auf die die Okkupanten sich verlassen hatten, brechen unter dem Druck der Massenbewegung zusammen.

Wir werden häufig gefragt, warum die Araber nicht alle Mittel des Kampfes, einschließlich das Erdöl, ausnutzen, sagte an-Najjal. Ich kann darauf mit den Worten des wegen seiner patriotischen Befähigung vertriebenen Sheichs Rajab at-Tamimi antworten, die an die konservativen arabischen Regimes gerichtet sind: „Ist euch Erdöl etwa teurer als unser Blut!“ Die Antwort der fortschrittlichen Kräfte darauf ist der engere Zusammenschluß, die Stärkung der Positionen in den Gewerkschaften, den Jugend- und Frauenorganisationen so-

wie die Mobilisierung breiter Volksmassen zum Kampf. Wir haben es nicht leicht. Gegenwärtig sitzen in Israel über 6000 Palästinenser hinter Gittern. Insgesamt sind seit 1967 200 000 Einwohner des Westufers und des Ghaza-Streifens in israelischen Gefängnissen gewesen.

Der Leiter der Untersuchungsabteilung des Departements der okkupierten Gebiete bei der PLO Walid Moustafa führt Zahlen über die Ausmaße der israelischen Kolonialisierung an.

Am Westufer und im Ghaza-Streifen [einer Fläche von 5932 km²] leben 1,3 Millionen Palästinenser. Die Israelis haben bereits rund 38 % des Territoriums beschlagnahmt, dort wurden 182 Ortschaften mit 120 000 Siedlern gegründet. Die Jewish Agency, die die Kolonialisierung leitet, hofft, die Siedlerzahl bis

Ende des Jahrhunderts auf eine Million zu bringen.

Tel Aviv will die Wirtschaft des Westufers und des Ghaza-Streifens vollständig dem israelischen Markt unterwerfen. 90 % ihres Handels entfallen heute auf Israel. 110 000 Palästinenser arbeiten in israelischen Betrieben. Die Besatzer lassen ihnen die harte Wahl, entweder zu emigrieren oder sich irgendeinen Job zu suchen, da die Entwicklung der einheimischen Industrie verboten ist. Der Rektor der Hebräischen Universität in Tel Aviv äußerte einmal öffentlich die Befürchtung, die Anzahl der palästinensischen Studenten in der ganzen Welt sei höher als die der israelischen. Davon ließen sich die Okkupanten u. a. leiten, als sie den Unterricht an der Universität Birzeit behinderten. Wir sind überzeugt, sagte Walid Moustafa abschließend, daß die gerechte Sache der Palästinenser siegen wird, die die Weltöffentlichkeit, die sozialistische Gemeinschaft und die starke befreundete Sowjetunion an ihrer Seite wissen.

A. STEPANOW

USA GEGEN AFRIKANISCHE EINHEIT

In Artikeln der westlichen Presse zur Politik der jetzigen US-Administration in Afrika wird die Hauptaufmerksamkeit auf deren Kurs zur Festigung der Verbindungen zur RSA und dessen Auswirkungen auf die Gesamtlage im südlichen Afrika gerichtet. Hier vollzieht sich die entscheidende Schlacht gegen die letzten Bastionen des Kolonialismus und Rassismus in Afrika, und dieser Schlacht gilt natürlich das allgemeine Interesse. Doch die Afrikapolitik der USA hat auch andere wichtige Aspekte, die im Hintergrund bleiben. Verweilen wir bei einem von ihnen.

Die amerikanische Expansion in Afrika, die sich nach dem Zusammenbruch der dortigen Kolonialregimes verstärkte, stieß von Anfang an auf Widerstand seitens der afrikanischen Völker. Dieser Widerstand bezog seine Kraft aus der Idee der antiimperialistischen und antirassistischen Einheit, zu deren Verkörperung die 1963 gebildete Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) wurde.

Anfangs maß man in Washington der Bildung dieser Organisation keine besondere Bedeutung bei. Doch ihre Aktionen für den Freiheitskampf der Völker von Angola und Moçambique, Simbabwe und Namibia, für die internationale Isolierung der rassistischen RSA beunruhigten die Schöpfer der amerikanischen Politik. Allmählich wurden der Kampf gegen die afrikanische Einheit neben der Annäherung an Pretoria eine wichtige Grundlage der politischen Afrikastrategie der USA.

Die USA teilen folglich alle afrikanischen Staaten in „radikale“ und „gemäßigte“ ein. Die „Gemäßigte“ sind jene, die in der Innenpolitik Kurs auf den Kapitalismus halten und sich in der Außenpolitik nach dem Westen orientieren. Zu den „Radikalen“ gehören jene Staaten, die sozialökonomische Umgestaltungen durchführen und einen unabhängigen außenpolitischen Kurs verfolgen. Washingtons Taktik besteht vor allem darin, die „Gemäßigte“ auf die „Radikalen“ zu hetzen.

Dieses Ziel wurde u. a. mit dem Beschuß der USA verfolgt, ein Militärabkommen mit Somalia zu schließen, dem zufolge das Pentagon Militärstützpunkte im Austausch gegen Waffen erhalten soll. Weiß man ja in Washington, daß die Führung Somalias nicht auf Gebietsansprüche an das benachbarte Äthiopien verzichtet hat. So wird die Feindschaft zwischen den beiden Staaten gesücht, nimmt die afrikanische Einheit Schaden.

Niemand anders als Washington schürte den Haß Ägyptens (unter Sadat) und des Sudan auf Tripolis und hetzte diese Länder sogar zu einem Angriff gegen Libyen auf. So weit kam es nicht, doch die sudanesisch-libyschen Beziehungen sind immer noch gespannt. Die USA entfesselten einen Propagandarummel um die Präsenz libyscher Truppen in Tschad, die auf Ersuchen der legitimen tschadischen Regierung dort stationiert waren. Behauptungen, die Präsenz dieser Truppen bedrohe die Sicherheit anderer afrikanischer Länder, wurden verbreitet. Und in Afrika fanden sich Leute, die den Urhebern dieser Erfindung gern zustimmten, wodurch sie die Anschläge auf die afrikanische Einheit unterstützten.

Als großer Erfolg der eigenen Strategie wurde in Washington der Konflikt gewertet, der im Februar in Nairobi auf der Tagung des OAU-Ministerrates entbrannte. Anlaß dafür war der Beschuß der meisten OAU-Staaten, die Saharauische Arabische Demokratische Republik, deren Bildung vor einiger Zeit in der Westsahara proklamiert worden war, in die Organisation aufzunehmen. Die Delegation Marokkos, das einen Teil dieses Territoriums okkupiert und dort einen Krieg gegen die patriotischen Kräfte führt, verließ aus Protest gegen den OAU-Beschluß den Tagungssaal. Ihr schlossen sich die Delegationen einiger anderer „gemäßigter“ Staaten an. Die US-amerikanische Presse verhehlt jetzt nicht die Hoffnungen Washingtons, der Konflikt werde dazu führen, daß die OAU auseinanderfällt.

Doch in den USA hat man es mit der Beerdigung der OAU offenbar etwas zu eilig. Kein Land, dessen Vertreter die Tagung in Nairobi verließen, erklärte seinen Austritt aus der OAU. Vor allem sind die historischen Voraussetzungen, die zur Bildung dieser Organisation führten, immer noch durchaus gegeben. Können etwa entzweite afrikanische Länder erfolgreich für die Befreiung Namibias kämpfen? Oder den Kämpfern gegen die Apartheid in der RSA wirksame Hilfe leisten? Die zunehmende Aggressivität der Rassisten verlangt gemeinsame Aktionen aller afrikanischen Staaten, um ihnen die gebührende Abfuhr zu erteilen. Nötig sind solche Aktionen für den erfolgreichen Kampf um eine neue Wirtschaftsordnung, zur Beseitigung der Rückständigkeit und Armut auf dem Kontinent. Die Afrikaner haben also allen Grund, ihre Einheit zu hüten und alle Spaltungsversuche zu durchkreuzen.

Juri BOTSCHEKARJOW

Über die Hälfte der Briten mißtraut dem Kurs der US-Administration (laut Gallup). Das Ergebnis der Umfrage ist symptomatisch — bestanden ja zwischen London und Washington traditionell „besondere Beziehungen“. Und die derzeitige britische Regierung unterstützt so bereitwillig die Reagan-Politik, daß die Beziehungen auf den ersten Blick noch „besonderer“ als früher scheinen. Thatcher ist entzückt von Reagan und will kein Wort gegen ihn hören, konstatierte die „Sunday Times“. Im gleichen Geist werden auch die Minister indoktriniert, und trotzdem muß sich selbst die Regierung Thatcher daran erinnern, daß Großbritannien zu Europa gehört. Die Interessen Westeuropas und der USA aber sind weitaus nicht immer identisch.

Ein aktuelles Beispiel hierfür lieferte die Reise James Buckleys, Assistent des US-Außenministers. Er versuchte, die westeuropäischen Verbündeten zu zwingen, sich aktiver den „Wirtschaftssanktionen“ gegen die UdSSR anzuschließen. Nachdem Buckley in Paris und Bonn ein höfliches, doch festes Nein zu einer Verschärfung der „Sanktionen“ erhalten hatte, hoffte er, in London größeres Verständnis zu finden. Doch in Whitehall wurde der US-Besucher zurückhaltend, ja kühl aufgenommen. Man erklärte ihm, Reagans Vorschläge für einen Stopp der Kredite zum Bau der Gaspipeline Sibirien—Westeuropa müßten lange studiert werden und würden viele Komplikationen in sich bergen. Der damalige Außenminister Lord Carrington betonte gegenüber der US-Delegation: „Der Handel mit der Sowjetunion ist für die britische Wirtschaft viel wichtiger als für die amerikanische.“

Die Unzufriedenheit der Westeuropäer und insbesondere der Engländer über die Haltung des amerikanischen Partners ist verständlich: Westeuropa braucht Arbeitsplätze, die durch die Ost-West-Handelsabkommen gesichert werden, sowie, wie die „Times“ betonte, sowjetische Rohstoffe und Energie, besonders sowjetisches Gas. Der konservative „Daily Telegraph“ konstatierte, daß sich die Interessen der USA und Westeuropas oft nicht decken, vor allem gilt das für den Handel mit den sozialistischen Ländern.

In Handelsfragen also nimmt London notgedrungen auf Europa eine gewisse Rücksicht. Leider dominiert das Streben, das Weiße Haus vorbehaltlos in vielen politischen Fragen zu unterstützen, immer

WACHSENDER WIDERSTAND

Von unserem ständigen Berichterstatter Igor TITOW

noch deutlich über den gesunden Menschenverstand.

Nach Reagan hatte es auch Thatcher eilig, die neuen Friedensinitiativen, die Leonid Breschnew auf dem XVII. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften unterbreitete, auszuschlagen.

Michael Harbottle, ein Leiter der Organisation „Bewegung für weltweite Abrüstung“, schrieb diesbezüglich an den „Guardian“: „Der auf richtige Vorschlag der Russen ist ein Versuch, die Rüstungskontrollverhandlungen aus der Sackgasse zu führen. Die Unfähigkeit, diese Wahrheit zu erfassen, zeugt von einem erstaunlichen Fehlen von Verständnis seitens unserer Führer.“

In der Haltung Reagans und Thatchers beunruhigt, daß man, obgleich die UdSSR ihre konstruktive Haltung zur Rüstungskontrolle bei den SALT-Verhandlungen unter Beweis gestellt hat, nicht zur Kenntnis nehmen will, daß sie ernsthaft nach Abrüstungsverhandlungen strebt, führt der „Observer“ besagtes Thema weiter. Die Wochenschrift „Tribune“ bezeichnete die Erklärung des einseitigen Moratoriums für die Stationierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen als wichtige Geste des guten Willens.

Ein Programm zur Begrenzung der Nuklearrüstungen und zur Abrüstung rückt in der derzeitigen politischen Debatte in Großbritannien in den Vordergrund. In ihr melden sich immer lauter Stimmen für die Verhütung einer Nuklearkatastrophe zu Wort. Über ein halbes Jahr ist vor dem Luftwaffenstützpunkt in Greenham Common ein ungewöhnliches Lager aus Protest gegen die geplante dortige Stationierung amerikanischer Cruise Missiles aufgeschlagen. Aus vielen Teilen Großbritanniens kamen Frauen unterschiedlicher politischer Überzeugungen hierher. Sie alle wollen eine weitere Partie von US-Nuklearwaffen nicht ins Land lassen. Am 20. März schlossen sich über 6000 Demonstranten den Friedensposten vor Greenham Common an. Die Teilnehmer der Protestveranstaltung blockierten den Eingang des Stützpunktes: Sie hinderten schwere Militär-LKWs an der Einfahrt. Die Polizei griff ein, 39 Personen wurden

verhaftet. Doch das Lager besteht weiter.

Als Antwort auf die Stimmung der Landsleute führen die Lokalbehörden vieler Landesteile erfolgreich eine Kampagne für die Schaffung kernwaffenfreier Zonen. Das erste, was Präsident Reagan zu sehen bekommt, wenn er im Juni die britische Hauptstadt besucht, werden Tafeln sein, die verkünden, daß die Stadt eine kernwaffenfreie Zone geworden ist. Das beschloß der Stadtrat von Groß-London nach entsprechenden Proklamationen Dutzender anderer Munizipalitäten. Alle acht Grafschaften von Wales haben sich bereits für „kernwaffenfrei“ erklärt. Für die Einrichtung kernwaffenfreier Zonen in Schottland und die Schließung aller Nuklearstützpunkte auf den britischen Inseln tritt die schottische Labour Party ein.

In Großbritannien gibt es mehr als genug Stützpunkte. Kürzlichen Angaben des „Daily Express“ zufolge haben allein die USA mehr als 100 Basen in Großbritannien. Ein Teil von ihnen wird zur Lagerung von Nuklearwaffen benutzt. „Großbritannien ist praktisch ein Flugzeugträger für die US-Kriegsmaschine in Europa, ein gigantischer Parkplatz für die US-Luftwaffe, für Nuklearbomber und Spionageflugzeuge“, konstatierte die Zeitung. „Das sind so viele, daß wir, wenn

wir tatsächlich ein Flugzeugträger wären, unter der Last der amerikanischen Waffen und Flugzeuge sinken würden.“

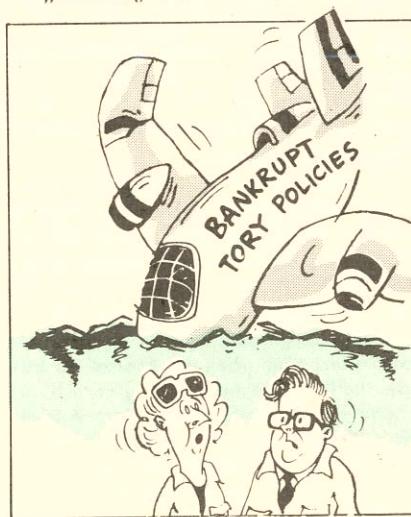
Der zunehmende Protest der Bevölkerung beginnt auch Whitehall zu beunruhigen. „Hohe Beamte im Verteidigungsministerium sind über das Wiederaufleben der Bewegung für nukleare Abrüstung und über die Schwierigkeiten der Regierung in der Auseinandersetzung mit der Antinuklear-Agitation besorgt“, konstatierte die „Sunday Times“. Und deshalb wurden Rezepte zur Verstärkung des Kampfes gegen die Antikriegsbewegung ausgearbeitet. Die Minister sollen in öffentlichen Auftritten mit „besseren Argumenten“ die These von der Notwendigkeit einer Fortsetzung der britisch-amerikanischen Zusammenarbeit bei den Nuklearwaffen verteidigen. Das Kriegsministerium beabsichtigt, der Öffentlichkeit einen weiteren Film über die „sowjetische Bedrohung“ zu servieren und über „sympathisierende Organisationen“ Flugblätter zu verbreiten.

Trotz der propagandistischen Anstrengungen der britischen Strategen wächst der Widerstand gegen ihre Politik. Die stürmischen Diskussionen über den kürzlichen Beschuß der Tories, das Nuklearraketen system Trident 2 in den USA anzukaufen, halten an. Die Wochenschrift „Tribune“ nannte das den verantwortungslosen Schritt, den eine britische Regierung je getan hat. Trident 2, fährt „Tribune“ fort, wird ebenso wie die Cruise Missiles das Land in Abhängigkeit von amerikanischer Technologie bringen, was seinerseits die britische Regierung der Politik Reagans unterwerfen wird. Zudem werden Trident 2 und die Cruise Missiles die Aussichten auf eine effektive Rüstungskontrolle praktisch zunichte machen.

Das Streben der Thatcher-Regierung, Reagan in allem zuzuspielen, veranlaßte Großbritannien auch zu anderen vorschnellen Handlungen. So war es das einzige europäische Land, das Beobachter zu den Scheinwahlen in El Salvador entsandte.

Die jüngsten Ereignisse sind noch alarmierender. Der Konflikt zwischen Großbritannien und Argentinien um die Falkland-Inseln (Malvinen), die London 1833 gewaltsam an sich riß, löste den Rücktritt von Außenminister Lord Carrington aus und verschärft die Lage in den herrschenden Kreisen Großbritanniens.

London



SOZIALDEMOKRATEN AM SCHEIDEWEG

Von unserem ständigen Berichterstatter Karen KARAGESIAN

In der Bonner SPD-Zentrale laufen die Vorbereitungen für den ordentlichen Parteitag in München vom 19. bis 23. April auf vollen Touren. Die Referate bekommen den letzten Schliff, die Partezentrale klügelt am Szenarium herum, damit alles wie am Schnürchen läuft. Aber von dem sonst üblichen Elan ist dabei nichts zu spüren. Die Stimmung in der Partei ist eher trübsinnig, wenn nicht sogar gedrückt.

Die Ursachen dafür liegen auf der Hand. Bei den Landtagswahlen in Niedersachsen erlitt die SPD eine schwere Niederlage. Ebenso kurz zuvor in Schleswig-Holstein. Die in diesem Jahr noch bevorstehenden Wahlen in drei Bundesländern der BRD versprechen also nichts Gutes für die größte Partei des Landes. In der Parteiführung streitet man darüber, wer daran schuld ist, daß ein Teil der ehemaligen sozialdemokratischen Wähler der Partei jetzt den Rücken kehrt (in Niedersachsen waren das ca. 6%). Gespannt sind auch die Beziehungen zum bürgerlich-liberalen Koalitionspartner, zur Freien Demokratischen Partei. Die Zeitungen fragen immer wieder: Wird sich die gegenwärtige SPD-FDP-Koalition bis zu den Wahlen 1984 halten? Manchmal wird die Frage auch so gestellt: Wird sie das Jahr 1982 überleben?

Ähnliche Spekulationen werden besonders gerne von den Führern der rechtsbürgerlichen CDU/CSU verbreitet, die seit 1969 auf den Oppositionsbänken sitzen. Allerdings: Kompetente Beobachter rechnen nicht damit, daß die Erfolge der Christdemokraten bei den jüngsten Landtagswahlen unausweichlich zum Regierungswechsel führen werden. „Das Charakteristikum der jetzigen Situation besteht darin“, schreibt Rolf Zundel in der „Zeit“, „daß es zwar gewaltigen Mißmut über die Koalition gibt, aber keinen alles übertönenenden Ruf, dies sei die Stunde der Union.“

Außerdem ruft bei vielen Bürgern der BRD die Aussicht, die Opposition könne an die Macht kommen, offene Beßorgnis hervor. In diesem Zusammenhang unterstreicht Georg Polikeit in der Zeitung der DKP „Unsere Zeit“: „Wir teilen die Sorge vieler Sozialdemokraten und anderer demokratischer Kräfte, daß eine Regierungsübernahme durch die CDU/CSU in Bonn eine weitere Verschlechterung der Situation bedeuten

würde, und zwar sowohl in außenpolitischer Hinsicht, in einer noch schärferen Unterordnung unseres Landes unter den aggressiven Reagan-Kurs und in der verschärften Durchsetzung der Hochrüstung und des NATO-Raketenbeschlusses, als auch in der Innenpolitik, in verstärkten Angriffen auf die demokratischen Rechte und der noch rigoroseren Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung.“

Aber die Einstellung vieler Bundesbürger zur Opposition kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß das Vertrauen der Wähler in die Regierung und die sie tragenden Parteien in letzter Zeit tatsächlich sinkt. In den Reihen der SPD wird seit einiger Zeit offen von einer Parteikrise gesprochen. Das läßt sich wohl kaum mit Unzulänglichkeiten bei der Selbstdarstellung der SPD gegenüber der Öffentlichkeit erklären, d. h. mit ihrem Unvermögen, ihre Politik den Wählern schön verpackt zu vermitteln.

Der Grund liegt vielmehr in der Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Wähler an eine sozialdemokratisch geführte Regierung und den praktischen Resultaten ihrer Politik in einer Reihe äußerst wichtiger Punkte. Dieser Widerspruch wird um so deutlicher, je komplizierter die Situation wird, und die ökonomischen und politischen Probleme wachsen.

Die Arbeitslosigkeit z. B. hat 2 Millionen erreicht — eine seit den 50er Jahren nicht bekannte Höhe —, aber die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschränken sich im Grunde auf Gespräche oder auf die Aufstellung wenig effektiver Programme, die kaum realisierbar sind. Hat das etwa der Arbeitslose von heute von einer sozialdemokratisch geführten Regierung erwartet?

Ungeschminkt hat Friedhelm Barthmann, Minister für Arbeit und Soziales in der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, die Sackgasse sozialdemokratischer Politik beschrieben. Als Antwort auf die Frage, warum das Vertrauen in die SPD sinkt, sagte er: „Ich will jetzt mal versuchen, das an einem Beispiel deutlich zu machen: Es gibt in Dortmund die Hoesch-Werke. Der Arbeiter von Hoesch sagt sich: „Mein Bundeskanzler ist Sozialdemokrat, mein Oberbürgermeister ist Sozialdemokrat und bei Hoesch ist sogar der Vorstandsvor-

sitzende Sozialdemokrat, der Betriebsratsvorsitzende ist Sozialdemokrat, und trotzdem fallen bei uns die Arbeitsplätze weg. Wie ist das möglich? Das ist ihm nicht klarzumachen. Ich kann es nicht mehr.“ In der Tat, das zu erklären ist schwer.

Noch brisanter ist aber die Frage: Wie soll man den Arbeitern, den einfachen SPD-Mitgliedern erklären, warum die Bundesregierung für die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in der BRD eintritt? Auf dem SPD-Parteitag im Dezember 1979 wurde unter dem Druck des Vorstands eine Resolution zur Unterstützung des NATO-„Doppelbeschlusses“ verabschiedet, der diese Stationierung vorsieht. Es wurde recht bald klar, daß ein bedeutender Teil der Delegierten, die damals für die Resolution gestimmt hatten, irregeführt wurde. Es wurde ebenso deutlich, daß Washington — insbesondere nach dem Machtantritt der Reagan-Administration — weniger an Verhandlungen als vielmehr an die Erlangung militärischer Überlegenheit über die UdSSR denkt. Dabei sind die USA bereit, rücksichtslos die Interessen ihrer westeuropäischen Verbündeten zu opfern. Die Reaktion darauf war das stürmische Anwachsen der Friedensbewegung. Mehr als 2 Millionen Menschen haben den Krefelder Appell unterzeichnet, der die Regierung der BRD auffordert, ihre Zustimmung zur Stationierung neuer amerikanischer Raketen zurückzuziehen. Die Demonstration der 300 000 in Bonn am 10. Oktober 1981 zeigte anschaulich, wie stark die Empörung des Volkes ist.

An all diesen Aktionen nahmen auch viele SPD-Mitglieder aktiv teil. Die Parteiführung war eine Zeitlang unentschlossen, wie sie auf die Friedensbewegung reagieren sollte. Anfangs wollte man die Mitglieder zwingen, nicht an der Bewegung teilzunehmen. Dann versuchte man, einen „Dialog“ mit dieser Bewegung anzuknüpfen, jedoch erfolglos. Das ist nur zu verständlich. Denn, was tun mit der schweren Last des „NATO-Doppelbeschlusses“?

Einige haben den Fehler erkannt, den man auf dem letzten Parteitag begangen hatte. Sie begannen darüber nachzudenken, ob man ihn nicht in München korrigieren sollte. Aus den Landes-, Kreis- und Stadtverbänden kamen Resolutionsentwürfe, die verlangen, die BRD solle die Stationierung von Pershing-2- und Flügelraketen ablehnen.

Außer einfachen SPD-Mitgliedern traten auch einige prominente Parteipolitiker aktiv gegen den Raketenbeschluß

auf, wie z. B. der Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine oder das Präsidiumsmitglied der SPD Erhard Eppler.

Letzterer formulierte einen Dreipunkte-Vorschlag für den Münchner SPD-Parteitag. Erstens: ein durch nichts konditionierter Aufruf zum Moratorium. Wir sagen: die Weltmächte ... sollen sich während der Verhandlungen darauf einigen, daß nicht weiter stationiert wird. Zweitens: Wir fordern die Sowjetunion auf, im Zuge eines solchen Moratoriums ihre Sprengköpfe auf den Stand von 1978 zu reduzieren. Wenn sie das tut,

denn auch weiterhin verfolgen sie das Ziel, militärische Überlegenheit zu erlangen. Das zeigt sich nach Meinung Epplers auch bei den Genfer Verhandlungen.

Sein Standpunkt ist charakteristisch für viele Sozialdemokraten. Aber er stößt in der Partei auch auf Widerstand. Ein Teil der Führung würde gern einer offenen Diskussion auf dem Münchner Parteitag ausweichen. Der vom SPD-Vorstand vorgelegte Resolutionsentwurf sieht vor, daß die Partei ihre Meinung zum NATO-„Doppelbeschuß“ nicht



Arbeitslose belagern dieses Arbeitsamt in Dortmund, wie auch andere im Land. Das Beschäftigungsproblem ist eines der wichtigsten, die es auf dem SPD-Parteitag zu erörtern gilt.

Foto aus: „Der Spiegel“ (BRD)

dann würden wir drittens, Zug um Zug, die Vorbereitungen für die Stationierung in der Bundesrepublik aussetzen.

Diese Thesen entstanden, bevor Leonid Breschnew auf dem XVII. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften darlegte, daß die UdSSR einseitig Schritte in dieser Richtung unternehmen werde. Als die Nachrichtenagenturen die Rede des sowjetischen Staatsoberhauptes verbreiteten, kritisierte Eppler scharf jene westlichen Politiker, die eilig ihre Ablehnung erklärten. Das zeige, unterstrich Eppler, in welchem Maße die Ost-West-Beziehungen wieder „verhärtet und vergiftet“ seien. Er machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß nicht ein einziger dieser „Skeptiker“ sich an Leonid Breschnew gewandt habe, mit der Bitte, die sowjetische Position zu erklären oder zu präzisieren. Wer aber nur ablehne, setze sich dem Verdacht aus, das Wichtigste sei für ihn, die amerikanischen Raketen zu stationieren. Eppler zog erneut die Verhandlungsbereitschaft der USA in Zweifel,

jetzt äußern solle, sondern 1983, da man dann die Ergebnisse der Genfer Verhandlungen berücksichtigen könne. Hierbei wird unterstellt, daß ein Erfolg oder Mißerfolg der Verhandlungen ausschließlich von der UdSSR abhänge. Sollten sie scheitern, steht für diese Politiker der Schuldige bereits fest: die Sowjetunion. Diese Tatsachenverdrehungen rufen bei vielen Delegierten nicht gerade Begeisterung hervor.

Europa steht am Scheideweg. Sein Schicksal steht auf dem Spiel. Viel hängt von der Position der Bundesrepublik ab. Der Standpunkt einer der größten bundesdeutschen Parteien erhält unter solchen Bedingungen ein besonderes Gewicht.

Die SPD bewies Realismus in der Politik, als sie die Wende zur Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern einleitete. Das war ihr gewichtiger Beitrag zum europäischen Entspannungsprozeß. Er brachte allen Beteiligten unbestreitbare Vorteile, nicht zuletzt den Bundesbürgern. Wie werden die Parteitagsdelegierten handeln: Werden sie weiter den Weg der Entspannungspolitik beschreiten, oder werden sie ihn selbst torpedieren?

Bonn

MITTTELSPIEL IN EL SALVADOR

Mit diesem Schachterminus lassen sich die stürmischen Aktivitäten bezeichnen, die US-Botschafter Hinton in San Salvador gleich nach der Wahlfarce entwickelte. Wie die Stimmenauszählung zeigte, haben die rechtsgerichteten Christdemokraten unter José Napoleón Duarte (auf sie setzte Washington vor allem) ihre Rivalen, die fünf ultrareaktionären Parteien, zwar überflügelt, doch nicht die absolute Stimmenmehrheit erreicht. Infolgedessen sind die Figuren auf dem salvadorianischen Schachbrett nicht ganz so angeordnet, wie das nach US-Szenario geplant war. Korrekturen wurden erforderlich. Anfangs versuchte man in der US-Botschaft, eine Allianz aus Christdemokraten und der eng mit der Armee liierten Partei der Nationalen Versöhnung, die bei den „Wahlen“ an dritter Stelle rangierte, zusammenzimmern. Als aber die „Versöhnung“ nicht stattfand, entschied man sich sofort für eine andere Variante. Eine Koalition der fünf Rechtsaußenparteien ohne die Christdemokraten wurde aufgestellt, die für ein Jahr einen Interimspräsidenten nominieren wird.

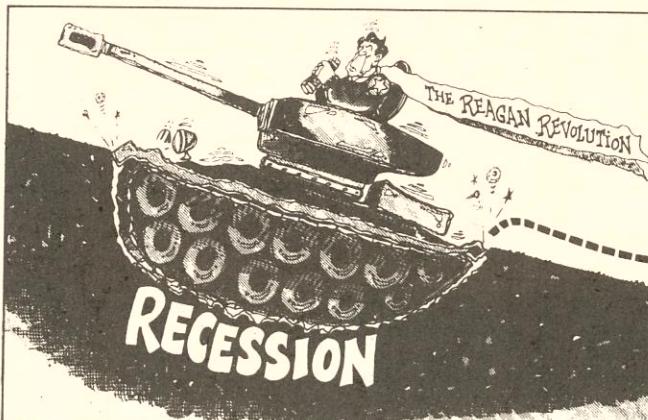
So wird nach der Einberufung des „Parlaments“ Mitte April dessen Kontrolle bei den Ultrarechten unter dem fanatischen Faschisten Major D'Aubuisson liegen, dem Führer der extremistischen Republikanischen Nationalistischen Union (ARENA). Der aber droht, sogar Duartes Christdemokraten niederzuknallen, die für ihn fast „Kommunisten“ sind. Wird das Weiße Haus eine Regierung unter dem „pathologischen Mörder“, wie der amerikanische Ex-Botschafter in El Salvador, White, D'Aubuisson bezeichnete, unterstützen, oder aber wird man versuchen, trotzdem irgendeine Koalition zu bilden? Doch schon jetzt ist klar, daß Washington seine Repressalien fortfesten und die grobe Einmischung in die salvadorianischen Angelegenheiten ausweiten will. Das ist seine Generallinie gegenüber Mittelamerika. Nicht von ungefähr legten die USA im Sicherheitsrat ein Veto gegen den Resolutionsentwurf ein, der dazu aufruft, auf den Versuch der Einmischung in die Angelegenheiten dieser Region zu verzichten! So hat Washington klar zu verstehen gegeben, daß es Mittelamerika nach wie vor als seinen „Hinterhof“ ansieht.

A. BARYSCHEW

VORBEI

In diesem Panzer versucht der US-Präsident, die Rezession zu überwinden — einstweilen ohne Erfolg. Kein Wunder: Die 1,6 Billionen Dollar, die dem Pentagon für die nächsten fünf Jahre versprochen wurden, verurteilen die Wirtschaft zu zusätzlichen Schwierigkeiten: den Haushalt zu einem Defizit von 100 Md. Dollar und 9,5 Millionen Amerikaner zur Arbeitslosigkeit.

Das Schicksal des Panzers selbst, in den der Karikaturist der Zeitung „Houston Chronicle“ Ronald Reagan setzte, bekräftigt nur die Zweifel am Erfolg des von Reagan inszenierten Unterfangens. Angenommen, dies sei der M-1, der größte und teuerste (2,7 Mio Dollar) Panzer in der Geschichte Amerikas, dann steht er bereits im Feuer der Kritik. 300 von den insgesamt erwarteten 7000 Panzern (Kostenpunkt: 19 Md. Dollar) sind bereits gebaut. Das Pentagon aber ist unzufrieden. Der Panzer ist in den 20 Jahren seiner Entwicklung etwas veraltet. Infolgedessen verlangen die Mi-



litärs seine Verbesserung und denken sogar daran, ihn durch ein moderneres (lies: teureres) Projekt schnellstmöglich zu ersetzen. Inzwischen haben einige Großkonzerne den Kampf um Aufträge zum Bau von Versuchsmustern der neuen Konstruktion bereits aufgenommen.

Nicht besser ist es auch um einige andere Pentagon-Programme bestellt, die finanzielle Unterstützung der Regierung erhielten. Um zwei Jahre wird die Produktion der lenkbaren Panzerabwehraketen Maverick aufgeschoben. Gegebenenfalls hat dieses Projekt bereits 173 Mio Dollar

(Gesamtkosten: 3,2 Md. Dollar) verschlungen. Die Unglücksraketen aber fliegen immer noch am Ziel vorbei. Jetzt will das Pentagon auf sie verzichten. Die vorhandenen Raketen, genauer gesagt, die für die „Neuentwicklung“ verausgabten Millionen sind für die Katze. Außerdem wird der Landehubschrauber Apache (Stückpreis: 15,7 Mio Dollar) wohl im Museum landen.

So hat der Präsident mit dem Panzer offenbar nicht die zuverlässigste Methode gewählt, um aus dem Kriegsgraben herauszukommen.

G. SIDOROWA

EIN FRONTSTADTHELD

Einige Schritte vom „Checkpoint Charlie“ in der Friedrichstraße, auf Westberliner Territorium, weist ein Reklameschild auf eine „Ausstellung“ hin.

Leiter der Ausstellung ist ein gewisser Rainer Hildebrandt, der auch Chef der „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ ist. Dieser beliebte Herr begann 1948 seine Karriere. Mit Dollars gründete er in Westberlin einen „Suchdienst“. Unter ehemaligen Kriegsgefangenen trommelte er nostalgische Nazis zusammen. Aus Gesinnungsgenossen bildete Hildebrandt die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, die mit finanzieller Unterstützung ihrer US-Auftraggeber Spionage und Provokationen gegen die DDR verübte.

Wenig später „promovierte“ besagter Rainer Hildebrandt. So diente er eifrig den CIA-Bossen — bis das große Fiasco kam. Dem „Weser-Kurier“ zufolge wurde Hildebrandt abgesetzt, da er sich Geld angeeignet hatte, das er von „einer auswärtigen Macht“ für dienstliche Zwecke erhalten hatte. Der falsche Doktor gelangte nach dieser schweren seelischen Erschütterung in eine Nervenheilanstalt und gründete dann die „Gesellschaft für Menschenrechte“.

Nachdem die DDR am 13. August 1961 Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze ergriffen hatte, schuf Hildebrandt die „Arbeitsgemeinschaft

13. August“. Mit Geldern aus Bonn organisierte er ein cessoires von Gangsterfirmen, die mit Duldung von B. Westberlins Menschenhandel treiben.

Doch der Ausstellungsrummel ist nur eine Seite von. Wie sein Kompagnon, Peter Fischer, sagte: „Zu mehr auch Flüchtlinge, ehemalige politische Häftlinge raten und betreut“, d. h. die Arbeitsgemeinschaft gruppierten und Konterrevolutionäre verschwenderisch Schattierungen über die sozialistischen Länder.

Kürzlich eröffnete die „Arbeitsgemeinschaft“ eine r. der schreierischen Bezeichnung „Solidarność lebt!“. aus Polen geflohenen Konterrevolutionären eingeladen. sind Publikationen von „Solidarność“ mit übeln Ver. VR Polen, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen kümmt es die Behörden Westberlins nicht, daß der „Arbeitsgemeinschaft“ mit Geist und Buchstaben c. berlin-Abkommens unvereinbar sind.

Westberlin

FERKEL

IM MANÖVER

In ein Feldhospital in Nordschweden von Lulea, wurden quietschende Ferkel gebracht. Die Schweinchen wütäubt, dann schoß man auf sie, und urgen schritten ans Werk.

„Leider können unsere Mediziner lernen, Schußwaffenverletzungen, die den selten sind, zu operieren“, sagte Dr. Jöransson, Chefarzt bei dem kürzlich deten „Norrsken“-Manöver der schwedischen Armee.

An dem größten Manöver der vergangenen 20 Jahren nahmen außer den Ferkeln über 1000 Soldaten, hunderte Flugzeuge, Hubschrauber und eine Unmenge Kriegstechnik teil. Manöver der schwedischen Armee

EILIGE SCHNECKE

Die Väter des Gemeinsamen Marktes stellten sich bei der Abfassung des Römischen Vertrages offenbar eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft vor, die wie ein Expresszug von Erfolg zu Erfolg eilt. Das vergangene Vierteljahrhundert hat ihre Hoffnungen platzen lassen.

Der Londoner „Times“ zu folge macht die Gemeinschaft die „tiefste Wirtschaftskrise in ihrer ganzen Geschichte“ durch. In den EG-Ländern geht die Industrieproduktion zurück, sinkt das Lebensniveau

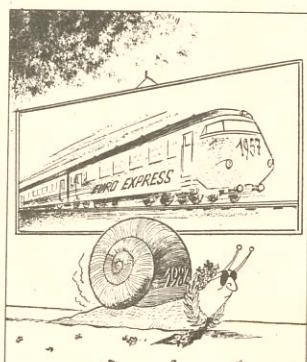
der die sam wird chen reibe Kon in Ja Ke Brüs des eine dian düste te. D

gleichzeitig mit dem NATO-Großmanöver „Alloy express“ in Nordnorwegen: Dort wurde das Zusammenwirken von Einheiten verschiedener NATO-Länder bei einem Transport in diese Region erprobt — die übrigens nicht allzu weit von der sowjetischen Grenze entfernt ist.

In den letzten Jahren interessiert sich die NATO immer mehr für das neutrale Schweden. Dafür gibt es nicht wenige Beweise. Man behauptet, Stockholm beginne eine größere Rolle im westlichen Verteidigungssystem zu spielen. Verbirgt sich nicht dahinter das Streben von NATO-Kreisen, vor allem amerikanischen, das neutrale Schweden näher an den Nordatlantikpakt zu bringen? Diese Frage stellen sich jetzt die demokratischen Kräfte des Landes, die sich durchaus nicht Schußwunden wünschen.

D. POGORSHESKI

einer Atmosphäre der „Verwirrung“ abgeschlossen, schrieb der „Daily Telegraph“. Der französische „Martin“ bezeichnete das Treffen überhaupt als „nutzlos“. Den Führern der Zehnergemeinschaft, pflichten bundesdeutsche Kommentatoren ihren Kollegen bei, sei es nicht gelungen, Übereinstimmung bezüglich einer gemeinsamen Strategie zur Überwindung der



steigenden Arbeitslosigkeit und zur Belebung der Konjunktur zu erzielen.

In der EG träumt heute niemand mehr von einem D-Zug-Tempo, vielmehr fühlt man sich eher an die Schneckenpost erinnert.

D. MAXIMOW

Zeichnung aus der „Frankfurter Allgemeinen“ (BRD)

n, un-
rosige
en be-
Chir-
ur so
n Fri-
in-Ma-
been-
nswedi-
genen
23 000
rauber
l. Das
folgte

erktätigen und wächst
beitslosigkeit unaufhalte-
e Zehnergemeinschaft
n inneren Widersprü-
errissen. Ziemlich auf-
ist der Kampf gegen
renten in den USA und
1.

Wunder, daß auf dem
er EG-Gipfel anlässlich
Gemeinschaftsjubiläums
em britischen „Guar-
ufolge „drückende und
Atmosphäre“ herrsch-
EG-Gipfel wurde in

Ausstellung mit Ac-
rden der BRD und

ildebrandts Aktivitä-
nend werden nun-
d Übersiedler be-
rt um sich Renega-
i und sammelt In-

Ausstellung unter
Eröffnung wurden
er den Exponaten
lungen gegen die
en Länder. Offen-
artige Aktivitäten
ierseitigen West-

M. PODWIGIN
Eigenbericht

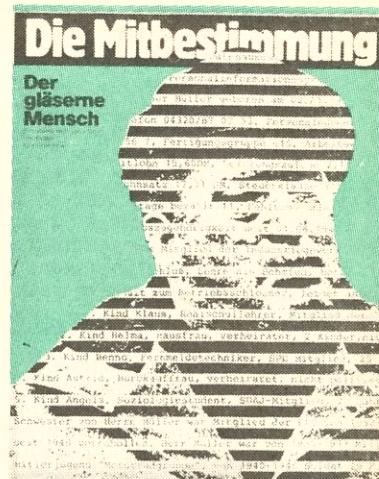
TOTALE BESPIZELUNG

Was verdient er? Welche sozialen Vergünstigungen nimmt er in Anspruch? Wie häufig und wie lange ist er krank? Wie aktiv ist er gewerkschaftlich tätig? Läßt er sich auf Konflikte mit den Vorgesetzten ein? Beteiligt er sich an Streiks? Welcher Partei gehört er an? Die politische Zuverlässigkeit der Verwandten (waren sie Mitglieder der KPD oder sind sie Mitglieder der DKP?)...

Solche Informationen werden vom Computer PAISY gesammelt, der Informationen über jeden Arbeiter und Angestellten in der BRD speichert.

Eigentlich waren die Computer für buchhalterische Operationen, zur Planung und Leitung der Produktion bestimmt. Doch die Bosse fanden für sie eine andere Verwendung. In einigen Sekunden kann PAISY dem Firmenchef bis zu 500 verschiedene Informationen über jeden Beschäftigten liefern. Bei solcher elektronischen Durchleuchtung spricht man in der BRD von dem „gläsernen Menschen“.

Mit Hilfe des Computers feuerte ein bundesdeutscher Konzern Arbeiterinnen. Nach Informationen, daß viele Mitarbeiterinnen, die weit vom Betrieb entfernt wohnen, mit einem Bus zur Arbeit kommen, kündigte die Betriebsleitung den Vertrag mit der Busfirma auf. Die Linie wurde eingestellt. Die Arbeiterinnen mußten kündigen — „auf eigenen Wunsch“.



In einem Bremer Großbetrieb begann ein Streik. Die Betriebsleitung, wiederum mit Hilfe von PAISY, sammelte Informationen über Arbeiter, die finanzielle Probleme (Kredit- und Abzahlungsschulden) hatten. Wenig später erhielten deren Frauen Briefe mit der „Empfehlung“, die Männer zur Arbeit zu schicken, sonst...

Die „Arbeitgeber“ bezeichnen die Computerstreifen als „technisch modernisierte Buchführung“. Die Arbeiter drücken sich da genauer aus. Ihrer Meinung nach hilft PAISY beim Führen von schwarzen Listen, um „Störenfrieden“ zu kündigen.

L. SMIRNOWA

Foto: „Unsere Zeit“ (BRD)

DIE RSA MARSCHIERT...

„... Die Sowjetunion will in den kommenden fünf Jahren ihre Kontrolle über den Süden Afrikas errichten. Zusammen mit ihren Verbündeten hat sie dort ein Truppenkontingent von 28 000 Mann konzentriert. Anfangs war die Invasion für 1990 geplant, dann wurde sie auf 1985 vorverlegt...“

All das teilte RSA-Verteidigungsminister General Magnus Malan Journalisten mit, um sogleich die Gegenmaßnahmen der Regierung anzukündigen: Von nun an sollen die Reservisten in den ersten 12 Jahren nach Beendigung des Militärdienstes nicht für 280 Tage, wie früher, sondern für 720 Tage einberufen werden. In den folgenden 20 Jahren kann der Barras sie für 1000 Tage holen. So werden in der RSA nicht mehr 200 000 Mann, wie jetzt, sondern 500 000 ständig unter Waffen stehen!

Ist denn das nicht zuviel, um eine „Bedrohung“ durch „28 000 Kommunisten“ abzuwehren? Die rassistischen Behörden sind da ganz anderer Meinung. Reichen ja die 200 000 Soldaten schon nicht mehr aus für den Kampf gegen die zunehmende Partisanenbewegung in der RSA, für die Aufrechterhaltung der militärischen Kontrolle über das gärende Namibia, für die Überfälle auf Angola, Moçambique und Sambia.

Außerdem, meldete der hiesige Rundfunk, spielen die Truppen Pretorias nach Meinung Washingtons eine „lebenswichtige Rolle“ für die Verteidigung ... der USA.

L. SKURATOW

ZWEI TENDENZEN IM OST-WEST-HANDEL

Igor ORNATSKI

Wieder einmal versuchen die USA, den Handel als politisches Druckmittel zu benutzen. Unter dem Vorwand, die UdSSR trage die Verantwortung für die Ereignisse in Polen, führte R. Reagan Ende Dezember 1981 wirtschaftliche „Sanktionen“ ein. Härter sind nun die Regeln für die Genehmigung des Exports von Ausrüstungen in die UdSSR, die Flüge der Aeroflot-Maschinen in die USA sind ausgesetzt, die wissenschaftlich-technischen und kulturellen Kontakte auf Eis gelegt, die Verhandlungen über ein neues Schiffahrtsabkommen vertagt worden. Damit nicht genug, droht Washington, noch härtere „Sanktionen“ zu verhängen und sie auf den Währungs- und Kreditbereich auszudehnen. Den NATO-Bündnispartnern und Japan zwingen die USA den Gedanken an eine volle Einstellung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR und zu den anderen sozialistischen Ländern auf. Dieser Druck hat zum Teil Resultate gezeitigt: Die EG-Länder gaben ihre Absicht bekannt, den Import einiger Waren aus der UdSSR einzuschränken; Japan führt Kreditrestriktionen ein.

Washington will eindeutig eine kommerzielle, wissenschaftlich-technische und kreditpolitische Blockade der sozialistischen Länder aufziehen, ähnlich der Blockade, die die westlichen Länder Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre verhängten. Die Politik der „Sanktionen“ bildet also einen Bestandteil des USA-Kurses auf die Rückkehr zum kalten Krieg und auf Unterminierung all des Positiven, was in den Ost-West-Beziehungen im letzten Jahrzehnt erreicht wurde. Das ist die Linie auf politische, wirtschaftliche und militärische Konfrontation.

Deshalb muß man dem französischen Ministerpräsidenten Mauroy zustimmen, der in der Nationalversammlung erklärte: „Sich an die Logik der Wirtschaftsblockade zu halten, heißt, sich an die Logik des Krieges zu halten. Historisch gesehen hingen diese zwei Begriffe stets miteinander zusammen.“

Politische Waffe

In der Tat bestand seit jeher die Ansicht, daß der Handel den Weg zum Frieden ebnet. Auch heutzutage ist wohl kaum zu bestreiten, daß der Ausbau des Handels zwischen den Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung die Weltlage als Ganzes verbessert. Und umgekehrt: Ein vorsätzlicher Abbau des Handels führt zur Verschärfung der politischen Beziehungen und zur Konfrontation. Der positive Zusammenhang zwischen Politik und Han-

del lag den Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz zugrunde. Schon 1920 erklärte die Regierung der RSFSR: „...Unsere Parole war und bleibt: friedliche Koexistenz mit den anderen Regierungen, wie beschaffen sie auch sein mögen... Die wirtschaftliche Wirklichkeit erfordert einen Warenaustausch und die Aufnahme geregelter Beziehungen zur ganzen Welt, aber dieselbe wirtschaftliche Wirklichkeit erfordert auch von den anderen Regierungen ein Gleiches.“ Gerade diese Wechselwirkung wurde auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU hervorgehoben, als Leonid Breschnew erklärte: „Wir sind dafür, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auch zum Westen zu entwickeln. Das ist übrigens ein Stabilisierungsfaktor in den internationalen Beziehungen.“

Diese Meinung teilen viele realdenkende Politiker des Westens, dementsprechend handeln sie. Aber nicht alle. In einigen kapitalistischen Industrieländern, vor allem in den USA, wird bis heute die Konzeption vertreten, die Verbindung von Außenpolitik und Außenhandel sei zur Erreichung strategischer Ziele auszunutzen. Dort wird diese Verbindung wie folgt interpretiert: Der Ausbau des Handels mit einem Land hänge von seinem politischen Verhalten ab; wenn sich ein Land „schlecht benimmt“, seien ihm keine Waren zu liefern. Der Handel wird also zu einem Mittel des politischen Druckes gemacht.

Die Konzeption „Handel als politische Waffe in den Beziehungen zu den sozialistischen Ländern“ ging von Anfang an davon aus, daß sie daran mehr als die westlichen Partner interessiert seien. Man hoffte, daß Handelsdiskriminierung und Kreditsperre die UdSSR und die anderen osteuropäischen Länder in ihrer Wirtschaftsentwicklung aufhalten, ja zurückwerfen würden. Diese Konzeption lebt noch heute fort, obwohl die neueste Geschichte ihre völlige Haltlosigkeit veranschaulicht hat.

Washington ging schon in den ersten Nachkriegsjahren daran, die Handelsbeziehungen zur UdSSR als Außenpolitisches Instrument zu benutzen. Auf sein Betreiben wurde 1949 ein Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handelspolitik (Cocom) gegründet, dem 14 NATO-Länder und Japan beitragen und der den Export strategischer Waren in die sozialistischen Länder zu kontrollieren hatte. Der Cocom sorgt für die Aufstellung und Überprüfung der Listen von Waren, deren Verkauf an die sozialistischen Länder verboten ist. Während des kalten Krieges umfaßten diese Listen bis zu 2800 Positionen.

Zugleich errichteten die USA ein

ganzes System von Hindernissen für den Import aus den sozialistischen Ländern. Auch ihre NATO-Partner wurden von ihnen dazu angehalten (und nicht selten gezwungen). Zu Beginn der 50er Jahre kündigte die USA-Regierung einseitig die Handelsabkommen ab und verweigerte den sozialistischen Ländern die Meistbegünstigung im Handel. Andere westliche Länder trafen ebenfalls Diskriminierungsmaßnahmen. Im Grunde wurde der UdSSR und ihren Bündnispartnern ein Handelskrieg erklärt, mit dem sich die reaktionären imperialistischen Kreise eine militärstrategische Überlegenheit zu sichern und die industrielle und wissenschaftlich-technische Entwicklung des Weltsozialismus zu hemmen hofften.

Diese Strategie des US-Imperialismus wies Risse auf, sobald das Wachstum des Wirtschafts- und des Verteidigungspotentials der sozialistischen Länder überzeugend vor Augen führte, wie hältlos die Hoffnungen auf ein „Roll back“ des Kommunismus, selbst durch Entfachung regionaler Kriege, waren (ein anschauliches Beispiel ist die Niederlage in Vietnam).

Das strategische Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West ist eine Realität der Weltlage und die politische Grundlage der Entspannung. Die KSZE erkannte die Notwendigkeit der Entspannung nicht nur in den politischen, sondern auch in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern beider unterschiedlichen sozialen Systeme an. Wie es in der KSZE-Schlusakette heißt, werden die Teilnehmerstaaten „sich bemühen, die der Entwicklung des Handels entgegenstehenden Hindernisse jeglicher Art abzubauen oder schrittweise zu beseitigen“.

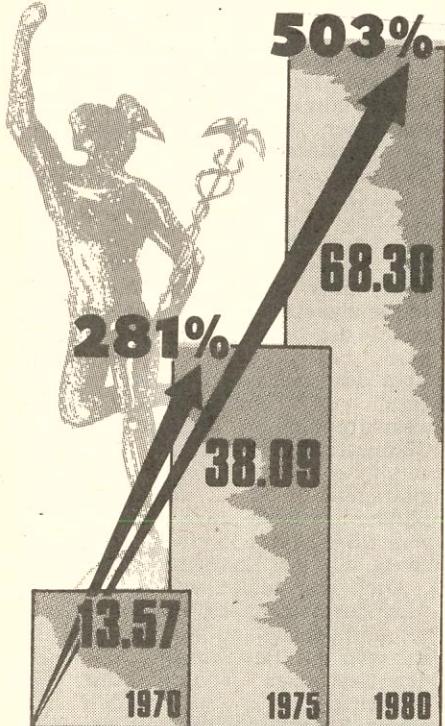
Wie hängt das zusammen?

Nach Maßgabe dessen, wie die Politik des kalten Krieges eine Niederlage nach der anderen erlitt, weigerten sich die westlichen Länder allmählich, den USA in Fragen der Außenhandelsgesetze und in der praktischen Handelspolitik blind zu folgen. Nach dem beträchtlichen Rückschlag der 50er Jahre begann sich der Handel der westeuropäischen Länder und Japans mit den sozialistischen Staaten rasch zu erweitern. Allein in den 60er Jahren stieg er auf mehr als das 2,5fache.

Auch Washington sah immer klarer, daß der kalte Krieg und die Wirtschaftsblockade gescheitert waren. In einem 1970 vorbereiteten Bericht des Unterkomitees für Fragen der Wirtschaftspolitik beim vereinigten Wirtschaftsausschuß des USA-Kongresses hieß es, daß die Einwirkung des außenwirtschaftlichen USA-Kurses auf die Politik

und die militärischen Angelegenheiten der UdSSR und der osteuropäischen Länder offenbar auf ein Minimum reduziert bzw. gleich Null sei. Ende der 60er Jahre traten die USA-Geschäftskreise immer beharrlicher für eine Liberalisierung des Handels mit den sozialistischen Ländern ein. Der Grund war nicht nur die Einsicht in die Perspektiv-

**AUSSENHANDELSUMSATZ
ZWISCHEN DEN RGW-LÄNDERN
UND DEN KAPITALISTISCHEN
INDUSTRIELÄNDERN**
(Md. Rubel)



losigkeit des Kurses auf Schwächung der UdSSR, sondern auch der Wunsch, auf den Märkten im Osten anderen Ländern zuvorzukommen. Zudem wirkte sich die allgemeine Schwächung der Positionen der USA-Monopole im Konkurrenzkampf gegen die Westeuropäer und die Japaner aus.

Eine spürbare Wendung zur Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und den USA trat in den 70er Jahren nach den sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen ein. In dem Dokument „Grundlagen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA“, das beim sowjetisch-amerikanischen Gipfel im Mai 1972 unterzeichnet wurde, hieß es u. a.: „Die UdSSR und die USA betrachten die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen als wichtiges und notwendiges Element der Konsolidierung der zweiseitigen Beziehungen und werden aktiv zum Ausbau solcher Verbindungen beitragen.“ In der ersten Hälfte der 70er Jahre wurden wichtige Dokumente über Fragen der kommerziellen, wirtschaftlichen sowie wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit unterzeichnet. Infolge der kommerziellen und politischen Normalisierung nahm der

sowjetisch-amerikanische Handel merklich zu: von 184 Mio Rubel im Jahre 1971 auf 1,6 Md. Rubel 1975. In nur 4 Jahren stieg er also beinahe auf das 9fache.

Doch wie die spätere Entwicklung zeigte, gab Washington die Konzeption, Handels- und sonstige Geschäftsbeziehungen an seine außenpolitischen Ziele zu knüpfen, nicht auf. Dort hielt man noch immer an der Meinung fest, die Russen seien technisch schwach und so sehr auf das westliche Know-how angewiesen, um ihr industrielles Potential zu entwickeln, daß sie zu allen politischen Zugeständnissen bereit sein würden. In seinen 1979 erschienenen Memoiren „Die Jahre im Weißen Haus“ schrieb Ex-Außenminister Kissinger, die USA hätten gehofft, die Liberalisierung des Handels mit der UdSSR als Mittel der politischen Druckausübung zu nutzen.

Wie wir sehen, verstand man den Zusammenhang zwischen Politik und Handel in Washington auf eigene Art. Die Entwicklung der Geschäftskontakte mit der UdSSR wurde nicht als Methode betrachtet, die politischen Beziehungen zu verbessern, sondern als eine Art „Vorschuß“ für „gutes Benehmen“ in den internationalen Angelegenheiten — gut selbstverständlich in den Augen der USA. Als die imperialistischen USA-Kreise die Deklarationen über die Absicht unterschrieben, die zwischenstaatlichen Beziehungen zu verbessern, blieben sie trotzdem der Meinung, die wirtschaftliche Entwicklung der UdSSR gefährde die amerikanische Führungsposition. Diese Konzeption beruhte auf den Postulaten aus der Zeit des kalten Krieges, die Entwicklung der UdSSR sei durch „Abschalten“ des Handels, vor allem des Know-how-Exports, zu stören.

Gerade vom Standpunkt einer solchen Wechselwirkung zwischen der Politik und dem Ausbau der Geschäftsbeziehungen verlangte der USA-Kongress 1972, den Handel mit der UdSSR und deren Emigrationspolitik miteinander zu „verknüpfen“, verabschiedete im Dezember 1974 ein Handelsgesetz, das diskriminierende Bestimmungen durchaus politischer Art beinhaltete, und vereitelte die Ratifizierung des sowjetisch-amerikanischen Handelsabkommens. Später praktizierte Washington ebenfalls allerlei Verbote für die Lieferung von Erdölbohr- und sonstigen Ausrüstungen, von Lizenzien und Technologien an die UdSSR und störte die Verwirklichung gesamteuropäischer Projekte, egal ob in Energetik oder Umweltschutz. Immer noch im Zuge einer solchen „Verknüpfungspolitik“ führte Präsident Carter im Januar 1980 Einschränkungen für den Export in die UdSSR ein, und zwar unter dem Vorwand der Ereignisse in Afghanistan. Verboten wurde die Lieferung von Getreide über die Quoten des sowjetisch-amerikanischen Getreideabkommens hinaus; die Auslieferung aller Waren, deren Export einer

Genehmigung bedarf, wurde ausgesetzt, die Listen solcher Waren wurden erweitert, die Tätigkeit der sowjetisch-amerikanischen Stellen für den Handel und den wissenschaftlich-technischen Austausch setzte aus.

Für die Partner bestimmt

Auch nach dem Machtantritt der republikanischen Administration bleiben die sowjetisch-amerikanischen Geschäftsverbindungen im Grunde eingefroren. Ihr Beschuß, Moskau wegen der Ereignisse in Polen durch „Sanktionen“ zu „bestrafen“, kann übrigens den sowjetisch-amerikanischen Handel um so weniger beeinflussen, als die USA-Firmen uns außer Futtergetreide seit mehr als zwei Jahren praktisch nichts Wesentliches liefern. Das gibt auch der USA-Präsident zu. In seinem jüngsten Interview für die Zeitschrift „Reader's Digest“ sagte er u. a.: „Wir haben uns davon überzeugt, daß die Vereinigten Staaten, allein vorgehend, in der Welt von heute kein wirksames Embargo der UdSSR gegenüber realisieren können.“ Be merkenswert ist auch ein weiteres Eingeständnis Reagans: Durch die von J. Carter eingeführten Beschränkungen im Getreidehandel „ist der USA-Farmer mehr als die UdSSR in Mitleidenschaft gezogen worden“.

Das bestätigt nur erneut, daß die USA-„Sanktionen“ nicht so sehr ein außenwirtschaftliches wie vielmehr ein außenpolitisches Unterfangen sind. Dadurch müssen eher schon als die UdSSR die westeuropäischen Länder und Japan unter Druck genommen werden; die Ausmaße und die Beschaffenheit der geschäftlichen Zusammenarbeit dieser Staaten mit der UdSSR sind mit dem sowjetisch-amerikanischen Handel nicht zu vergleichen. Auf der Hand liegt ferner, daß Washington die Wechselwirkung zwischen Politik und Handel dazu benutzen will, alle Ost-West-Beziehungen zu verschlechtern, weil es darin ein Mittel sieht, seine Position als führende Macht der kapitalistischen Welt zu festigen.

Der Lärm um die „sowjetische Bedrohung“ soll den USA dabei helfen, die Bündnispartner davon zu überzeugen, daß der Westen ihr nur entgegentreten könne, wenn er die Lieferungen „strategischer Waren“ einstelle, von deren Import aus den kapitalistischen Industrieländern das Niveau des sowjetischen Industriepotentials nachgerade völlig abhänge. In Wahrheit ist alles ganz anders. Selbst in den Jahren, als viele westliche Waren gekauft wurden, betrug ihr Anteil am Gesamtverbrauch der UdSSR nicht über 3%. Dagegen ist der Anteil der sowjetischen Aufträge an der Gesamtauslastung der exportorientierten Zweige der Verarbeitungsindustrie einiger westeuropäischer Länder inzwischen recht wesentlich.

Bei der gegenwärtigen Krise der westeuropäischen Wirtschaft (die Tiefe der Krise ist nicht zuletzt auf die Währungs- und Kreditpolitik der USA zurückzuführen) kann der Kurs auf Reduzierung des „Ost-Handels“ ihr nicht geringen Schaden zufügen. Die „Financial Times“ (London) schrieb: „Westeuropa ist mehr als die USA am Ost-West-Handel interessiert und neigt deshalb mehr dazu, schon die Konzeption der Sanktionen mißtrauisch aufzunehmen. Für einige Industriezweige, z. B. die Produktion von Stahlrohren und kompletten Ausrüstungen für Chemiewerke (Italien und BRD), sind die sowjetischen Aufträge wohl dermaßen entscheidend, daß von ihnen das Weiterbestehen dieser Zweige in ihrer gegenwärtigen Form abhängt.“ Die finnische „Suomenmaa“ stellt fest: „Es ist durchaus verständlich, daß die westeuropäischen Länder nicht den Ast absägen wollen, auf dem sie sitzen, denn wenn sie Wirtschaftssanktionen einführen, würde das den Umfang des Warenaustausches mit den Warschauer Vertragsländern vermindern und die Wirtschaftsprobleme der westeuropäischen NATO-Länder, die jetzt große Schwierigkeiten bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben, noch verschärfen.“

Wie die westliche Presse vermerkt, zeigen die meisten Bündnispartner der USA gerade aus diesen Erwägungen keine Begeisterung für die Aufrufe, die Handelsbeziehungen zur UdSSR abzubrechen. Während in Washington die „Sanktionen“ wie ein Knüppel geschwungen wurden, kam in Moskau z. B. ein Protokoll zustande, das ein Handelsabkommen der UdSSR mit Kanada um fünf Jahre verlängert. Das griechische Parlament ratifizierte ein Abkommen über den Ausbau der wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit. Japan und die BRD erklärten sich bereit, der UdSSR Ausrüstungen für Gasleitungen in der Zeit zu liefern, als das Weiße Haus den USA-Firmen den Export solcher Ausrüstungen in die UdSSR verboten hat.

Zugleich sind in der Einstellung einiger westeuropäischer Länder zum USA-Kurs auf Abbau der geschäftlichen Zusammenarbeit mit dem Osten beunruhigende Tendenzen nicht zu übersehen, die ihre Vorgeschichte haben. Obwohl der Handel der UdSSR mit den westeuropäischen Ländern um mehrere Größenordnungen höher ist als der mit den USA, bestehen auch darin noch immer bestimmte Schranken, die in den Jahren des kalten Krieges errichtet wurden. So haben die EG-Länder z. B. seit 1976 die Liberalisierung des Handels mit den osteuropäischen Ländern eingestellt. In einem UNCTAD-Dokument heißt es: „Noch immer sind mehrere Faktoren wirksam, die den Wachstum des Ost-West-Handels behindern... In einer Reihe von Ländern, insbesondere im EG-Bereich, sind neue men-

genmäßige Importbeschränkungen eingeführt worden. Einige davon tragen diskriminierenden Charakter und werden nur auf die sozialistischen Länder Osteuropas angewandt.“

Auf der in Paris im Januar abgehaltenen Beratung von Cocom-Experten akzeptierten einige westeuropäische Länder und Japan alles in allem die USA-Idee eines „selektiven Herangehens“ an den Know-how-Export in die sozialistischen Länder im Sinne seiner Reduzierung. Zugleich sind die EG-Länder „im Prinzip übereingekommen“, die Kreditsätze für die sowjetischen Außenhandelsstellen beim Import aus den EG-Ländern zu verteuern, was, wie die westliche Presse schreibt, den Preis der Ausrüstungen für die gemeinsamen Projekte erhöhen wird. Wie wir sehen, gibt es also auch außerhalb der USA einflußreiche politische Kräfte, die bereit sind, die eigenen Wirtschaftsinteressen der „atlantischen Solidarität“ zu opfern.

Begreiflich ist deshalb die Unruhe der Geschäftskreise und der Öffentlichkeit Westeuropas und Japans über die Folgen der von Washington inspirierten Diskriminierungsmaßnahmen. Jene Länder, die dem Druck Washingtons nachgeben werden, könnten ja ihre Positionen im sowjetischen Außenhandel einbüßen. Erfahrungsgemäß aber ist es viel schwieriger, Handelsbeziehungen wiederherzustellen als sie zu drosseln.

Vor der Wahl

Die beiden einander widersprechenden Tendenzen in der Einstellung zum Ost-West-Handel zeigen sich besonders deutlich im Abkommen über die Beteiligung einiger westlicher Firmen an der Verlegung der Gasleitung aus Sibirien nach Westeuropa. Die Bedeutung dieses Vorhabens, das die westliche Presse das „Projekt des Jahrhunderts“ genannt hat, ergibt sich nicht nur aus seinen Dimensionen (es handelt sich um Milliardenaufträge) und seiner Langfristigkeit (es reicht ins 21. Jahrhundert hinein), sondern auch aus seiner Wichtigkeit für die politische Entspannung in Europa.

Seit mehr als einem Jahr greift Washington dieses Projekt an. Um es zu durchkreuzen, wurden alle Mittel des diplomatischen Druckes angewandt: Reisen hochgestellter Abgesandter Washingtons nach Westeuropa, die Konferenz der „großen Sieben“ in Ottawa im vorigen Sommer, Sitzungen von NATO-Ämtern und bilaterale Treffen im Weißen Haus. Die Presse entfaltete eine großangelegte Propagandakampagne des Sinnes, die Lieferungen vom sibirischen Gas würden eine „gefährliche Abhängigkeit“ der westeuropäischen NATO-Länder von Moskau verursachen, und dieses werde sie unbedingt als außenpolitisches Druckmittel anwenden.

Ohne seine Bündnispartner zu

schonen, verbot Washington den westeuropäischen Niederlassungen der USA-Firmen, Teile für Gasverdichter zu liefern. Gegenwärtig sind die Washingtoner Sanktions-Eiferer soweit, unter dem Vorwand der Ereignisse in Polen westeuropäische und japanische Firmen, die Ausrüstungen für die sibirische Gasleitung zu liefern bereit sind, auf „schwarze Listen“ zu setzen und Bankiers zu drohen, die solche Verträge kreditieren. Die USA-Administration hofft, die Verwirklichung dieses Projekts zu durchkreuzen, wie 1962, als die USA durch groben Druck die Lieferung von Großrohren aus der BRD in die UdSSR verhinderten.

Warum reizen diese Projekte das Weiße Haus so sehr? Keineswegs wegen einer „gefährlichen Abhängigkeit“ Westeuropas von sowjetischen Gaslieferungen. Diesem falschen Argument der antisowjetischen Propaganda können nur Leichtgläubige auf den Leim gehen. In Wirklichkeit ist man in Washington ernsthaft über die Schwächung der Abhängigkeit Westeuropas von der Politik der USA und der USA-Monopole besorgt. Bisher wird ja das Gros des Absatzes von Energieträgern, vor allem des Erdöls, in den westeuropäischen Ländern von USA-Ölkonzernen kontrolliert. Eine Diversifizierung des Imports von Energieträgern in die westeuropäischen Länder würde ihre Abhängigkeit vom USA-Diktat in einem Schlüsselzweig wie der Energetik lockern.

Auch hier haben wir es also mit dem Zusammenhang zwischen Politik und Handel zu tun, diesmal im Rahmen der Beziehungen zwischen den westlichen Ländern selbst. Für Westeuropa und Japan äußert sich dieser Zusammenhang in der Abhängigkeit von der Handels-, Währungs- und Finanz- sowie Energiepolitik der USA, die ihre inneren wirtschaftlichen Probleme auf Kosten der politischen Verbündeten lösen und die Interessen des eigenen transnationalen Busines schützen wollen. Und umgekehrt bedeutet die Erweiterung des „Ost-Handels“ für die USA-Bündnispartner eine größere Unabhängigkeit von Washington und von der Wall Street.

Bei allen kommerziellen Vorteilen, die das Fortbestehen und die Erweiterung der Geschäftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern den einen oder anderen Businessmen, Bankiers und Leitern der wirtschaftlichen Regierungsämter bringt, sind sie auch für die westeuropäischen und japanischen Politiker als bewährter Weg zur Erhaltung und Festigung der internationalen Sicherheit wichtig. Davon, welche beider Tendenzen die Oberhand gewinnt, welche Wahl die meisten westlichen Länder angesichts des beispiellosen Drucks seitens Washingtons treffen werden, hängt in hohem Maße ihre wirtschaftliche und politische Zukunft, die Zukunft der internationalen Wirtschaftsbeziehungen insgesamt ab.

NOCH EINMAL KARTOGRAPHISCHE AGGRESSION

Wladimir FETOW

Chinas Führer haben — ein einmaliger Fall in der Geschichte der internationalen Beziehungen! — in der einen oder anderen Form Gebietsansprüche praktisch an alle Nachbarländer, immerhin fast 20 an der Zahl, gestellt.

Die kartographische Aggression, übrigens den Guomindang-Diplomaten abgeguckt, ist eine Art Claim-Abstecken des chinesischen Expansionismus und besteht darin, daß auf geographischen und politischen Karten Chinas Peking willkürlich Land- oder Seegebiete von Nachbarstaaten als zu China gehörig bezeichnet. Außerdem werden in China viele Karten herausgegeben, die zeigen, wie die Grenzen des Landes nach Ansicht ihrer Zeichner in der Vergangenheit aussahen. Die Grenzen verlaufen weit außerhalb des heutigen China und umklammern Gebiete anderer Staaten. Solche Gebiete werden in Peking als „verloren“ bezeichnet. Bisweilen heißen sie auf den Landkarten auch von China „abgetrennt“. Derart kartographische Ausgaben enthalten in der Regel „historische Angaben“.

Summiert man alles, was in derlei Karten und den sie begleitenden „Angaben“ als Chinas Verluste bezeichnet wird, so erhält man riesige Land- und Wasserareale, die größer als das eigentliche China in seinen heutigen Grenzen sind und 11 Länder gänzlich sowie weitere 8 teilweise umfassen. Nach Ansicht der Pekinger Hegemonisten „gehörte“ all das China, das folglich ein „historisches Recht“ darauf habe.

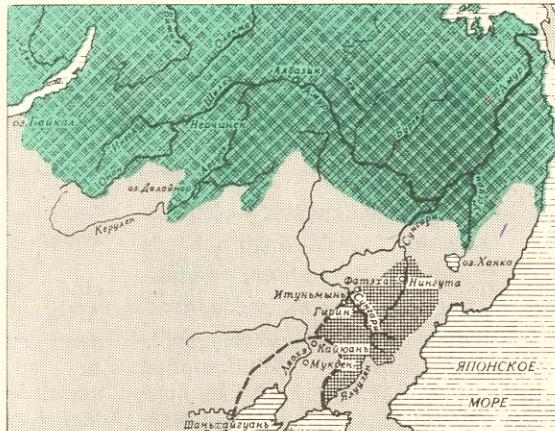
Tatsachen zeigen, daß diese Übungen der chinesischen Kartographen nichts weniger als harmloser Akademismus sind. Am west-

lichen Abschnitt seiner Grenze zu Indien z. B. okkupierte Peking nach einer bewaffneten Aggression 1959 bis 1962 jenen Teil indischen Territoriums, der auf den chinesischen Karten als zu China gehörig dargestellt worden war.

Neuerdings aktiviert sich erneut die Herausgabe kartographischer Erzeugnisse im Geiste des von Mao Zedong am 10. Juli 1964 proklamierten „Gebietsverzeichnisses“. Diesem Verzeichnis zufolge soll Rußland China gewaltsam rd. 1,5 Mio km² Land weggenommen haben, das ihm

DAS „NIEMANDSLAND“ ZWISCHEN
DEN BESITZUNGEN DES RUSSISCHEN REICHES
UND DES QING-REICHES VOR BEGINN DER
MANDSCHURISCHEN AGGRESSION AM AMUR
(80er Jahre des 17. Jahrhunderts)

Bei zahlreichen der im vorliegenden Bande abgedruckten Schriften ist der Name des Verfassers, der in den handschriftlichen Exemplaren nicht vorkommt, durch einen kleinen, farbigen, auf der rechten Seite des Titelblattes befindlichen Punkt gekennzeichnet.



Weidenflechtwerk als Grenze des Qing-Reiches in der Mandschurei

Außenterritorium des Qing-Reichs unter dem Militärgouverneur von Ninguta und Girin

Zum Russischen Staat gehöriges Territorium

Karte aus dem Sammelband
„Dokumente widerlegen“

früher gehört hatte. Entgegen historischen Tatsachen wiederholt man in Peking stur, diese Territorien habe sich Russland gemäß „ungleichen“ Verträgen einverleibt, die die russisch-chinesische (heute sowjetisch-chinesische) Grenze festlegten.

Im vorigen Sommer wurde in Schanghai als Lehrbeihilfe eine Karte von Gebieten in einer Massenauf lage herausgegeben, die „das zaristische Rußland von China ab-

getrennt hat". Darauf sind eingezzeichnet: die sowjetische Region Primorje, Sachalin, das Gebiet Amur, die Region Chabarowsk und ein östlich der Westküste des Balchaschsees gelegener bedeutender Teil des Territoriums der Kasachischen, der Kirgisischen und der Tadshikischen SSR einschließlich des Pamir und des Gebietsteils um Alma-Ata, die Hauptstadt Sowjet-Kasachstans. Auf dieser Karte tragen sogar die sowjetischen Städte chinesische Namen.

Im Januar 1982 erschien der vom Pekinger Fremdspracheninstitut vorbereitete Sammelband „Landkarten zur Weltgeschichte (1640—1945)“, den seine Zusammensteller den Jugendlichen zugeschaut haben, die die neue und neueste Geschichte studieren. Der Sammelband enthält eine der Schanghaier ähnliche Karte „der vom zaristischen Rußland eroberten chinesischen Territorien“, dazu eine Erläuterung, in der wieder einmal behauptet wird, im 19. Jahrhundert habe Rußland über 1,5 Mio km² chinesischen Gebiets an sich gerissen.

Zu gleicher Zeit kam im kartographischen Verlag „Ditu chubanshe“ eine Karte des „Gebiets Nuergan“ heraus. Gemäß dieser Karte habe besagtes Gebiet zu Beginn des 15. Jahrhunderts, zur Zeit der Ming-Dynastie, die Region Primorje, Sachalin, die Region Chabarowsk, das Gebiet Amur und den Osten des Gebiets Tschita eingeschlossen. Schon in der Ming-Zeit habe China auf diesen Territorien zahlreiche befestigte Siedlungen und Vorposten besessen, und das sei die „historische und rechtliche Begründung“ der heutigen Gebietsansprüche Pekings an die UdSSR.

In der Folge „Geschichtslehrmittel für Oberschulen“ erschienen zwei thematische Karten: „Entstehung und Wachstum der mandschurischen Nation“ und „Die Provinzen Anxi und Beiting“. Die erste stellt die „Karte des Gebiets Nuergan“ in einer späteren Epoche dar. Die zweite zeigt das ganze sowjetische Territorium südöstlich und südwestlich vom Balchasch- bis zum Aralsee und bis zur sowjetisch-afghanischen Grenze als zu den chinesischen Provinzen Anxi und Beiting gehörig, die im 7. Jahrhundert unter der Tang-Dynastie (618—907 u. Z.) gegründet wurden. Die Karte schließt auch Gebiete der MVR, Afghanistans, Irans und Pakistans in China ein.

Gleichzeitig mit den Karten wurden Beiträge veröffentlicht, deren Autoren zu beweisen versuchen, daß in unvordenklichen Zeiten der Pamir, Sachalin und einige andere sowjetische Territorien China gehörten.

STUNDE DER WAHRHEIT

Alfred DĄBEK

Chefredakteur der „Żołnierz Wolności“

Der jüngste Beschuß des Sejms, des obersten Machtorgans der VR Polen, enthält eine Einschätzung der Verleumdungskampagne, die die Reagan-Administration gegen Polen führt. Wie die Sejm-Abgeordneten betonten, „erklärte die USA-Regierung in unferner Vergangenheit wiederholt: Die polnischen Angelegenheiten sind Sache der Polen selbst.“ Einen schroffen Kontrast zu dieser Erklärung bildet die Einmischung Washingtons in unsere inneren Angelegenheiten.

Mit verblüffender Hartnäckigkeit versucht die USA-Führung, Polen zum Zünder in Europa zu machen. Uns zur Verfügung stehende Materialien berechtigen zu der Behauptung, daß die USA-Führung nach dem Schock, den die Verhängung des Ausnahmezustands und die Unterbindung eines konterrevolutionären Umsturzes in Polen verursachten, prompt ein neues Szenario für die „Lockierung“ der sozialistischen Grundlagen unserer Republik annahm. Sie glaubte u. a., daß die Militärs isoliert dastehen, die Polen einen Generalstreik ausrufen und daß Massenaktionen zum Schutz der internierten Solidarność-Extremisten beginnen würden. Nichts dergleichen geschah. Im Gegenteil, die

Situation im Lande begann sich zu stabilisieren, die Extremisten verloren an Boden. Darauf änderten die USA ihre „polnischen“ Konzeptionen ab, und die Methode des Zuckerbrots wurde durch die der Peitsche ersetzt.

Um das ganze auf irgendeine Grundlage zu stellen, türmt Washington ganze Lügberge auf. Der Sender „Freies Europa“ teilte dramatisch mit, die Internierten befänden sich in einer „Notlage“. Aber fast zur selben Stunde berichtete der BBC-Sender: „Die Nachrichten aus Polen über menschenunwürdige Bedingungen, unter denen die Internierten angeblich gehalten werden, sind unbegründet.“

Eine häßliche Unstimmigkeit!

Wahrheitshalber sei jedoch gesagt, daß solche Meinungsunterschiede zwischen dem „Freien Europa“ und der BBC ein reiner Zufall sind. Sonst sind die westlichen Sender bemüht, ihre für Polen bestimmte Wühlpropaganda abzustimmen. So erteilen sie einheitliche Weisungen, wie sich Arbeitsbelegschaften etwa „gegen die Diktatur der Militärs“ aufzulehnen haben. Um die Extremisten zu ermuntern, wird z. B. folgende Lüge ausgestrahlt: „...Aus dem Brief eines unserer Zuhörer

wurde bekannt, daß in Wrocław die Miliz jede Nacht die Organisatoren von Streikkomitees verhaftet, aber am nächsten Tag streiken die Belegschaften dieser Betriebe erneut.“

Es kümmert die Urheber solcher „Nachrichten“ wenig, daß die Einwohner von Wrocław nichts dergleichen gesehen haben. Die Fälscher hoffen darauf, daß ihre Lügenmärchen gehört und genutzt werden.

In letzter Zeit ist „Freies Europa“ merklich aggressiver geworden, u. a. darum, weil der Kreis seiner Informanten in Polen selbst stark geschrumpft ist, und der Sender versucht, diese Lücke durch Fabrikation der absurdesten „Neuigkeiten“ direkt in München zu füllen. Er hat sich niemals durch eine faire Interpretation von Ereignissen ausgezeichnet, jetzt aber hat er jedes Gefühl für das Maß verloren.

Der gleiche Stil charakterisiert die „Stimme Amerikas“. Die erste Reaktion auf den Ausnahmezustand in Polen war, daß die polnischsprachigen Sendungen auf 7 Stunden täglich erhöht wurden. Die Aufgabe bestand darin, die Polen gegen die Schritte unserer Regierung und des Militärrates für die Nationale Rettung zur Stabilisierung der Lage im Lande einzunehmen und Volk und Regierung gegeneinander auszuspielen.

Präsident Reagan sagt, seine Wirtschaftssanktionen seien nur gegen die „polnischen Behörden“ gerichtet. Aber auf wen wird sich die Einstellung des herkömmlichen Getreide- und Futterexports aus den USA nach

hörten. So brachte die Zeitschrift „Shijie lishi“ (Weltgeschichte) in Heft 1/1982 den Beitrag des Mitarbeiters des Instituts für Weltgeschichte der Akademie für Gesellschaftswissenschaften Chinas Zheng Shaoqin „Erforschung der historisch belegten Eroberung nordwestlicher Gebiete Chinas durch das zaristische Russland unter der Qing-Dynastie“. Der Verfasser erklärt die vertragsrechtlichen Akten, die die russisch-chinesische Grenze an ihrem westlichen Abschnitt festlegten, für „rechtswidrig“, um die Ansprüche Pekings auf rd. 440 000 km² sowjetischen Bodens in diesem Raum zu begründen. Am 21. Februar brachte die Pekinger Jugendzeitung „Zhongguo qingnian bao“ eine „Liste der 10 wichtigsten ungleichen Verträge, die China aufgezwungen wurden“; fünf davon habe China mit Russland schließen müssen.

Der Zweck all dieser Übungen ist klar. Wie die Regierung der UdSSR in ihrer Erklärung vom 13. Juni 1969 hervorhob, „will die chinesische Regierung unter dem konstruierten Vorwand, die in den vergangenen Jahrhunderten zugelas-

senen ‚Ungerechtigkeiten‘ beseitigen zu müssen, ihren Anspruch auf 1,5 Mio km² angestammten sowjetischen Territoriums zu begründen“.

Inwiefern sind die kartographischen und sonstigen Publikationen in China authentisch? Maßgebliche sowjetische (und nicht nur sowjetische) Wissenschaftler haben wiederholt eine Antwort darauf gegeben. Längst geklärt ist u. a. die wichtige Tatsache, daß Aufzeichnungen in chinesischen Hofchroniken nicht unbedingt der historischen Wirklichkeit adäquat sind, gleich, ob es sich dabei um die Provinzen Anxi und Beiting oder um andere Gebiete handelt. Vor allem aber: Wie die Perioden der Blüte und des Niedergangs, der Expansion und der Einengung des Territoriums Chinas in seiner langen Geschichte beschaffen sein mochten, hat Russland niemals auch nur einen Fußbreit chinesischen Bodens an sich gebracht. Die Gebietsabgrenzung zwischen beiden Ländern nach Maßgabe dessen, wie der Russische Staat seine östlichen Randgebiete erschloß und sich das Qing-Reich nord- und westwärts ausbreitete,

verlief gar nicht auf chinesischem Boden.

In diesem Zusammenhang sei auf eine der jüngsten sowjetischen Arbeiten zur Frage der Festlegung der russisch-chinesischen Grenze an ihrem östlichen Abschnitt verwiesen. Wir meinen den Beitrag Melichows „Über die Nordgrenze der Stammälle der mandschurischen (Qing) Feudalherren zur Zeit ihrer Invasion Chinas (40er—80er Jahre des 17. Jahrhunderts)“ im Sammelband „Dokumente widerlegen“ (Verlag Mysl, Moskau 1982). Anhand gründlichsten Studiums historischen Materials stellte Melichow eine schematische Karte des „Niemandlandes“ auf zwischen den Besitzungen des Russischen Staates, die den nördlichen Primorje-Raum und das ganze Gebiet am rechten Amur-Ufer umfaßten, und den Besitzungen des Qing-Reiches, die sich nicht bis zum Chankasee und zum Sungari erstrecken (siehe Karte). Diese Lage bestand bis zum Beginn der Qing-Aggression im Amur-Raum in den 80er Jahren des 17. Jahrhunderts, nach der die Russen vom rechten Amur-Ufer verdrängt wurden und 1689 der erste russisch-chinesische



Baron Münchhausen: Hilfe! Konkurrenz!
Zeichnung: N. Stscherbakow

Polen konkret auswirken? Wer wird wegen mangelnden Futters 350 000 t Broilerfleisch weniger erhalten? Wer die bevorstehenden Verluste der polnischen Fischereiflotte (schätzungsweise 200 Mio Dollar) zu spüren bekommen, wenn der Fischfang in den Hoheitsgewässern der USA verboten worden ist?

Das Wirtschaftskomitee des polnischen Ministerrates konstatierte, daß die Abhängigkeit der Wirtschaft unseres Landes vom Westen negative Folgen nach sich zieht und sich die von der USA-Administration eingeführten Wirtschaftssanktionen abträglich auswirken. Im vorigen Jahr sank der Import aus den kapitalistischen Ländern um 30,4% und der Export um 20,3%. Die Einschränkung des Imports von Industrieholzstoffen aus den kapitalistischen Ländern

wurde durch Lieferungen von Werkstoffen und Halbfabrikaten aus den sozialistischen Ländern wettgemacht.

Wäre nicht die Hilfe der UdSSR und der anderen Bruderländer, hätte die ganze Bevölkerung Polens unter Washingtons Sanktionen zu leiden gehabt.

Wie tief muß man gesunken sein, um Brot zu einer Waffe der politischen Erpressung zu machen!

Weiß der USA-Präsident wirklich nicht, daß diese Sanktionen angesichts der Schwierigkeiten, die Polen durchmacht, den neuralgischen Punkt treffen? Das weiß er ganz genau. Aber die wirkliche Position des Imperialismus zu den Unbilden in Polen besteht ja darin, daß er diese Unbilden gern endlos wissen möchte!

Nach Washingtons Berechnung soll Polen zum Herd eines Prozesses werden, der die Geschlossenheit der sozialistischen Ländergemeinschaft sprengen würde. Das entspräche den sehnlichsten Wünschen der USA. Eine Schwächung der Positionen des Sozialismus in Europa wäre ein guter Gewinn für den Imperialismus und würde ihm womöglich Dividenden im Nahen Osten, in Lateinamerika oder sonstwo abwerfen.

Der Gesellschaft Polens wurde eine harte Lehre erteilt. Selbst Bürger unseres Landes, die der Politik fernstehen, haben begriffen, wer ihnen freund und wer feind ist.

Die Stunde der Wahrheit ist gekommen.

Einerseits sind die Masken jener

gefallen, die erst vor kurzem ihr Wohlwollen für unser Land zur Schau stellten, sich jetzt aber beeilen, seinen Bürgern den Brotkorb höherzuhängen als Strafe dafür, daß die Entwicklung in Polen nicht nach Wunsch dieser Kräfte verläuft.

Andererseits sind vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten, die Polen durchmacht, die unschätzbaren Vorzüge der stabilen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder, ihre brüderliche Unterstützung und Wirtschaftshilfe, die das polnische Volk heute so sehr braucht, deutlicher zu sehen. Wie das Wirtschaftskomitee des Ministerrates Polens hervorhob, haben die sozialistischen Länder Polens Kredite gestundet bzw. auf die Zinsen für einige verzichtet. Besonders wichtig ist für Polen die Möglichkeit, aus den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft jene Industriewaren zu erhalten, die es früher im Westen kaufen mußte. Eine grundsätzlich neue Form unserer Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern besteht darin, daß sie disponible Industriekapazitäten auslasten werden. Wir unsererseits achten besonders darauf, unseren Exportverpflichtungen gegenüber den befreundeten Ländern nachzukommen.

Die verantwortungsbewußte, realistische Einstellung der sozialistischen Länder zu den Ereignissen in Polen bekräftigt auf das beste die Prinzipien der internationalen Arbeiterbewegung.

Warschau

Vertrag — der von Nertschinsk — zustande kam.

Aber neben diesen Tatsachen aus der fernen Vergangenheit liegen noch Fakten der neuesten Geschichte vor, und die Liebhaber von Gebietsansprüchen anhand gefälschter Gebietslisten sollten ihnen Rechnung tragen. Vor allem dem Umstand, daß die Völker, die auf dem Territorium des ehemaligen Zarenrußland lebten, nach der Oktoberrevolution durch Selbstbestimmung und freie Willensäußerung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beitrat, selbstverständlich mit den Gebieten, in denen sie lebten und auch heute leben.

Wozu mußten diese großen, bunten, auffälligen, absichtlich schematisch gehaltenen Karten in ganzen Folgen herausgegeben werden?

Bekanntlich fielen frühere Karten, die die expansionistischen Ansprüche der maoistischen Führung widerspiegeln, im Ausland unliebsam auf. Es gab sogar offizielle Proteste, bei deren Beantwortung die chinesische Regierung sich rechtfertigen mußte. Und so beschloß man in Peking offenbar, solchen An-

sprüchen einen historischen Anstrich zu geben und sie als „Lehrbeispiel“ für Schulkinder zu verbrämen. Die Kinder müssen schließlich die Geschichte kennen, und die war eben so. Die Karten konstatieren „nur“ die Vergangenheit.

Selbst wenn einige solcher Karten Einzelheiten aus der Vergangenheit wiedergeben — was würde man von Menschen sagen, denen es einfiele, auf den Markt „Schul“karten des British Empire oder des Russischen Reiches zu werfen und in Überschriften oder Erklärungstexten zu behaupten, daß einige der zu diesen Reichen einst gehörigen Territorien (Staaten oder deren Teile) von jemandem „erobert“ bzw. „abgetrennt“ worden seien?

Doch kommt es nicht einmal darauf an. Vielmehr darauf, daß beim Geschichtsunterricht eigens der Gedanke an die „territorialen Verluste“ Chinas suggeriert, eine übertriebene Vorstellung von seiner einstigen Größe und eine revanchistische Mentalität eingeimpft wird. Zugleich wird gelehrt, seit alters bestehende China als einheitlicher multinationaler Staat, weshalb alle Territorien, wem sie geschichtlich auch

immer gehört haben mögen, ob den Mongolen, Mandschu, Oiraten, Tibetanern, Uiguren oder sonstwem, chinesisch seien. Das ist ein Versuch, die ganze Nation im Geiste des Groß-Han-Chauvinismus zu erziehen und in ihr Haß auf die Nachbarvölker zu entfachen.

Das Volk soll glauben, daß eine völlige oder teilweise Rückführung von Territorien der Nachbarländer an China nur die Wiederherstellung der „historischen Gerechtigkeit“ wäre. Unter diesem Motto handeln die Pekinger Expansionisten.

Die UdSSR hat bekanntlich wiederholt erklärt, daß sie Gebietsansprüche an die VR China weder hatte noch hat. Darauf wies Leonid Breschnew in seiner Rede in Taschkent erneut hin.

Es bedarf wohl kaum eines Beweis, daß die heutige Politik der chinesischen Führung in Gebietsfragen den sozialistischen Prinzipien und Normen widerspricht. Sie gefährdet die Sache des Friedens und der Zusammenarbeit in Asien und erweist auch dem chinesischen Volk selbst einen schlechten Dienst.

DAS FERNOSTPROJEKT DES PENTAGON

Die US-Regierung strengt sich aus Leibeskräften an, zu verhindern, daß sich die politische Stabilität im Fernen Osten konsolidiert und daß zwischen den Staaten der Region Vertrauen und Verständigung erzielt werden.

In seiner Taschkenter Rede sprach Leonid Breschnew über die erheblichen Schwierigkeiten, die von auswärtigen Kräften gemacht werden, den Kräften, die sich um die Interessen der Fernostvölker nicht kümmern. Es sind die USA, die im Fernen Osten die Spannung erhöhen möchten, welche zu einer unverhohlenen Konfrontation führen kann. Daraus die übermäßige Regsamkeit der amerikanischen Diplomatie. US-Verteidigungsminister Weinberger war Ende März in Japan und Südkorea, um die militärischen Verbindungen mit ihnen fester zu knüpfen.

Die Verhandlungen in Japan standen im Zeichen dringender Forderungen des Pentagonchefs, die militärischen Aufwendungen zu erhöhen (dasselbe bekam Japans Außenminister Sakurauchi bei seinem kürzlichen Besuch in Übersee zu hören). Weinberger griff zu direkter Erpressung, er erklärte, falls Japan sein militärisches Potential nicht schnell und wesentlich vergrößere, würden die USA den Import aus Japan radikal verringern. Auf diese Drohung berief sich die Führung in Tokio, hoffend, dadurch bei der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als werde jeder Schritt zur Militarisierung nur unter starkem Druck der USA getan. Mi-

nisterpräsident Suzuki versprach, die Verantwortung für die Ausführung der neuen militärischen Pläne persönlich zu übernehmen. Um den Gast aus Übersee restlos zu beruhigen, sagte er zu, „im Hinblick auf die Lage in Polen und Afghanistan“ Tuchfühlung mit der US-Regierung zu halten und „falls notwendig, Sanktionen“ gegen die UdSSR zu ergriffen.

Nach Südkorea fuhr Weinberger, um nochmals die Verpflichtung der Regierung Reagan zu bestätigen, das Seouler Regime zu „schützen“. Für Südkorea ist ein umfangreiches Programm für die Aufstockung seiner Streitkraft aufgestellt worden. Dort brauchten die Abgesandten der USA nicht wie in Tokio Daumenschrauben anzusetzen. Seoul nimmt militaristische „Geschenke“ der USA nur zu bereitwillig an. Militärisch und politisch ist Südkorea ein ladeloser Alliierter Washingtons. Dieses Jahr werden dem Regime des Diktators für Waffenkäufe in den USA 210 Mio. Dollar bereitgestellt und zusätzliche Kredite ins Auge gefaßt.

In den Konzepten der US-Strategen ist dem Fernen Osten eine besondere Rolle angewiesen. In Washington sucht man schon lange, ein militärisch-politisches Dreieck USA—Südkorea—Japan zu bilden. Dieses, eine Art Asienvariante der NATO, soll dem US-Imperialismus helfen, sich ausgiebig in die Angelegenheiten der Fernoststaaten einzumischen.

DAS STÜTZPUNKT-NETZ

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri TAWROWSKI

Betrachtet man die Landkarte Japans mit den eingezeichneten amerikanischen Militärobjekten, dann sieht man, daß das Land dicht mit dem Stützpunkt-Netz bedeckt ist, das es zum wichtigsten Brückenkopf des Pentagons im westlichen Pazifikraum macht. Wer den Verlauf des Koreakriegs der 50er Jahre und das schändliche Abenteuer der USA in Indochina aus den 60er und 70er Jahren verfolgt hat, erinnert sich an die Namen der größten US-Stützpunkte: Yokosuka, Kadena und Sasebo. Damals spielte Japan die Rolle eines Verbindungs-, Nachschub- und Servicezentrums der Truppen der USA und ihrer Satelliten. Die in japanischen Häfen stationierten Flugzeugträger und Fregatten bildeten den Kern des Geschwaders, das an die Küste des Irans geschickt wurde, um dessen Volk und Regierung einzuschüchtern.

Die Stützpunkte in Japan gelten als die bequemsten für die Beförderung der Eingreiftruppen in den Raum des

Indik und des westlichen Pazifik. Laut Angaben japanischer Antikriegsorganisationen lagern Kernwaffen auf den US-Stützpunkten Iwakuni (bei Hiroshima) und Kadena (auf Okinawa). Auf Okinawa befinden sich Depots chemischer und bakteriologischer Waffen. Man beabsichtigt, nukleare Einsatztruppen in Japan zu stationieren. Die Schiffe der 7. Flotte sollen Tomahawk-Raketen mit Kernsprengköpfen bekommen.

Washington macht sich das „Verständnis“ der japanischen Führung zunutze und bemüht sich um deren Zustimmung zum Bau noch weiterer Stützpunkte und anderer Militärobjekte. Davon zeugen die Ergebnisse der in Tokio abgehaltenen 18. Tagung der japanisch-amerikanischen Kommission für den „Sicherheitspakt“. Sakurauchi und Ito, die Chefs des japanischen Außenpolitischen und Militäramtes, sowie Mansfield, der US-Botschafter in Japan, und Admiral Long haben vereinbart, gemeinsam Formen für die japanisch-amerikanische

Zusammenarbeit im Falle „besonderer Umstände“ im Fernen Osten zu erwägen. Hier weiß man bereits, was man von Tokio verlangen will: eine weitere Aufstockung der „Selbstverteidigungskräfte“ und eine Ausdehnung ihrer Einsatzzone einschließlich gemeinsamer Aktionen mit US-Truppen außerhalb Japans. Auch besteht das Pentagon darauf, daß Japan die „Verteidigung“ der Seeverbindungen in einem 1000-Meilen-Radius von der japanischen Küste entfernt übernehmen soll, wozu es noch mehr amerikanische Waffen ankaufen müßte.

Eigentlich handelt es sich darum, über den Rahmen des „Sicherheitspakts“ von 1960 hinauszutreten, um eine noch „freiere“ Interpretation der Verfassung, die es den „Selbstverteidigungskräften“ verbietet, außerhalb des Landes zu operieren, erst recht im Bündnis mit den Streitkräften irgendeines anderen Landes. Schon 1979 imitierten amerikanische und japanische Truppenteile auf einem Übungsgelände auf Okinawa die Besetzung der Malakkastraße. Sie trennt aber nicht die japanischen Inseln, sondern Indonesien, Malaysia und Singapur. Eine bekannte Gegend für die seinerzeitigen Samurai. Eine formelle Grundlage ist auch dafür geschaffen, den USA moderne Technik und Technologie zu übergeben, die für militärische Zwecke tau-

VOM POLITISCHEN ZUM MILITÄRISCHEN BÜNDNIS

Sergej SINTSCHUK

Im Süden Koreas schlagen wieder Geschosse ein, tucken MGs, heulen Jagdflugzeuge und werden Fallschirmjäger abgesetzt. Dort halten die USA und Südkorea erneut gemeinsame Manöver, dieses Mal unter dem Decknamen Team Spirit 82, ab, an denen 60 000 Amerikaner und 100 000 Südkoreaner beteiligt sind. Seit einer Reihe von Jahren finden solche Manöver regelmäßig statt. Die Einmischung der USA in die Angelegenheiten Koreas geht weiter, diese Einmischung, die zur Zerteilung des Landes und im Süden der Halbinsel zur Bildung der „Republik Korea“, eines fügsamen Satelliten des Weißen Hauses, geführt hat.

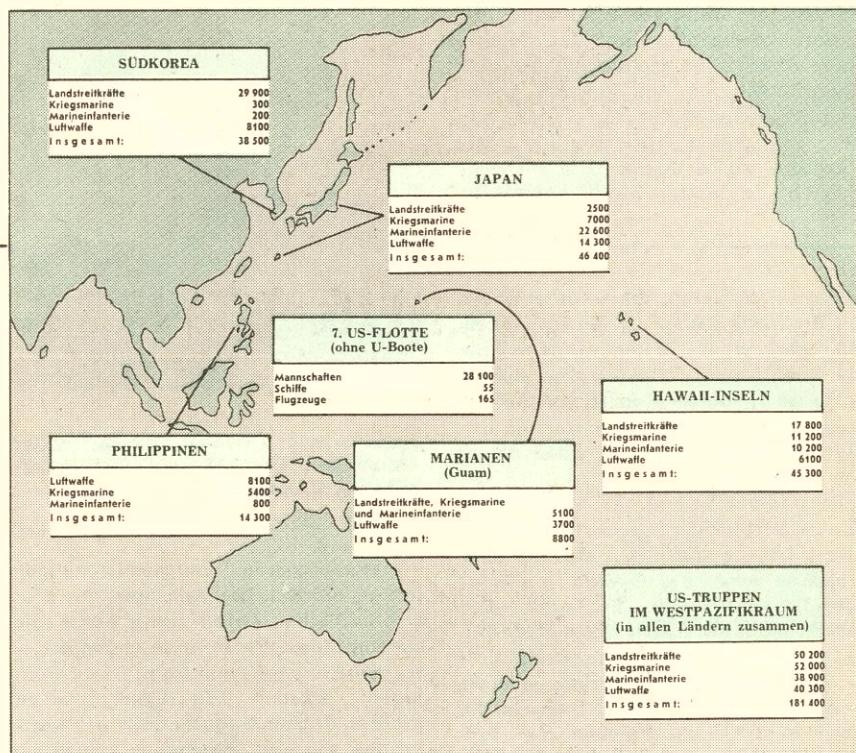
Von Zeit zu Zeit modifiziert Washington seine Koreapolitik, einzig zu dem Zweck, die Teilung des Landes im Interesse ihrer aggressiven Geostrategie aufrechtzuerhalten. In

Nixons „Guam-Doktrin“ nahm Südkorea die entscheidende Stellung ein. Diese Doktrin zielte darauf ab, die nationalen Freiheitsbewegungen in Asien durch Stärkung der dortigen reaktionärsten Militärdiktaturen abzuwürgen. Eine nicht minder ehrenvolle Rolle war Seoul in der „Pazifikdoktrin“ Fords zugeschrieben, der sich für eine Verstärkung der ameri-

kanischen Militärpräsenz in Asien, auch durch eine Aufstockung der amerikanischen Streitmacht in Südkorea, einsetzte. Carter ließ durchblicken, er wolle die US-Streitkräfte in Korea abbauen, machte dann aber eine Kehrtwendung und unterließ es. Der jetzige Herr im Weißen Haus hält es für notwendig, die US-Präsenz auf der Halbinsel weiter zu verstärken. Diesen seinen Worten sind sehr bald Taten gefolgt.

Für Washington ist Südkorea der Hauptbrückenkopf nach dem asiatischen Kontinent hinüber und ein wichtiges Bindeglied an dem amerikanischen Forward Based System. Auf den Generalstabskarten des Pentagons verläuft sie über Alaska, Japan, Korea und

US-TRUPPEN IM WESTPAZIFIKRAUM

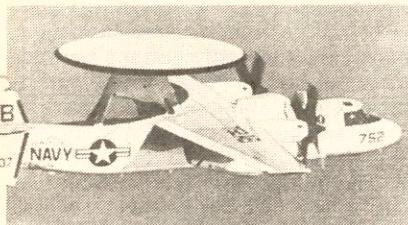


Zusammengestellt nach dem Buch „Boei Handobukku“ (Japan)

dell des Erdballs mit einer darüber hängenden Kernbombeattrappe trug.

Von der Gefährdung der Landes sicherheit war auch in der Yamano-Halle in Tokio die Rede, wohin mich Kollegen vom TV Asahi terebi zu einem Disput über das Thema eingeladen hatten, ob Japan verteidigt werden kann. Ein Mitglied des Abgeordneten hauses, der bekannte Militärspezialist

Yutaka Hata, antwortete auf einen Appell Goro Takedas, eines ehemaligen Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs der „Selbstverteidigungsstreitkräfte“, zur Festigung des Militärbündnisses mit den USA: „Die Tatsache, daß die Amerikaner unkontrolliert Kernwaffen nach Sasebo und Yokosuka bringen und dort stationieren, sowie die Pläne, auf den auf Japan gestützten US-Schiffen Cruise Mis-



Das amerikanische E-2C-Fernortungs- und -steuerungsflugzeug, das „elektronische Ohr“ über dem Pazifik, das für „Selbstverteidigungskräfte“ bestimmt ist.

erfaßt weiter die pazifischen US-Stützpunkte, Taiwan, die Philippinen, Australien und Neuseeland. Der südkoreanische Bereitstellungsraum ist Washington deshalb so wichtig, weil er sich nahe bei der UdSSR befindet und die Möglichkeit bietet, noch einen sozialistischen Staat, die KDVR, in ständiger Spannung zu halten. Außerdem hat das Weiße Haus durch Aufrechterhaltung des Spannungsherd im Fernen Osten noch Vorwand dafür, auf Japan, seinen wichtigsten Alliierten im Pazifikraum, zu drücken.

Nicht an letzter Stelle kommt in

Washington die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der US-Monopole. Der Warenverkehr zwischen den USA und Südkorea hatte 1980 einen Wert von 10 Md. Dollar erreicht, und amerikanische Krösusse haben in der Wirtschaft Südkoreas Hunderte Millionen Dollars investiert. US-Konzerne haben in vielen Industriezweigen Südkoreas Schlüsselpositionen inne und denken nicht daran, auf den gewinnbringenden Absatzmarkt und die Quelle billiger Arbeitskräfte zu verzichten.

...Ein kleines Tal zwischen Hügeln am 38. Breitengrad. Dort stehen niedrige Bauten, größtenteils Wellblechbaracken. Durch die Mitte der Siedlung führt eine etwa 30 cm dicke niedrige Betonmauer, zu deren beiden Seiten Militär patrouilliert. Das ist die Grenze zwischen der KDVR und Südkorea. Die Atmosphäre ist gespannt und alarmierend.



Japan erzeugt Waffen aller Art außer Atomwaffen. Die 155-mm-Selbstfahrhau- bitze hat Weltniveau

versammlungen und Parlamentssitzungen lebhaft erörtert. Die Anhänger der pro-amerikanischen Orientierung haben die zunehmenden Widerstände gegen enge militärische Beziehungen zum Pentagon erkannt und führen einen großangelegten Gegenangriff mit Argumenten wie den folgenden: Japan sei von der UdSSR bedroht; es könne nur unter dem amerikanischen „nuklearen Schirm“ gedeihen und unabhängig sein. Dafür müsse man mit einem „gehörigen Beitrag zu den Verteidigungsbemühungen der USA“ bezahlen.

Jetzt wird in Japan das Buch „Die Verteidigungstheorie wimmelt von Fehlern“ viel gelesen. Es stammt von einem ehemaligen Leiter der Abteilung Sicherheitsprobleme beim Nationalen Verteidigungscollege, Hisao Maeda. Seine wichtigste Schlußfolgerung lautet: Japan braucht die Präsenz von US-Truppen und

Die Siedlung Panmunjon ist das unheimliche Symbol der Spaltungspolitik der USA Korea gegenüber. Seit 1953 haben hier über 400 Zusammenkünfte zwischen Vertretern der KDVR einerseits und den USA und Südkorea anderseits stattgefunden. Die Verhandlungen wurden von den USA so oder so zum Auffliegen gebracht, denn für sie ist nicht eine friedliche Bereinigung der Koreafrage, sondern die Spaltung Koreas von Vorteil.

Die USA bauen aber doch nicht ganz auf die Standfestigkeit des Seouler Regimes. Sie bemühen sich, auch mit anderen Methoden die Spaltung Koreas zur bleibenden Erscheinung zu machen und ihre Stellung in dieser Region zu festigen. Sie möchten Japan noch mehr in ihre aggressive Strategie einbeziehen und es bei ihrer Koreapolitik zu ihrem Komplizen machen. Am Potomac kam man auch auf die Idee, eine militaristische Allianz unter Beteiligung Japans und Südkoreas zu bilden, deren Grundlage die schon bestehenden amerikanisch-japanischen und amerikanisch-südkoreanischen Militärbündnisse sein sollen.

Washingtons diplomatische Aktivi-

den „Sicherheitspakt“ überhaupt nicht, weil niemand es überfallen will. Maeda schreibt: „Der japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag bietet unserem Land keinerlei Vorteile... Trotzdem stellen wir den US-Truppen großes Gelände auf unseren beschränkten Territorien zur Verfügung und setzen große Summen aus unserem sehr knappen Staatsetat für den Bau von Militärstützpunkten fest. Es ist also ganz klar, wer vom japanisch-amerikanischen Vertrag ohne jede Gegenleistung Vorteile hat.“

Diejenigen, die weder an die „sowjetische Bedrohung“ noch an den Sinn des „nuklearen Schirms“ glauben, sucht man mit Wirtschaftssanktionen der USA zu schrecken. Man erinnert sie an die Abhängigkeit der Japaner von amerikanischen Agrarprodukten und Industriegerügnissen, vom Wohlwollen der US-Konzerne, die mit Erdöl, Kohle und anderen Rohstoffen handeln.

Die klar denkenden Politiker und Teilnehmer am öffentlichen Leben Japans sowie die demokratischen Organisationen wirken darauf hin, der allseitigen Abhängigkeit von den USA ein Ende zu bereiten und aus Japan ein Land zu machen, das einen gebührenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leistet.

Tokio

tät zielt darauf ab, die USA, Japan und Südkorea zu einem militärisch-politischen System zu verschmelzen. Voraussetzungen dafür sind bereits vorhanden: Für den Fall „außergewöhnlicher Umstände“ planen die USA, Japan und Südkorea eine gemeinsame Abwehr der vorgeblichen kommunistischen Gefahr.

Die japanische Führung lehnt eine Teilnahme an dem geplanten Block nicht ab. In Tokio wird immer öfter zu einer wesentlicheren Unterstützung Südkoreas aufgerufen. Das wird als Teil des Komplexes von Maßnahmen zur „Gewährleistung der Sicherheit Japans“ angesehen. Wenn die japanische Regierung die wirtschaftlichen Spritzen, die sie dem Regime in Seoul gab, mit der „Notwendigkeit rechtfertigte, das Leben des koreanischen Volkes stabilisieren“ zu helfen, so wird der Schwerpunkt jetzt auf die „Hilfe zwecks Gewährleistung der Sicherheit“ verlegt. Es handelt sich also um militärische Hilfe an Seoul, um eine völlig unbemängelte strategische Unterstützung.

Im Idealfall stellt man sich in Washington das „Dreieck“ so vor: Die USA üben eine generelle militärische und politische Führung aus, Japan ist die wirtschaftliche Stütze des Blocks, und Südkorea liefert Kanonenfutter. Natürlich wird auch die Streitmacht der beiden erstgenannten Partner in Rechnung gezogen: die „Selbstverteidigungskräfte“, die US-Stützpunkte in Japan sowie die auf Guam, Saipan und den Philippinen.

Am meisten steuert Washington zur Ausführung des Programms für die Modernisierung der Armee Südkoreas bei. In den letzten Jahrzehnten belief sich die militärische „Hilfe“ an Seoul insgesamt auf mehr als 40 Md. Dollar, davon im „Jahrfünft der Steigerung der Kampffähigkeit“ Südkoreas (1976–1980) auf 5 Md. Die USA liefern dem Diktatorregime

Der Jäger F-1 aus dem Mitsubishi-Konzern

Fotos aus Broschüre „Defense of Japan“



Amerikanischer Flugzeugträger im Westpazifik

Fotos aus „U. S. News & World Report“ (USA)

Panzer, Schiffe, Flugzeuge, Geschütze und Raketen. Beim jüngsten amerikanisch-südkoreanischen Konsultativtreffen zu Sicherheitsfragen wurde vereinbart, daß die USA Südkorea 36 modernste F-16-Jagdflugzeuge, Stinger-Lenkraketen, Tausende M55-1-Panzer und M-88-Panzerzugmaschinen liefern werden. Außerdem hat das Pentagon für die „Sonderausbildung“ südkoreanischer Truppen 1,8 Mio Dollar bereitgestellt.

Die japanischen Militaristen stehen hinter den USA nicht zurück. Obwohl in Japan der Waffenexport gesetzlich verboten ist, wird er von Industriekonzernen durch allerlei Hintertürchen getätig. Der Konzern Hotta Hagane kaisha in Osaka allein verkaufte in den Jahren 1976–1979 große Waffenpartien an Südkorea, darunter 600 Granatwerfer- und Haubitzen sowie Geschoßteile. Noch hatte sich in Japan der Skandal wegen der geheimen Machenschaften des Osakaer Rüstungskonzerns nicht gelegt, da wurde ruchbar, daß auch Panzer und Schützenpanzerwagen nach Südkorea verkauft worden waren.

Die USA und Japan helfen Südkorea seinen Rüstungskomplex auszubauen. Mit dem Beistand der japanischen Konzerne Ishikawajima Harima und Mitsubishi Jukogyo sind in Südkorea Betriebe für die Montage von Panzern, Hubschraubern und Geschützen errichtet worden. Die amerikanische Firma Northrop plant, in diesem Jahr den Bau von F-5-

Jagdflugzeugen und Flugzeugradarsystemen in südkoreanischen Betrieben anlaufen zu lassen.

Ungeachtet der zahlreichen unge lösten Wirtschaftsprobleme steigert Chon Du Hwan den Militäretat Südkoreas übermäßig. Dieser ist jetzt größer, als es der ganze Staatsetat für 1976 war. Der „zweite Fünfjahrr plan für die Aufstockung der Streit mächt“ ist angelaufen.

Alle interessierten Partner schei nen sich also bemüht zu haben, eine politische und materielle Grundlage für den militärischen Dreierpakt zu schaffen. Es geht aber nicht alles so glatt. Eine gewisse Disonanz wird durch die japanisch-südkoreanischen Gegensätze im Bereich der Wirtschaft sowie durch die gegenseitigen Gebietsansprüche verursacht. Erstens hat Japan nicht erwartet, daß Seoul von ihm Kredite gleich in Höhe von 10 Md. Dollar verlangen wird. Das hat dem Eifer Tokios einen gewissen Dämpfer aufgesetzt. Zweitens können sich Tokio und Seoul nicht darüber einig werden, wem das gebirgige Eiland Tokdo im Japanischen Meer gehört, das vor einigen Jahren von Südkorea besetzt wurde.

Das größte Hindernis für die Bil dung der Allianz ist der energische Widerstand von Millionen Japanern und Südkoreanern gegen die Absichten der USA. Sie haben erkannt, daß diese neuen Pläne der Militaristen keineswegs im Interesse ihrer Län der liegen, und fordern, daß die USA aufhören, sich in ihr Leben einzumischen. In vielen Städten Südkoreas kommt es zu antiamerikanischen Ausbrüchen. Protestkundgebungen finden statt. Auch die Öffentlichkeit Japans ist aufgebracht. In beiden Ländern werden Massendemonstrationen unter Losungen wie „USA raus aus Korea!“ und „Nieder mit der Seouler Junta!“ abgehalten.

Das Projekt für das aggressive „Dreieck“, die Allianz mit Südkorea und Japan, die immer umfangreichere militärische Zusammenarbeit mit China und die allen völkerrechtlichen Begriffen hohnsprechende Besetzung von Inseln Mikronesiens — das alles sind Er scheinungen der Weltherrschaftspolitik der USA, die sich im Pazifik unumschränkten Einfluß zu verschaffen suchen.

SORGEN UND HOFFNUNGEN

Von unserem Sonderberichterstatter
Boris ASSOJAN

Die über 20jährige Geschichte des Freiheitskampfes der Namibier weist viele tragische Kapitel auf. Mit jedem Jahr wird die Liste der Toten, der zu Tode Gepeinigten länger. Noch immer haben die Afrikaner in Namibia nicht einmal die elementarsten Menschenrechte und werden raffiniert ausgebeutet. Die Gefängnisse und Konzentrationslager sind überfüllt. Fast ein Drittel der 200 000 Mann starken Armee der RSA ist gegen die Volksbefreiungsarmee Namibias, die PLAN, eingesetzt, die gegen die Rassisten kämpft. Der Apartheidstaat bedrängt auch die afrikanischen Nachbarvölker, die den Namibiern helfen. Unschuldige Menschen werden hingemordet, Dörfer eingeschert, Krankenhäuser und Schulen in die Luft gesprengt.

Vor mir liegt der Totenschein des Namibiers Jonas Shimufeleni, ausgestellt am 1. August 1980 von der Gefängnisleitung auf Robben Island. In der Rubrik „Todesursache“ steht: „Lungenemphysem infolge einer Niereninsuffizienz“.

In Namibia und in der RSA bekommen jedes Jahr Hunderte Afrikanerfamilien solche Totenscheine. Mit den Todesursachen sind die Gefängnisärzte sehr erfinderisch. Da heißt es: „Lungenentzündung“, „Herzschlag“, „Sprung aus einem Fenster“ und sogar „Der Tod ist dadurch eingetreten, daß der Mann in der Brause auf ein Stück Seife trat, ausrutschte und mit dem Kopf gegen die Wand schlug.“ Ohne alle Skrupel unterschreiben die Büttel in weißen Arztkitteln solche Totenscheine, obwohl sie wissen, daß Afrikaner in den rassistischen Kerkern nur an den haarsträubenden Foltern sterben.

Jonas Shimufeleni war 49. Sein Lebenslauf war der typische eines namibischen Patrioten: Teilnahme am Kampf gegen die Unterdrücker, Festnahme, Haft, kurze Augenblicke der Freiheit, wieder Haft usw. Laut Urteil sollte er 1987 freigelassen werden. Der Tod war eine Erlösung von den Qualen.

In Angola, das seit 1975 fast ununterbrochen Überfällen der Armee Südafrikas ausgesetzt ist, lernte ich einige Namibier kennen. Es waren Leiter und aktive Mitglieder der SWAPO (Südwestafrikanischen Volksorganisation) und einfache Bauern, die vor den Verfolgungen der Rassisten geflohen waren. Nach jeder solchen Begegnung fragte ich mich, wenn ich meine Notizen durchlas, ob so etwas heutzutage überhaupt möglich ist. Können Menschen, die sich Träger der Zivilisa-

tion nennen, wirklich solche Verbrechen verüben?

Zur Antwort will ich Namibier sprechen lassen.

Victor Nkandi

Er wurde 1975 wegen angeblicher terroristischer Betätigung festgenommen und saß drei Jahre im Gefängnis, wo er durch Foltern gezwungen wurde, ein „Geständnis“ zu unterschreiben. Er erzählt:



Victor Nkandi

„Fast die ganze Zeit war ich in Einzelhaft. Ich bekam ungesalzenen oder versalzenen Maisbrei zweimal täglich. Außerdem nur noch einen Becher schmutziges Wasser. Die Verhöre waren endlos, dabei wurde ich von mehreren Aufsehern andauernd mißhandelt. Eine besondere Vorliebe hatten sie dafür, mich niederrücken zu lassen, mir die Hände

an die Knöchel zu binden, eine Stange unter den Ellbogen durchzuziehen und mich an ihr zu drehen, wobei sie mich auspeitschten. Das nannten sie Mühle.“

„Was waren das für Leute?“

„Auf den ersten Blick wirkten sie sogar angenehm. Sie redeten höflich, boten Zigaretten und Trinkwasser an, sprachen über Literatur und Kunst und verstanden was davon. Aber plötzlich ließen sie die Maske der Zivilisiertheit fallen, und dann hatte ich vertierte Tollhäusler vor mir. Schwer zu sagen, was das für Menschen sind. Höchstwahrscheinlich sind sie Ausgeburten des abscheulichen Apartheidsystems, das auf dem Leid der einen und der Grausamkeit der anderen beruht.“

Noch in der Todeszelle nach dem Urteil wurde Victor Nkandi gefoltert, allerdings nicht mehr geschlagen und nicht mit Strom gequält.

„Man gab mir bloß mehrere Tage nichts zu essen, dann einen Teller Brei, in dem tote Raupen, Eidechsen und allerlei Insekten steckten. Mehrmals wurde zur Nachtzeit der Spion an der Tür geöffnet, und der Aufseher schmiß eine Gummischlange in die Zelle und wollte sich totlachen, wenn ich aufsprang und mich an die Wand drückte. Fast zwei Wochen ließen sie mich nicht schlafen. Sie begossen mich mit kaltem Wasser, stachen mich mit Nadeln und drückten ihre Zigaretten an meinem Körper aus. Das war, als die internationale Kampagne für meine Freilassung begann.“

Er wurde schließlich freigelassen und konnte nach Angola fliehen.

David Shikomba

Auch er, ein Kamerad des im Kerker zu Tode gepeinigten Jonas Shimufeleni, konnte entkommen. Er hatte sechs Jahre im schlimmsten Gefängnis der RSA, auf Robben Island, gesessen.

David lernte ich in Luanda kennen. Er ist erst 30, sieht aber viel älter aus. Hin und wieder hustete er, hielt sich die Hand vor den Mund und sagte: „Entschuldige, aber meine Lunge ist nicht in Ordnung — vom Gefängnis her.“

„Erzähl mir doch etwas von dir. Wie kamst du nach Robben Island?“

„Ich stamme aus dem Norden Namibias, aus der Gegend, die von den Buren Ovamboland genannt wird. Als Kind hatte ich mehr Glück als andere Afrikanerkinder, meine Eltern konnten mich lernen lassen. Ich habe sogar eine Lehrerbildungs-

anstalt durchlaufen und hatte gute Aussichten, jedenfalls für namibische Begriffe. Bei uns gibt es ja nicht gar so viele afrikanische Lehrer.

Je erwachsener ich aber wurde, desto mehr erkannte ich, daß ich einer Gesellschaft nicht dienen kann, die auf der Rassendiskriminierung beruht. Ich opferte meinen Beruf dem Kampf der Befreiung meines

stützpunkt der RSA auf der Insel. Später kamen die Rassisten auf die Idee, daß es einen besseren Ort zur Inhaftierung Politischer gar nicht gibt. Ringsum ist das von Haien wimmelnde Meer, so daß man nicht ans Festland schwimmen kann.

Das Gefängnis hat mehrere Blocks. „Block B“ ist für „besonders gefährliche“ Häftlinge bestimmt. Darin sitzen Nelson Mandela, ein

hören. Für uns Namibier ist „Block D“ bestimmt. Darin befinden sich über 50 Kameraden. Ich kann noch von Glück sagen, ich hatte nur sechs Jahre bekommen. Die meisten haben 15 oder sogar 20 Jahre. Auf Robben Island herrscht Zwangsarbeit. Alle Häftlinge arbeiten von früh bis spät in einem Steinbruch, bewacht von MPi-Schützen mit Hunden. Ausruhen ist nicht erlaubt. Wer die Regeln übertritt, wird geschlagen und in den Karzer gesteckt, wo er 15—30 Tage bei Wasser und Reis sitzen muß.

Ein Afrikaner wird gewöhnlich schon krank eingeliefert, denn von der Verhaftung bis zum Prozeß wird er fast ununterbrochen gefoltert. Im Gefängnis bekommt er fast keine ärztliche Hilfe. Die Ärzte stecken mit den Wachen unter einer Decke. Wenn ein Arzt schon helfen will, kann er auch nichts machen. Als es Jonas Shimufeleni schon ganz schlecht ging, versuchte ein mitleidiger Arzt, seine Freilassung durchzusetzen, aber die Gefängnisleitung machte sich nur über ihn lustig.

Die meisten, die von Robben Island wegkommen, haben Tuberkulose, Magenleiden oder Hautkrankheiten.

Bei mir ist es Tuberkulose.“

Sam Shivute

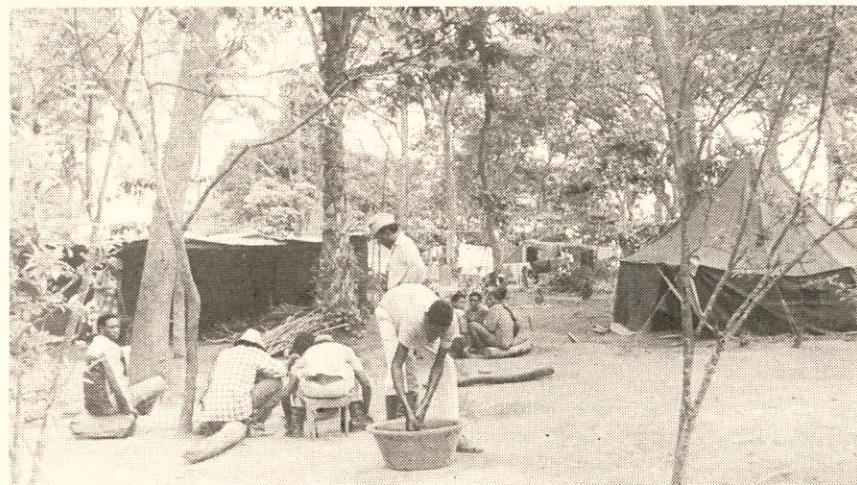
25 Kilometer von Luanda, der Hauptstadt des unabhängigen Angolas, entfernt, befindet sich das Museum der Sklaverei. Ein weißer Bau im Kolonialstil auf einem Hügel aus riesigen Findlingen.

Durch das Museum führte mich Sam Shivute, ein SWAPO-Mitglied. Ich erfuhr, daß die Sklaverei in Angola offiziell 1858 abgeschafft wurde. In dreieinhalb Jahrhunderten wurden fast 9 Millionen Sklaven von dort nach Übersee gebracht.

„Sieh her“, Sam zeigt auf einen Schaukasten mit Folterwerkzeug aus der Zeit der Sklaverei: Fußblöcke für Aufsässige, Schlagringe aus Holz und Eisen, Knüppel und Peitschen. „Jetzt hat man genau solche Peitschen in den Gefängnissen Südafrikas und Namibias. Ich weiß es aus Erfahrung.“

Sam hat die schwersten Folterungen durchgemacht.

„Ich und andere Kameraden wurden an den gefesselten Händen an



Lager für Flüchtlinge aus Namibia.
Die namibischen Patrioten kämpfen für
eine helle Zukunft ihrer Heimat

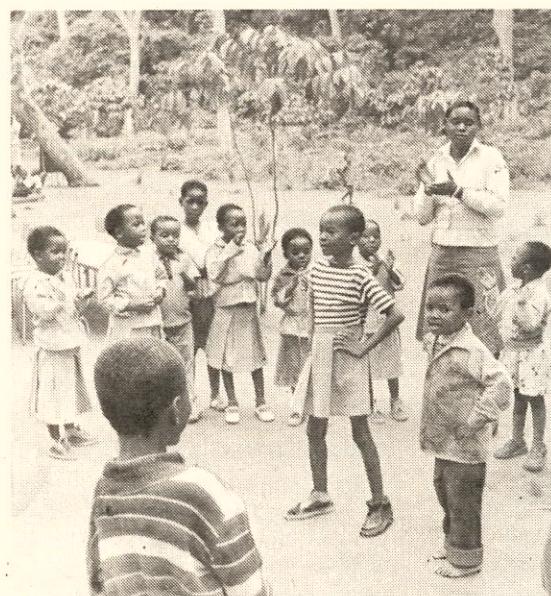
Fotos des Verfassers

Volkes, ging nach Windhoek, trat der SWAPO bei und nahm eine politische Tätigkeit auf. Ich sprach mit Arbeitern und veranstaltete Kundgebungen und Demonstrationen. Zum ersten Mal wurde ich 1973 festgenommen, aber „mangels Beweise“ freigelassen. Bald danach sprach ich auf einer Großkundgebung mit fast 8000 Teilnehmern. Ich und noch drei Kameraden wurden aufgrund des sogenannten Sabotagegesetzes verhaftet und einer „subversiven Propaganda“ angeklagt. Das Urteil lautete auf sechs Jahre Haft.

Nach Robben Island kam ich nicht gleich. Ein halbes Jahr wurden wir in dem besonders strengen Gefängnis Leukop bei Johannesburg gehalten. Es ist für Kriminelle da, und politische Häftlinge werden in bestimmter Absicht durchgeschleust. Dann ging es nach Robben Island.“

„Wie sieht es da aus?“

„Früher wurde die unbewohnte Insel, die einige Kilometer von der Südspitze Afrikas, von Kapstadt, entfernt liegt, als letzte Zuflucht Aussätziger benutzt. Man brachte sie hin, und sie starben dort. Eine Zeitlang befand sich ein Marine-



Führer der Freiheitsbewegung der Afrikaner der RSA, Herman Toivo, ein Gründer der SWAPO, und andere Führer der Freiheitsbewegung. Dieser Block ist von den übrigen völlig getrennt, niemand darf mit seinen Insassen in Kontakt treten. Der „allgemeine Block“ hat zwei Abteilungen, die eine für Aktivisten des Afrikanischen Nationalkongresses, die andere für Jugendliche aus Soweto, wo die Unruhen seit mehr als 10 Jahren nicht auf-

der Decke aufgehängt und mit Knüppeln geschlagen. Das erste Mal dauert das etwa 10 Minuten, länger geht es nicht, der Häftling kann sterben, und das soll er nicht. Schweigt einer, so läßt man ihn beim nächsten Mal 20 Minuten hängen usw.

Viele Kameraden hielten den höllischen Schmerz nicht aus und redeten. Ich kann es ihnen schwerlich verdenken.

Für Frauen gibt es besondere Foltern. Eine heißt die portugiesische Statue. Das Opfer muß stundenlang reglos in einer Ecke stehen, unter Aufsicht eines Wächters, der es bei der geringsten Bewegung peitscht. Eine andere Folter heißt das portugiesische Bücherregal. Die Gefolterte muß eine volle Büchertür über dem Kopf halten. Wenn sie die Arme senkt, schlägt man sie mit einem Stock auf die Ellbogen.

Eine Folter für junge Afrikaner heißt Somnambule. Dabei wird der Häftling für zwei oder drei Tage in einer bestimmten Stellung auf einem Stuhl festgebunden. Man läßt ihn nicht einschlafen. Danach kann man Wirklichkeit und Traum nicht unterscheiden und antwortet fast automatisch auf beliebige Fragen.“

Cassinga

Als Sam aus dem Gefängnis kam, floh er nach Angola, in ein Lager für namibische Flüchtlinge bei Cassinga im Süden des Landes. Im

gen sie zum Tiefflug über, von den Bombeneinschlägen herrschte ein Höllenlärm, der Rauch der Brände verdeckte alles. Die Menschen rannten aus ihren Häusern, um sich zu verstecken. Aus meinem Versteck sah ich, wie aus einem Flugzeug eine MG-Salve auf Kinder abgegeben wurde, die aus einer getroffenen Schule flohen. Einige Kinder fielen tot hin, die anderen rannten auseinander, aber der Flieger kam wieder und machte weiter Jagd auf sie.

Bald darauf landeten Truppen und marschierten in Cassinga ein. Sie töteten die Verwundeten und nahmen Geiseln. Hier kamen über 1000 Menschen um, davon 300 Kinder und 294 Frauen.

Als vorigen Sommer wieder eine Aggression der RSA gegen Angola anfing, waren die namibischen Flüchtlinge noch zahlreicher. Da verschärfte die Armee der RSA die Strafoperationen gegen die Bewohner der an Angola grenzenden namibischen Gebiete.“

Gvala, ein Neuanhänger im Flüchtlingslager in der Provinz Süd-Cuanza, hatte viele Kilometer zurückgelegt. Aber noch auf angolanischem Boden fühlte er sich nicht sicher. Er erzählte:

„Jeden Tag versteckte ich mich vor den Flugzeugen, die Bomben auf Dörfer Angolas abwarf. Ich habe zerstörte und eingeäscherte Häuser gesehen. Viele Angolaner wurden ermordet.“

Und hier noch einige Zeugen:

Helen Thomas (21), eine Bäuerin aus dem Dorf Endama:

„Sie fragten immerzu, wo die Terroristen sind. Ich bekam einen Schlag über den Kopf, fiel um, und als ich zu mir kam, war mein Mann weg. Sie haben ihn mitgenommen, seit 8 Monaten weiß ich nichts von ihm.“

Gudson Haffeni (28), Lehrer:

„Die Leute mußten sich ausziehen und auf die Erde legen. Die Soldaten traten sie und töteten dann jeden zweiten.“

Victor Nkandi, Leiter eines Flüchtlingslagers:

„Die Rassisten sind wie toll. Jetzt inhaftieren und ermorden sie sogar Namibier, die nicht das Geringste mit der SWAPO zu tun haben. Sie erzielen aber die entgegengesetzte Wirkung als die gewollte: Täglich mehren sich die Patrioten. Die Bauern erkennen immer deutlicher, daß sie kein Recht haben, sich dem Kampf fernzuhalten.“

Luanda — Moskau



Granaten des Aggressors

Frühjahr 1978 wurden fast alle Insassen von Soldaten der RSA ermordet. Nur wenige kamen davon, unter ihnen Sam.

„Ich werde den Morgen am 4. Mai nie vergessen, an dem südafrikanische Flugzeuge Bomben auf Cassinga abwarf. Nacheinander gin-



Worum geht es bei dem jetzt in der Presse erwähnten Konflikt zwischen Großbritannien und Argentinien um die Falkland-Inseln?

A. DAWYDOW
Moskau

Die Falkland-Inseln (argentinisch Malvinen) liegen im südwestlichen Atlantik, 480 Kilometer vor der argentinischen Küste. Zu ihnen gehören zwei große und etwa 200 kleine Inseln mit einer Gesamtfläche von 12 000 km² und rund 2000 Einwohnern.

Die Inseln wurden Ende des 16. Jh. entdeckt und 1764 von den Franzosen kolonisiert, aber 1766 von Frankreich an Spanien verkauft, das sie bis zum Sieg des argentinischen Befreiungskrieges in Besitz hatte. Im Mai 1810 kamen die Falklands an Argentinien, das dort Siedlungen gründete. Argentinien verkündete seine Oberhoheit über die Inseln im November 1820, und über der Inselgruppe wurde die argentinische Flagge gehisst. Verwaltet wurde sie von einem in Buenos Aires ernannten Gouverneur. 1833 jedoch wurden die Falklands von einer britischen Landestruppe erobert. Seither betrachtet sie London als seine Kolonie.

Großbritannien begründet die Besetzung der Inseln mit angeblich früher von Spanien erworbenen Rechten. Das, wie auch die Besetzung selbst, wurde jedoch von Argentinien nie anerkannt.

1965 empfahl die UNO-Vollversammlung in einer Resolution eine friedliche Lösung dieser Streitfrage.

Das heutige Interesse beider Seiten an den Inseln gilt den vermutlichen Erdölvorkommen im Küstenschelf.

Der Sicherheitsrat befaßte sich mit der Situation und beschloß am 3. April eine Resolution, in der die Regierungen Argentiniens und Großbritanniens aufgerufen werden, „eine diplomatische Lösung ihrer Differenzen anzustreben und die Ziele und Prinzipien der UNO-Charta voll und ganz zu achten“.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Hätten Kommunisten der jetzigen Regierung Frankreichs beitreten sollen! Die Französische KP wird ja jetzt die Verantwortung für all die Mißerfolge der Sozialisten mit tragen müssen. Wäre es nicht vernünftiger gewesen, in der Opposition zu bleiben, um die Kräfte zu sammeln, den Einfluß zu erhöhen und unter günstigeren Bedingungen in die Schlüsselposten in der Regierung aufzurücken?

W. PETRENKO
Moskau



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Lew
MAKAREWITSCH

Die FKP gehörte schon — 1946 und 1947 — der Regierung an. Das war eine Würdigung der großen Rolle, die die französischen Kommunisten in der Résistance, im Kampf gegen den Faschismus gespielt hatten. Sie taten nicht wenig, um als wahre Patrioten dem Land die Zerrüttung und Krise überwinden zu helfen. Während des kalten Krieges wurden sie jedoch unter Druck der USA aus der Regierung entfernt.

Gegenwärtig ist die Situation anders. Aber auch jetzt ist die Teilnahme der FKP an der Regierung nicht unproblematisch. Es geht nicht nur um die Verantwortung, von der Sie schreiben, sondern auch um reale Möglichkeiten, die Regierungsbeschlüsse zu beeinflussen, sowie die Beziehungen zu den ideologisch anders orientierten Koalitionspartnern richtig zu gestalten.

Wie geht die FKP-Führung an diese Fragen heran? Nach ihrer Meinung widerspiegelt die Teilnahme von vier Kommunisten an der Regierung (selbstverständlich konnte hier eine Diskriminierung in Frage kommen) das heutige Kräfteverhältnis im Lande. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen von 1981 erlaubten es der FKP nicht, mehr Abgeordnete zu haben und folglich mehr eigene Vorschläge zu realisieren. Die FKP hat nun weniger Mittel, zugunsten sozialer Umgestaltungen zu wirken. Sie verhehlt das nicht und betrachtet es als einen Fehler, diesen Umstand zu verhehlen.

Bei der Diskussion im ZK der FKP darüber, ob die Kommunisten an der Regierung des Sozialisten Pierre Mauroy teilnehmen sollten, wurde dieser Schritt nichtsdestoweniger einmütig unterstützt. Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens entspricht das dem all-

gemeinen politischen Kurs der Partei, der auf ihren jüngsten Parteitagen bestätigt wurde. Zweitens kann weder die FKP noch die Französische Sozialistische Partei jede für sich allein die Probleme lösen, denen sich das Land gegenübersieht. Die Diskussion mit den Sozialisten ergab viele Gemeinsamkeiten in Fragen der inneren Entwicklung Frankreichs, was ein gemeinsames Wirken in der Regierung ermöglicht. Eine solche Möglichkeit nicht zum Vorbringen wirtschaftlicher, sozialer und demokratischer Reformen zu benutzen und nach dem Motto „Alles oder nichts“ zu handeln, wäre nach dem Dafürhalten der FKP ein ernster Fehler.

Drittens stehen 4,5 Millionen Französinnen und Franzosen hinter der KP, sie unterstützen ihr Programm und ihre Politik. Ihre Stimmen wurden ein wichtiger Beitrag zum gemeinsamen Erfolg der Linkskräfte bei den Parlamentswahlen 1981. Die FKP hat auch heute großen Einfluß. Ihre Ideen sind von einer starken Ausstrahlungskraft. Sie kann interessante Vorschläge einbringen und die Werktautigen zur Verwirklichung geplanter Maßnahmen mobilisieren. All das zusammen hat denn auch die Entscheidung der FKP bestimmt.

Interviews und Äußerungen der FKP-Führer zeigen, daß sie sehr wohl verstehen, welche Verantwortung sie auf sich genommen haben. Gewiß möchten sie in den antikapitalistischen, demokratischen Umgestaltungen weiter gehen. Wie aber Georges Marchais, Generalsekretär der FKP, betonte, respektiert die Partei die Wahl der Franzosen. Zugleich damit versäumen die Kommunisten keine einzige Gelegenheit, um bei den Reformen, die ausgearbeitet und durchgeführt werden, mit eigenen Initiativen hervorzutreten. Sie setzen sich für die Kürzung der Arbeitswoche, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und entschiedenere Maßnahmen gegen das Großkapital ein. Wenn die KP mit etwas nicht einverstanden ist, spricht sie das offen aus und schlägt konstruktive, von ihrem Standpunkt aus bessere Varianten vor. Wie die Erfahrungen zeigen, wird ihrer Position Rechnung getragen.

Hat sich eine solche Politik bewährt? Lassen Sie uns konkrete Resultate betrachten. Die Mindestlöhne und -altersrenten, die Wohnungs- und Familien-

geldzuschläge sowie die Steuern auf mittlere und hohe Einkünfte sind erhöht worden. Die Arbeitswoche ist kürzer geworden. Es ist geplant, in den nächsten zwei Jahren im staatlichen Sektor insgesamt rd. 200 000 Arbeitsplätze zu schaffen.

Viele Präfekten und einige Staatsbeamte wurden abgelöst, das Staatssicherheitsgericht, dessen sich die Rechten bedienten, wurde abgeschafft. Es beginnt die Verwirklichung demokratischer Reformen: die Dezentralisierung der Macht zugunsten der Regionen, Departements und Gemeinden, die Verstaatlichung von Banken und Industriegruppen.

Die Erfolge könnten größer sein, hätten die Linkskräfte nicht mit zahlreichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wie Sie bestimmt wissen, macht Frankreich noch immer eine tiefe Wirtschaftskrise durch und zählt fast 2 Millionen Arbeitslose. Lange Zeit wurden die Gewinne nicht zur Entwicklung der nationalen Wirtschaft, sondern zu Spekulationen verwendet oder ins Ausland ausgeführt. Die Unternehmer wollen die geplanten Reformen vereiteln und haben deshalb dem Kabinett den Kampf angesagt.

Die französischen Kommunisten sehen das. Sie wissen: Ihre Gegner werden auch weiter alles tun, um die neue Politik zu bremsen, zu verwirren oder auch gänzlich zu durchkreuzen sowie unter Ausspielung der Differenzen zwischen Kommunisten und Sozialisten die linke Mehrheit zu spalten.

Wie Georges Marchais betonte, stellen die Differenzen das Bündnis der Linken und die neue Politik nicht in Frage. Bei allen Unterschieden in den Ansichten gibt es unaufzuschließbare Probleme, die ihrer Lösung schon heute harren.

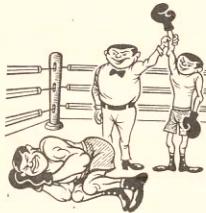
Nach Auffassung der französischen Kommunisten besteht das Schwierigste nicht darin, mit den Koalitionspartnern in der Regierung zusammenzuarbeiten, sondern darin, den Millionen französischer Werktautiger verstreben zu helfen, welche Methoden unerlässlich sind, um ihre legitimen Hoffnungen zu realisieren. Jeder Erfolg könnte und müsse, findet die FKP, den Franzosen die Möglichkeit des Vormarsches vor Augen führen.

Abschließend ein Beispiel. Als ein Journalist vor kurzem Georges Marchais fragte, ob seine Partei eine Regierungs- oder eine kämpfende Partei sei, antwortete dieser: Die FKP sei sowohl eine kämpfende als auch eine Regierungs-Partei. Was ich oben sagte, bestätigt wohl diese Charakteristik und könnte zugleich eine Antwort auf Ihre Frage sein.

Geschichtsabfälle

Das Museum „Geschichtskram“ in San Clemente (US-Staat Kalifornien) gilt der Wiederbelebung der Popularität Ex-Präsident Richard Nixons. Die Ausstellungsstücke sind personengebunden: ein Foto Nixons mit dem iranischen Schah (ein paar „Ehemaliger“), eine Flasche chinesischer Wodka (Geschenk aus Peking), ein Aschbecher aus dem Weißen Haus (hinterlassen „zum Andenken“)... All diese „historischen“ Gegenstände fanden jedoch bei den Amerikanern wenig Interesse, und so mußte das New Yorker Magazin „Esquire“ mitteilen, daß die Museumsverwaltung das Haus wegen Besuchermangel nur noch zweimal wöchentlich öffnet.

Nimm Rizinus



Die „Frankfurter Rundschau“ meldet, einer der größten Boxveranstalter in Japan, Kanehira, habe eine feine Methode gefunden, seine Favoriten siegen zu lassen. Er dopt die Konkurrenten mit Abführ- oder Schlafmitteln. Vor dem Halbfinale in der Weltmeisterschaft konnte Kanehira den Gegner seines Mannes mit Mandarinen bewirken, die ein stark wirkendes Abführmittel enthielten. In einem anderen Fall gab er einem Koch 400 Dollar, da-

mit dieser ein Schlafmittel in die Speisen einer bestimmten Person praktizierte.

Zu starker Tobak



Dan McKenzie, kanadischer Parlamentsabgeordneter der Progressiven Konservativen Partei, erwies sich nach seiner Rückkehr aus der RSA selbst als rassistisch infiziert. In einem Interview verkündete er z. B., die Schwarzen in der RSA seien „primitiv“, „unbedarft“ und ähnliches in der gleichen Tonart. Parteichef Joe Clark mußte den Rassisten McKenzie zurückpfeifen und im Parlament erklären, dessen Anschauungen entsprächen nicht den Ansichten der Partei.

Ball im Aus

Die nächste Weltmeisterschaft in Softball für Frauen wird auf Taiwan stattfinden. Zum erstenmal seit vielen Jahren sollen daran Sportlerinnen aus der VR China teilnehmen. Nun fragt man sich, wie sie sich bei den Eröffnungs- und Abschlußfeierlichkeiten verhalten sollen. Die Taiwaner Veranstalter werden höchstwahrscheinlich ihre Staatsflagge hissen und ihre Hymne absingen lassen. Der Leiter der Softball-Assoziation der VR China erklärte, so werde

eindeutig eine „zwei-China-Situation“ geschaffen. Peking weiß noch nicht, wie es sich aus der Affäre ziehen soll.

TV-Krankheit

Die „Pharma-Information“ (Schweiz) schreibt, die Ärzte in den westlichen Ländern stießen jetzt auf eine ganze Reihe neuer Krankheiten. Dazu gehört z. B. die „Fernsehthrombose“. Infolge des unbeweglichen Sitzens vor dem Fernsehgerät entstehen Krampfadern. Ferner gibt es die „Jeansdermatose“, eine flechtenartige Hauterkrankung bei jungen Menschen, die enge Jeans direkt auf dem bloßen Körper tragen. Bekannt wurde auch das „Punk-Auge“ — stark gerötete, blutunterlaufene Augen infolge anhaltender Erschütterungen beim Modetanz „Punk“.

Auferstanden

Auf der kürzlichen Hochzeit der luxemburgischen Prinzessin Marie-Astried und Erzherzogs Christian von Habsburg-Lothringen war erwartungsgemäß ein Haufen Hochadel erschienen. Die Münchner Illustrierte „Quick“ meinte, die Sensation sei das Auftreten der 90jährigen Großmutter des Bräutigams Zita von Habsburg gewesen. Die letzte Kaiserin der k.u.k. Monarchie, die 1918 durch die Revolution hinweggefegt wurde, war nämlich von vielen Leuten längst für tot gehalten worden.

Wohltäter

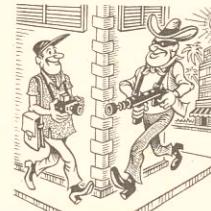
Die RSA-Behörden leiteten unter dem Druck der Weltöffentlichkeit endlich ein Verfahren gegen 42 Mitglieder der Bande ein, die im November v. J. den Umsturzversuch auf den Seychellen unternahm. Kaum saßen die Meuterer aber auf der Anklagebank, beantragten sie die Registrierung ihrer „Gesellschaft“ als Wohltätigkeitsorganisation. Auf diese Weise wollen sie

die Mittel für ihre Verteidiger sammeln.

Nackte Macbeth

Der Regisseur des Kölner Schauspielhauses Luc Bondy lieferte ein hervorragendes Beispiel für die „Modernisierung“ der Klassik. In seiner Inszenierung von Shakespeares „Macbeth“ erscheinen Hexen — zwei Frauen und ein Mann — völlig entkleidet auf der Bühne, stürzen mit obszönen Bewegungen auf Macbeth zu, zerrn ihn an den Tisch und reißen ihm dann den Stuhl unter dem Hintern weg. Nach dem Mord am König versucht der nackte Macbeth mit Hilfe der vor Angst und Kälte zitternden ebenfalls nackten Lady Macbeth, das Blut des Toten abzuwaschen. Und ähnlicher Einfälle mehr.

Schönes Miami



Miami und der ganze US-Staat Florida galten vor kurzem noch als Paradies für Touristen und High Society. Aber es erwies sich auch als Paradies für Kriminelle. Im Vorjahr rückte Miami im Prokopfverbrauch der USA an Morden an die erste Stelle: 70 Getötete pro 100 000 Einwohner. Das Touristengeschäft brachte dem US-Staat 7 Md. Dollar ein, der Rauschgift- handel 12. Vier Banken in Miami wurden bereits völlig von den Rauschgift- händlern aufgekauft.

Zeichnungen:
W. Tschakiridis